Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer. Alle: Halbgasse 12, 1070 Wien. - Erscheint im Verlag Alois Wieser Gesellschaft m.b.H. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Verlagspostamt 1040, - Inland: Jahresabonnement 150.-, Halbjahresabonnement 75.-. Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H./ Vertrieb, Postfach 13, 1042 Wien, Tel.: 0222/573723. Redaktion: Rienößlgasse 12, 1040, Tel. 0222/573723, Journaldienst: Mo-Fr: 18-19.30

P.b.b. Erscheint vierzehntägig am Donnerstag Preis 5,-

18. August 1977 Nr. 17/2. Jahrgang

Am 19. August erster Prozess gegen Kärntner Slowenen

Sofortige Einstellung der Verfahren gegen die vier Burschen aus Zell/Sele!
Sofortige Einstellung des Prozesses gegen F. Warasch!

Am 19.8. beginnt der Prozeß gegen vier junge Burschen aus Zell/Sele. Im Oktober folgt der Prozeß gegen den Sekretär des „Rates Kärntner Slowenen", F. Warasch.

Die Prozesse sind eine Reaktion der Regierung auf die beiden Niederlagen, die sie mit ihrer Politik im vergangenen Jahr bereits hinnehmen mußte: das Scheitern der Minderheitenfeststellung und die klare Ablehnung des Volksgruppengesetzes durch die Kärntner Slowenen, die sich in der Weigerung, in die Beiräte zu gehen, klar ausdrückte.

Die Anklage soll in den Reihen der Kärntner Slowenen und in der Bewegung für die Rechte der Minderheiten Verwirrung und Spaltung verbreiten; die Führer, die den konsequenten Kampf gegen die Aussöhnung mit dem Staat vertreten, sollen von der Masse der Kärntner Slowenen isoliert werden, und der Geist der Spaltung soll in die slowenischen Zentralorganisationen getragen werden. Damit will die Regierung die Kärntner Slowenen reif für die Kapitulation machen und sie zu einer grundsätzlichen Anerkennung der Gesetze durch den Eintritt in die Beiräte bewegen.

Was die Regierung also wirklich für Absichten mit den Prozessen verfolgt, ist, einen Schlag gegen die konsequente Haltung der Kärntner Slowenen gegenüber dem diskriminierenden Volksgruppengesetz zu führen. Deshalb hat sie auch solche slowenische Aktivisten und Funktionäre herausgegriffen, die diesen Kampf konsequent geführt haben und führen. Mit ihnen sitzt also die ganze Bewegung gegen die Diskriminierung der Minderheiten auf der Anklagebank, und die ganze Bewegung muß auch den Kampf gegen diese Prozesse aufnehmen.

Was wird den jungen Leuten aus Zell im einzelnen vorgeworfen?

Der Anklagepunkt ist: „Behinderung einer Wahl oder Volksabstimmung". Es sind darauf Strafen bis zu drei Jahren vorgesehen. Was haben die vier wirklich getan?

Am 14.11. ließ die Regierung in ganz Österreich die „Volkszählung besonderer Art" durchführen. Diese sollte die slowenische Minderheit „wegzählen", und ihre Resultate sollten als Mittel zur Einschüchterung und zur Fortsetzung der Diskriminierung der Minderheiten dienen. Bekanntlich erlitt die Regierung mit diesem Unterfangen eine gewaltige Niederlage. Dabei spielten die vier jungen Leute eine wichtige Rolle. Sie waren es nämlich, die dem Willen der Bewohner von Zell/Sele gemäß die Stimmzettel der Volkszählung öffentlich vernichteten und so auf ihre Weise die Parole der slowenischen Zentralorganisationen: „Wir lassen uns nicht zählen!" verwirklichten.

Die Durchführung der Minderheitenfeststellung bedeutete für Zell/Sele eine Provokation ganz besonderer Art. Zell/Sele ist fast ausschließlich slowenisch besiedelt und seit Jahrzehnten ein Zentrum des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung der Slowenen.

Fortsetzung auf S 4

Am 14. August demonstrierten in St.Kanzian/Škocijan 400 Kärntner Slowenen gegen das Volksgruppengesetz. Um ihre Forderung nach voller Zweisprachigkeit im gesamten öffentlichen Leben zu bekräftigen, stellten sie eine zweisprachige Ortstafel auf

Aus dem Inhalt:

Die westdeutsche Arbeiterbewegung nimmt den Kampf um den 7-Stundentag auf

Spätestens seit dem 29.3.1977 richten viele hunderttausende deutsche Arbeiter ihre Aufmerksamkeit auf die Forderung: „Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich". An diesem Tag haben mehr als 6.000 Arbeiter der OPEL-Werke Rüsselsheim auf einer Betriebsversammlung einstimmig den Gewerkschaftstag der IG-Metall im Herbst dieses Jahres aufgefordert, diese Forderung gegenüber der Kapitalistenklasse zu erheben und den gewerkschaftlichen Kampf um diese Forderung zu organisieren. Der Beschluß der OPEL-Arbeiter wirkte als Signal für die ganze deutsche Arbeiterbewegung, schon wenige Tage später stellte eine Versammlung des Vertrauensleutekörpers eines anderen Großbetriebes dieser Region, der „Klöckner-Humboldt-Deutz" (KHD)-Werke dieselbe Forderung auf. Seit damals wurde die Forderung nach Beschränkung des Normalarbeitstages auf sieben Stunden auf vielen Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen diskutiert und beschlossen.

Die Forderung nach Verkürzung des Arbeitstages Antwort der Arbeiter auf „den frühzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft" durch Intensivierung der Arbeit und Schicht und Überstundenarbeit!

Im Beschluß der Opelarbeiter, der das Interesse der Arbeiterklasse an einer festen Schranke des Arbeitstages bekräftigt, weisen sie auf über 50 Sonderschichten und zahllose Überstunden hin, die sie in den letzten beiden Jahren zu leisten hatten. Faktisch existiert in weiten Teilen der Industrie der Achtstundentag nur am Papier – die Fünftagewoche schon gar nicht. 12-Stundenschicht, Sechstagewoche und die „Conti"schicht, die Sonntagsarbeit und 7-Tagewoche miteinschließt, werden von den Kapitalisten in wachsendem Maße eingeführt, um die Arbeitskraft einen möglichst großen Teil des Arbeitstages für sich arbeiten zu lassen. Das Bedürfnis des Kapitals nach Ausbeutung der Arbeitskraft ist maßlos und es strebt daher stets nach Verlängerung des Arbeitstages. Das sehen die deutschen Arbeiter jeden Tag.

Die Opelarbeiter haben gelernt, daß sie diesem Bedürfnis des Kapitals nach Ausdehnung des Arbeitstages klare Schranken setzen müssen. Ein Vertrauensmann, Bandarbeiter bei Opel: *„Es sind schon Opel-Betriebsräte für das Verbot der Sonderschichten und der Überstunden eingetreten. Eine Absprache zwischen allen Betrieben in der Automobilindustrie, die dahin geht, daß man Sonderschichten prinzipiell gleichmäßig ablehnt, wurde gefordert. Das ist vernünftig, ich finde das nicht schlecht, das Verbot von Sonderschichten und Überstunden zusammen mit der Forderung nach dem 7-Stunden-Tag, das ist zu vertreten."* Eine Verkürzung des Arbeitstages auf sieben Stunden wird zum Lebensinteresse der Arbeiterklasse durch die Intensivierung der Arbeit. Die OPEL-Arbeiter berichten: *„Die Bänder waren damals (vor 20 Jahren) zum Teil bis auf das Dreifache der Leute bestückt....Die Zeiten waren so,..., daß jeder einmal eine Pause machen konnte und der andere hat die Arbeit solange mitgemacht. Das ist heute nicht mehr drin...."*

Bei OPEL wurde die Produktion im Jahr 1976 um 40% gesteigert bei einer Steigerung der Beschäftigung um 6,5%. Und dies war in der ganzen deutschen Industrie so, die Akkordsätze wurden hinaufgesetzt. Neue Anlagen forderten höheres Arbeitstempo und höhere Konzentration. Rationalisierungskommissionen durchstreiften die Betriebe und sparten Zeit und Arbeitskräfte ein, so daß einer die Arbeit von zwei, vier die von zehn, zwanzig die von fünfzig übernehmen mußten.

Deshalb heißt es auch in einem Beschluß eines Wiesbadener graphischen Betriebes, daß „der frühzeitige Verschleiß der Arbeitskraft" durch die „starke Steigerung der Intensität der Arbeit", eine Verkürzung des Normalarbeitstages erfordert.

Antwort der Arbeiterklasse auf Spaltung und Konkurrenz

In der BRD gibt es über eine Million Arbeitslose, in der deutschen Industrie, namentlich in der Metallindustrie wurden auch heuer wieder weit mehr als hunderttausend Arbeiter entlassen. Die Ursachen im einzelnen dafür sind verschieden: Rationalisierungen, Betriebsstillegungen, neue Produktionsverfahren („Arbeitsplatzkiller").

Fortsetzung auf S 7

„Königin des Todes“

Ein widerliches Spektakel veranstaltete die britische Königin in Irland als „Königin des Todes“ bekannt – aus Anlaß ihres Krönungsjubiläums. Als antiquiertes Schaustück des längst von den Völkern zerstörten britischen Imperiums stattete sie der britischen Kolonie Nordirland einen „Besuch“ ab. 32.000 Soldaten und Polizisten waren aufgeboten, sie vor dem Haß des irischen Volkes zu bewahren. Von den 2 Tagen ihres „Besuchs“ verließ sie ihre schwerbewachte Jacht nur für 10 Stunden Festlandaufenthalt. Und auch da mußte se sich per Hubschrauber einschleichen, da bei ihrem letzten Besuch Nordirlands ihr Auto mit Steinen und Flaschen beworfen worden war.



So grüßen die Repräsentanten des englischen Imperialismus im besetzten Nordirland

Der Zeitpunkt zu dieser unerhörten Provokation des irischen Volkes, der Machtdemonstration seiner Unterdrücker und Besatzer war exakt gewählt: am 9. August vor 6 Jahren wurden hunderte Iren, meist Katholiken, verhaftet und ohne Anklage und Gerichtsbeschluß in Internierungslager gesteckt, um so den Aufschwung des irischen Befreiungskampfes abzuwürgen.

Die bürgerliche Presse war voll des Lobes über den Mut der englischen Königin. Hinter diesem Mut steckt nichts als die nackte Angst um den Profit, den die englischen Kapitalisten aus der nordirischen Bevölkerung pressen wollen. Diese Profitmacherei wird durch den irischen Befreiungskampf empfindlich gestört. Diesen galt es jetzt abzuleugnen und lächerlich zu machen. Von Polizisten und Soldaten ließ sich die Queen von einer „echten Zusammenarbeit“ berichten. „Wenn erst diese Feststellung Verbreitung finde, würden auch Investoren, Industrielle und Touristen sich davon überzeugen, daß 'dieses schöne Land und sein aktives Volk viel zu bieten habe'“, erklärte sie. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.8.)

Die Propagandakampagne „sicheres Nordirland“ ist Begleitmusik für gewaltige Wirtschaftsmaßnahmen, mit denen die britische Regierung die Investitionstätigkeit der Kapitalisten in Nordirland ankurbeln will. Anfang August hat sie eine Investitionsspritze von 1 Milliarde £ angekündigt. Die Unternehmerschulden an Stromkosten von 250 Mio.£ werden abgeschrieben und für zukünftig anlaufende Schulden weitere 100 Mio.£ zur Verfügung gestellt. 600 Mio.£ Finanzhilfe für investitionswillige Unternehmer sind vorgesehen. Die Subvention für Industriebauten wird um 10% angehoben und beträgt damit bis zu 50%. Mietfreie Benutzung staatlicher Industriebauten wird von 3 auf 5 Jahre ausgedehnt. Die englischen Imperialisten wollen ihre Okkupation Nordirlands auch nutzen und die irische Arbeiterklasse bis zum letzten Mann für sich arbeiten lassen. Ihre Machtdemonstration blieb nicht unbeantwortet. Die 32.000 Mann starke Besatzungstruppe in höchster Alarmbereitschaft konnte nicht verhindern, daß am 9., 10. und 11. August Tausende Menschen in Ulster gegen den Besuch der Queen demonstrierten. Die in den katholischen Vierteln Belfasts – wo der Widerstand gegen die englische Fremdherrschaft besonders stark ist – konzentrierten Truppen waren scharfen Angriffen ausgesetzt, die Bevölkerung verteidigte sich mit Straßenbarrikaden. Unmittelbar vor und nach dem Besuch der Queen in einer nordirischen Universität explodierten dort Bomben.

Der Entwurf zum Berufsausbildungsgesetz - rungen der Arbeiterjugend ein Hohn auf wichtige Forde-

Am 24. und 25. September wird der 15. Jugendkongreß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes stattfinden. Einer der Hauptpunkte wird das Referat von Minister Staribacher zur seit langem geforderten Novellierung des Berufsausbildungsgesetzes sein. Inzwischen hat das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie seinen Entwurf für die Novelle vorgelegt. Dieser Entwurf hat mit der „Aktion 75“ der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ), die zahlreiche Mißstände in der Ausbildung aufgegriffen hat, jedoch praktisch nichts zu tun. Die reformistischen Spitzenfunktionäre in der ÖGJ werden auf dem Kongreß mit allen Mitteln versuchen, die vorliegende Novelle als einen wichtigen Fortschritt im Kampf gegen die Misere in der Ausbildung der Arbeiterjugend anzupreisen.

Worin besteht die Ausbildung der Arbeiterjugend?

- Für rund ein Viertel der Jugendlichen (bei Mädchen 33%) ist die Ausbildung nach dem polytechnischen Lehrgang vorbei.

- Auch wenn man einen Lehrplatz bekommt (das ist für etwa die Hälfte der Jugendlichen der Fall) ist dies mit vielen Schwierigkeiten verbunden:

Die Masse der Lehrlinge, mehr als 80%, wird in Klein- und Mittelbetrieben „ausgebildet“. Sie dienen dort als billige Arbeitskräfte, mit denen sich die Kapitalisten in der Konkurrenz über Wasser zu halten versuchen.

Von Ausbildung kann dementsprechend in den Klein- und Mittelbetrieben kaum die Rede sein: Von 5 Lehrlingen verrichten 2 ständig berufsfremde Arbeiten, so jeder zweite KFZ-Mechaniker und ¾ der Friseure.

Z.B. wurden bei einer Betriebskontrolle, die von der Arbeiterkammer im Bezirk Kirchdorf/Krems (Oberösterreich) durchgeführt wurde, 39% der überprüften Betriebe beanstandet. Diese Lehrlinge wurden besonders brutal ausgebeutet: Sie mußten zwischen 48 und 84 (!) Stunden wöchentlich arbeiten, in einem Fall sogar Sonntags. Bezahlt wurde z.T. unter dem Kollektivvertrag (!), die ohnehin ungesetzlichen Überstunden wurden meist ungenügend oder gar nicht abgegolten.

- Da die Klein- und Mittelbetriebe viel weniger Facharbeiter brauchen, als sie Lehrlinge ausbilden, müssen viele Lehrlinge nach der Lehre den Arbeitsplatz, oft sogar den Beruf wechseln.

Eine Umfrage des Wiener Landesarbeitsamtes ergab: 1976 arbeiteten von den vor 3 Jahren als Tischler oder Gas- und Wasserinstallateur ausgelernten Lehrlingen nur noch 55% im gelernten Beruf, bei Friseuren waren es sogar nur noch 23%.

- Nur 10% der Lehrlinge erhalten eine Ausbildung in einer Lehrwerkstätte. Auch hier wird die Ausbildung nach den Bedürfnissen des Kapitalisten ausgerichtet. Sie werden zu Spezialisten für ganz bestimmte Tätigkeiten und Maschinen ausgebildet, für die sie der Kapitalist braucht. Ihre Ausbildung ist vielfach so spezialisiert, daß sie bei einem Arbeitsplatzwechsel keineswegs dafür gerüstet sind, die dort vorhandenen Anforderungen zu meistern.

- Die ganze Misere im Berufsausbildungswesen kommt auch darin zum Ausdruck, daß jedes 11. Lehrverhältnis vorzeitig gelöst wird. 1975 waren in ganz Österreich über 15 000 Jugendliche davon betroffen. Davon gingen rund 6 600 kein neues Lehrverhältnis mehr ein oder es wurde auch dieses wieder vorzeitig aufgelöst.

Statt den Forderungen der Arbeiterjugend: „Mitbestimmung“

Der Grund für diese Zustände ist die völlige Kontrolle der Ausbildung durch die Kapitalisten, die sie einzig und allein nach ihren Profitinteressen organisieren.

Darüber gibt es unter der Arbeiterjugend große Empörung. 1975 machte die ÖGJ die „Aktion 75“, während der viele Diskussionen, eine Fragebogenaktion, Unterschriftensammlungen und Demonstrationen (in Linz waren es 1 200 Jugendliche) stattgefunden haben. Es wurden Forderungen aufgestellt, wie z.B. die Forderung nach einem zweiten Berufsschulag - als Maßnahme, die nötig ist, weil der Großteil der Lehrlinge in den Kleinbetrieben kaum eine Ausbildung bekommt. Weiters wurden „besondere Bildungsmaßnahmen“ für jene jugendlichen Arbeiter gefordert, die keine Berufsausbildung erhalten.

Die Forderung *„Lehrlingsstelle weg von der Handelskammer“* fand großen Anklang unter der Arbeiterjugend und wurde von vielen als Ablehnung der Kapitalistenkontrolle über die Ausbildung verstanden. In ihrer praktischen Politik ignorierten jedoch die ÖGJ-Führer diese Forderungen. Stattdessen versuchten sie, die folgenden beiden Forderungen ins Zentrum der Aktion zu stellen:

- verstärkte Mitbestimmung der Arbeitnehmervertreter in Form einer zu schaffenden Behörde, die die Berufsausbildung kontrolliert und verwaltet statt der jetzigen Lehrlingsstelle, die nur von Kapitalistenvertretern besetzt ist. Sie soll paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern besetzt sein.

- Schaffung eines Berufsbildungsfonds, der vor allem „anerkannte betriebliche Ausbildungseinrichtungen“ sowie „zwischen- und überbetriebliche Ausbildungsstätten“ finanzieren soll. Gespeist werden soll der Fond aus einer Abgabe in der Höhe von 2% der Lohnsumme durch die Kapitalisten.

So sollen die Lehrlinge ihr Schicksal einer Behörde anvertrauen, bei der einheitliche Auffassungen von Arbeiter- und Kapitalistenvertretern die Vorbedingung für jede noch so geringe Reform sind.

Es ist ein alter Wunsch der Kapitalisten, sich Ausgaben, die bei der Lehrlingsausbildung anfallen, durch „Beihilfen“ aus Steuergeldern abgelten zu lassen. Diese Maßnahme fördert durch die Verbilligung von Arbeitskräften ihre Konkurrenzfähigkeit, aber mit der Vermehrung von Lehrstellen hat sie nichts zu tun.

Dieser Entwurf für ein neues Berufsausbildungsgesetz hat überhaupt nichts mit einer Verbesserung der Ausbildung zu tun. Die hauptsächlichen Reformvorschläge laufen darauf hinaus, unter dem Vorwand „mehr Lehrstellen herbeizuschaffen“, der kapitalistischen Ausbeutung noch mehr Lehrlinge zuzuführen und die Qualität der Ausbildung weiter zu verschlechtern.

ÖGJ-Obmann Kinnigardner („Die Novelle erfüllt weitgehend die Forderungen der Gewerkschaftsjugend.“) sieht in der Reform hauptsächlich den arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkt, so z.B. ist er deshalb für eine Beschränkung der Lehrzeit auf drei Jahre, weil dadurch schneller Lehrstellen wieder frei werden (Bericht auf der 11. Zentraljugendkonferenz der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter).

Die wesentlichen Staribacher-Reformvorschläge im einzelnen:

Sogar von der Forderung nach „Mitbestimmung“ der Arbeitervertreter bei der Berufsausbildung ist nur ein lächerlicher Rest geblieben. Die Lehrlingsstelle soll weiterhin bei der Handelskammer bleiben, und die Kapitalisten können dort weiterhin schalten und walten, wie sie wollen. Als Neuerung sollen nun bei den Lehrlingsstellen sogenannte „Landesberufsausbildungsbeiräte“ geschaffen werden, wo eine „Mitwirkung“ der Arbeiterkammer vorgesehen ist. Diese „Mitwirkung“ schaut so aus: Die Mitglieder dieser Beiräte werden auf Vorschlag der Kammer der Gewerblichen Wirtschaft und der Arbeiterkammer vom Landeshauptmann bestellt. Ihre Aufgabe beschränkt sich darauf, „Gutachten, Vorschläge und Anregungen zu erstatten“ (§31). Hier ist wirklich jeder Kommentar überflüssig. Trotzdem jubelt ÖGJ-Obmann Kinnigardner in der AZ vom 13.7.: „Die in der Novelle vorgesehene Errichtung von Landesberufsausbildungsbeiräten gibt den Arbeitnehmern verstärkte Möglichkeit, in Fragen der betrieblichen und schulischen Ausbildung, sowie in Prüfungsbelangen mitzuwirken.“

Eine ernste Verschlechterung bringt die im Entwurf (§8) vorgesehene Möglichkeit für die Unternehmer, die Verhältniszahlen (Anzahl der Lehrlinge pro Fachkraft, bzw. Ausbilder) „um 30%, mindestens aber um einen Lehrling“ zu erhöhen. Gegen diese Forderung der Kapitalisten hat sich die Gewerkschaft in Hinblick auf die offensichtliche Qualitätsverminderung der Ausbildung jahrelang gesträubt. Vor allem werden sich die Kleinbetriebe diese neue Bestimmung zunutze machen. Ein Beispiel aus der Zeit vor Festsetzung dieser Höchstzahlen, wonach ein KFZ-Mechaniker bei zwei Gesellen noch 14 Lehrlinge beschäftigt hatte („Arbeit und Wirtschaft“, 3/77), veranschaulicht dies. Bei der Festsetzung der Verhältniszahlen wurden in Kleinbetrieben ohnehin schon viele Zugeständnisse gemacht: Etwa werden dem Alleinmeister zwei Lehrlinge zugestanden, obwohl er aufgrund seines umfangreichen Aufgabenbereiches viel zu tun hat und viel unterwegs ist. Ein KFZ-Mechaniker kann heute bei insgesamt acht Beschäftigten fünf Lehrlinge haben. Nun sollen diese Regelungen noch weiter aufgeweicht werden, mit dem Argument, daß alle Lehrstellensuchenden untergebracht werden können.

W. Patzold von der Jugendschutzstelle der Arbeiterkammer Wien in „Arbeit und Wirtschaft“ 3/77: „Seit 2½ Jahren werden die Verhältniszahlen mit der Schaffung zusätzlicher Lehrplätze zur Unterbringung von Stellenbewerbern geburtenstarker Jahrgänge in Zusammenhang gebracht. Ein Ausweiten der Lehrlingshöchstzahlen - so meint man - würde eine zusetzliche Lehrlingseinstellung bewirken. Nun sei nochmals hervorgehoben, daß die Verhältniszahlen eine Maßnahme zur Sicherung der sachgemäßen Ausbildung und keine arbeitsmarktpolitische Maßnahme sind...Ein Aufstocken der Verhältniszahlen könnte leicht zu Lasten der Berufsausbildung gehen; ein derartiges Ansinnen läuft Gefahr, als billige Ablenkung von den eigentlichen Problemen der Lehrlingsfrage angesehen zu werden.“

Wie die erste Stellungnahme von Kinnigardner zeigt, werden jetzt nach Vorliegen des Novellenentwurfs des „Kollegen“ Staribacher solche Äußerungen im Interesse der eigenen Karriere unterbleiben müssen.

Der Staribacher-Entwurf sieht auch eine Erweiterung des Kreises der Betriebe, die berechtigt sind, Lehrlinge auszubilden, vor. Auch dies ist eine Maßnahme, um möglichst alle Lehrstellensuchenden unterzubringen. Hält man sich vor Augen, wie leicht es für die Kapitalisten schon bisher war, die Genehmigung zur Lehrlingsausbildung zu bekommen, kann man sich vorstellen, wie sich diese Maßnahme auf die Qualität der Ausbildung auswirken wird. Die im Entwurf vorgesehene Ausbildung der Ausbildner, die auf eine Forderung der ÖGJ zurückgeht, wird die Ausbildung nicht verbessern.

Betrachtet man den Reformentwurf insgesamt, kann man sagen, daß sich durch ihn die Misere in der Ausbildung weiter verschärfen wird: Die massive Ausbeutung der Arbeitskraft der Jugendlichen - samt allen Übertretungen - wird nicht nur weiterhin bestehen bleiben, sondern nun sollen auch verschiedene Grenzen, die der

Fortsetzung auf Seite 5

Demonstration in St. Kanzian/Skocijan am 14. August

400 Slowenen stellen zweisprachige Ortstafel auf

Seit 1.Juli - seit der Durchführung der reaktionären Verordnungen - kommen die Kärntner Bourgeoisie, die Kärntner Landespolitiker und Chauvinisten nicht zur Ruhe. Die Kundgebung in Klagenfurt/Celovec am 1.Juli, bei der auch Bürgermeister Guggenberger zur Rechenschaft gezogen wurde, die Demonstration in St.Jakob/Sentjakob, an der sich 300 bis 400 Menschen beteiligten, die Kundgebung in Eberndorf/Dobrla vas von rund 60 Leuten und am 14.August die Demonstration in St.Kanzian/Skocijan mit über 400 Leuten sind Ausdruck, daß die Bewegung wächst. Gerade in St.Kanzian/Skocijan haben die Demonstranten durch Aufstellung einer zweisprachigen Ortstafel ihrer Forderung nach voller Zweisprachigkeit für das gesamte gemischtsprachige Gebiet Nachdruck verliehen. Das ist wichtig, denn die Bewegung für die Rechte der Minderheiten kann sich nur dauerhaft konsolidieren, wenn sie sich um klare, positive Forderungen nach Zweisprachigkeit im Volksbildungswesen, bei den Ämtern, Behörden und Gerichten und im übrigen öffentlichen Leben zusammenschließt.

Die Revisionisten der KPÖ haben sich, seitdem sie ihre schädliche Linie der Bewegung nicht mehr aufzwingen können, teilweise offen gegen diese gestellt. So entlarven sie sich zusehends selbst, während die Bewegung voranschreitet.

Die Demonstration in St.Kanzian/Skocijan war ein voller Erfolg

Einige Tage vor der Demonstration „mißglückte" ein Sprengstoffanschlag auf das Abwehrkämpferdenkmal in diesem Ort. Vieles spricht dafür, daß diese Aktion von Provokateuren durchgeführt wurde, um die Demonstration am Wochenende zu verhindern oder wenigstens erheblich zu stören. Es ist den Kärntner bürgerlichen Zeitungen gelungen, mit dem Attentat als Aufhänger den Chauvinismus zu schüren, sodaß viele Leute im Ort sagten: „Die Slowenen haben das gemacht."

Der Ortsausschuß der Slowenischen Jugend hatte die Demonstration gründlich vorbereitet. Er ließ sich durch diese Kampagne nicht einschüchtern. Er führte die Demonstration programmgemäß durch. An der Notwendigkeit zu demonstrieren hatte sich ja nichts geändert, nur weil die chauvinistischen Zeitungen ihre antislowenische Hetze verschärft hatten. Gerade die verstärkte Fortführung der Hetze anläßlich des Anschlages zeigte der slowenischen Jugend die Notwendigkeit, offen dem Chauvinismus entgegenzutreten.

St.Kanzian/Skocijan ist aus der Zweisprachenregelung der neuen Gesetze ausgeschlossen. Ein Ort, in dem viele Slowenen ansässig sind; ein Ort, der ein Zentrum des slowenischen Lebens und der slowenischen Kultur ist; ein Ort, in dem die slowenischen Arbeiter und Bauern wie im ganzen zweisprachigen Gebiet die volle Anerkennung ihrer Sprache im öffentlichen Leben brauchen.

Deshalb hat der Ortsausschuß daran festgehalten, in einer Demonstration zu dokumentieren, daß in St.Kanzian/Skocijan seit 1.Juli keinesfalls „alle Slowenen gestorben sind" (wie das einer der drei slowenischen Gemeinderäte des Ortes ausdrückte), sondern daß sie um ihr Recht zu kämpfen bereit sind und vor der chauvinistischen Hetze keine Angst haben.

Am Sonntag, dem 14.August, sammelten sich im Ort etwa 400 Leute - voran die slowenischen Gemeinderäte, die Leute aus dem Ort, dann viele Leute aus anderen Orten des gemischtsprachigen Gebietes. Im Kaffeehaus daneben sammelten sich auch einige Reaktionäre: Bürgermeister Jesse, ein altbekannter Ortstafelstürmer mit Anhang.

Im Ort hielt der Klagenfurter Mittelschulprofessor, Dr.Saxer, eine Rede. Er prangerte den zutiefst undemokratischen Charakter der Gesetze, der Politik der bürgerlichen Parteien und der Berichterstattung der Kärntner Presse über die Minderheitenfrage an. Er hob hervor, daß der Kampf der Kärntner Slowenen ein bedeutender Teil des Kampfes um Demokratie in Österreich sei. Er betonte, daß die jungen Leute aus Zell Pfarre/Sele Fara, die die Stimmzettel in der Wahlurne verbrannt hatten und jetzt angeklagt werden, einen guten Beitrag im Kampf gegen die undemokratischen Gesetze geleistet haben.

Der Demonstrationszug formierte sich und marschierte unter den Losungen: *Volle Zweisprachigkeit für St.Kanzian/Skocijan! Weg mit dem Volksgruppengesetz - für die Rechte der Minderheiten!* und *Artikel 7 - unser Recht!* durch den Ort. Immer wieder wurden Losungen gegen die Prozesse in Wien und in Salzburg gerufen. Dem Demonstrationszug schlossen sich Österreicher aus anderen Bundesländern, die auf Urlaub am Klopeinersee waren, an - so z.B. ein Fohnsdorfer Arbeiter mit Familie und Jugendliche aus einem Jugendlager am Turnersee.

Der Demonstrationszug marschierte zur Ortstafel am Ortsende. Dort ergriff der Vorsitzende des „Rates der Kärntner Slowenen" das Wort. Dr.Grilc begründete, warum die Slowenen um ihre Rechte kämpfen werden, verurteilte erneut das Volksgruppengesetz und erinnerte an die antifaschistischen Traditionen der Bevölkerung des Ortes.

Direkt am Ortsende, einige hundert Meter vor der amtlichen Ortstafel, wurde die zweisprachige Ortstafel aufgestellt. Der Sprecher des Ortsausschusses des Slowenischen Jugendverbandes sagte: „Die Slowenen leben, arbeiten und kämpfen in diesem Gebiet schon seit dem 15. Jahrhundert. Sie werden nicht um ihre Rechte betteln. Sie wollen Slowenisch nicht nur in ihren vier Wänden und im Stall sprechen, sie fordern volle Gleichberechtigung in allen Bereichen." Im einzelnen forderte er im Namen der slowenischen Bürger des Ortes: Zweisprachigkeit für die Schulen und Kindergärten des Ortes, für das Gemeindeamt und das Bezirksgericht. Außerdem forderte er zweisprachige öffentliche Aufschriften. Er machte darauf aufmerksam, daß der vor kurzem erfolgte Bombenanschlag offensichtlich eine Provokation antislowenischer Kräfte war. Schon das Denkmal selbst ist ein Denkmal für ungerechte Kriege, den reaktionären Abwehrkampf und dient der chauvinistischen Hetze. Er erinnerte an den Protest slowenischer Jugendlicher gegen die Aufstellung des Denkmals im Vorjahr.

Der slowenische Gemeinderat meinte, es sei tragisch, daß die Slowenen heute auf diese Weise selbst Ortstafeln aufstellen und immer noch um ihre Rechte kämpfen müssen. Notfalls würden sie bis zum letzten Blutstropfen kämpfen.(GR Picej war selbst aktiver antifaschistischer Kämpfer.)

Bei der eben aufgestellten Ortstafel sammelten sich sofort einige extrem verhetzte, durchwegs junge Leute, die bereits am Ortstafelsturm 1972 teilgenommen haben und die blindwütig danach trachteten, auch die hier aufgestellte Ortstafel zu stürmen. Es war nicht möglich, mit ihnen vernünftig zu diskutieren. Eine größere Zahl von Chauvinisten beteiligte sich an der Verfolgung eines slowenischen Reporters, der die Verhaftung eines Slowenen fotografiert hatte. Dieser Slowene soll einem Chauvinisten - von diesem provoziert - eine Ohrfeige verpaßt haben.

Zunächst „schützte" die Polizei die zweisprachige Ortstafel vor den Chauvinisten, aber nur, um sie dann selbst zu entfernen. Das Aufstellen einer zweisprachigen Ortstafel auf öffentlichem Grund ist verboten und stellt eine Verwaltungsübertretung dar!

Insgesamt war die Demonstration kämpferisch und zeigte einen hohen Mobilisierungsgrad durch den slowenischen Jugendverband. Dabei waren auch die aktivsten Erwachsenen, vor allem aus der Umgebung, ebenso die höchsten Funktionäre der slowenischen Zentralorganisationen wie Dr.Grilc, Dr.Zwitter und Feliks Wieser.

K.Sch./H.R., Klagenfurt/Celovec

Weg mit dem Abwehrkämpferdenkmal in St. Kanzian/Škocijan

In der Nacht von 8.8. auf 9.8. wurde auf das Abwehrkämpferdenkmal in St.Kanzian/Skocijan ein mißglückter Sprengstoffanschlag verübt. Vieles spricht dafür, daß er „absichtlich" mißglückte. Die Verwendung von Schwarzpulver, das für die Zerstörung der Fensterscheiben der umliegenden Häuser wesentlich geeigneter ist als für die Sprengung eines massiven Granitblockes, die Anwesenheit dreier Gendarmen, die Tatsache, daß gerade an diesem Abend aus „Sparsamkeitsgründen" einer der beiden Scheinwerfer, der das Denkmal bestrahlen sollte, abgedreht war und der Termin unmittelbar vor der Demonstration der Kärntner Slowenen im selben Ort deuten darauf hin, daß Provokateure am Werk waren.

Das Denkmal in St.Kanzian/Skocijan ist seit seiner Aufstellung im Sommer 1976 ein Bestandteil der chauvinistischen Hetze in Kärnten, der antislowenischen Kampagne der herrschenden Klasse. Es erinnert an den Abwehrkampf, jene Auseinandersetzung zwischen österreichischen Kapitalisten und serbischen Monarchisten zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung und um die Vorherrschaft in diesem Gebiet; es erinnert weiters an den ersten imperialistischen Weltkrieg und an die Hitlerwehrmacht und deren Überfall auf die Sowjetunion. Es steht in einem Ort, in dem es nur einen einzigen Abwehrkämpfer gab, und dieser starb den „Heldentod" bei einer Wirtshausschlägerei. Das Denkmal wurde mehr als 50 Jahre nach dem Ende des Abwehrkampfes aufgestellt. In einer Zeit, in der die Bewegung gegen Diskriminierung und Chauvinismus einen Aufschwung genommen hatte und SPÖ,ÖVP und FPÖ eine ideologische Abwehrfront zur Verteidigung des Chauvinismus zu errichten begannen. Das Denkmal ist und war für jeden fortschrittlichen Menschen eine tagtägliche Provokation.

Deshalb traten die Kärntner Slowenen und mit ihnen viele fortschrittliche Kärntner von Anfang an gegen die Errichtung des Denkmals auf. Auch der Kommunistische Bund wandte sich von Anfang an gegen die Errichtung dieses chauvinistischen Machwerkes.

Bereits bei seiner Errichtung vor einem Jahr war es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen einer antichauvinistischen Gegenkundgebung und der Gendarmerie gekommen. Die Gendarmen verprügelten und verhafteten die gegen die Einweihung des Denkmals protestierenden Demonstranten. Einige der Demonstrationsteilnehmer sollen in einiger Zeit vor Gericht gestellt werden.

Solange dieses Denkmal und ähnliche stehen, sind sie unweigerlich Zentren des Chauvinismus und der Diskriminierung. Das hat sich auch jetzt wieder gezeigt. Wurde doch der „Anschlag" von den Deutschnationalen, um für eine Gegendemonstration gegen die antichauvinistische, demokratische Demonstration der Slowenen im Ort selbst zu mobilisieren.

Natürlich benützten die Kärntner Zeitungen die Aufmerksamkeit, die durch den „Anschlag" auf das chauvinistische Mahnmal gerichtet war, um ihrer laufenden antislowenischen Hetze einen neuen Titel zu bescheren: „Gegen den Terrorismus!"

Die Gendarmerie schikanierte revolutionäre Slowenen und Funktionäre der Zentralorganisationen, angeblich um die „Täter ausfindig zu machen". In Wahrheit setzte sie nur ihre Einschüchterungskampagne gegen diese Menschen fort, wobei ihr der Anschlag als Vorwand für neue Belästigungen diente.

Das Denkmal in St.Kanzian/Skocijan ist seit dem Tag und der Art seiner Aufstellung ein fester Bestandteil der chauvinistischen Hetze und ein Mittel zur Aufrechterhaltung der Diskriminierung der Kärntner Slowenen und zur Spaltung des Volkes.

Deshalb muß man voll und ganz dafür eintreten, daß der Staat alle diese Denkmäler wieder entfernt. Die meisten dieser Denkmäler - gerade das in St.Kanzian/Skocijan und das im Gurktal - wurden mit seiner fürsorglichen Unterstützung errichtet. Landeshauptmann und die Herren Landesräte schwingen Reden und sonnen sich bei den Denkmaleinweihungen.

Verschwindet ein solches Denkmal auf irgendeine Weise vom Erdboden, wird ihm kein fortschrittlicher Mensch, kein Arbeiter oder Bauer, der am friedlichen Zusammenleben mit seinen Klassenbrüdern und Nachbarn interessiert ist, eine Träne nachweinen sondern froh sein, daß dieser „Spaltpilz" endlich weg ist. Nicht anders verhält es sich mit der Gedenktafel für den Konterrevolutionär Hans Steinacher auf dem Gipfel des Hochobir, deren Verschwinden einige verdatterte Reaktionäre jüngst feststellen mußten.

F.

Unverschämte Beschuldigungen

„Die Presse" 10.8.1977

● Die Verurteilung des Anschlages war Dienstag in Kärnten allgemein. Landeshauptmann Wagner sagte zur „Presse", man müsse heute eben in ganz Europa mit den Bomben leben. Es vergehe schon kein Tag mehr, da es nicht irgendwo zu einem Anschlag komme. Die Verantwortlichen für Sankt Kanzian sucht der Landeshauptmann in jenen Kreisen, die sich politisch schwer einordnen lassen. Etwa der Kommunistische Bund, der auch bei der slowenischen Minderheit mitzumischen versuche. ●

Dazu der Kommentar des „Slovenski Vestnik", der Zeitung des Zentralverbandes slowenischer Organisationen:

„...Wagner erklärte der Wiener Tageszeitung 'Die Presse' direkt, daß er sich vorstellen kann, daß vielleicht Mitglieder des Kommunistischen Bundes Österreichs die Täter wären, weil sie sich in der letzten Zeit für die Rechte der Minderheiten interessierten. Solche pauschale Verdächtigungen lehnen wir Kärntner Slowenen mit Entrüstung ab, weil es hier um einen Versuch der Kriminalisierung einer Organisation geht, von der wir wissen, daß sie sich konsequent für die Rechte der Kärntner Slowenen einsetzt. Das ist nur ein weiteres Glied in der Kette der Versuche zur Kriminalisierung der gesamten Bewegung für die Rechte der Kärntner Slowenen."

Eberndof/Dobrla vas: „Zweisprachigkeit nicht nur an Feiertagen"

Am 7. August wurde in Eberndorf/Dobrla vas die 25-Jahrfeier der Erhebung zur Marktgemeinde gefeiert. Der Bürgermeister sprach dabei einige Worte Slowenisch, um seine Toleranz zu zeigen. Diese hört jedoch beim täglichen Amtsverkehr beim Gemeindeamt auf; da gibt es keine Zweisprachigkeit.

Als die offizielle Veranstaltung mit der Rede des Landeshauptmannes beendet war und die hohen Herren und hinter ihnen die Kapellen und Chöre sowie die anderen Teilnehmer aus dem Stiftshof schritten, sammelten sich auf dem Kirchenplatz Slowenen aus dem Ort und der Umgebung. Ein Transparent mit der Aufschrift „Zweisprachigkeit für Eberndorf/Dobrla vas" wurde entrollt; etwa 60 Personen stimmten folgende Parolen in beiden Sprachen an: „Zweisprachigkeit nicht nur an Feiertagen" „Zweisprachigkeit bei Schulen, Ämtern, Gerichten und Aufschriften", „Volksgruppengesetz nein - volle Gleichberechtigung muß sein", „Weg mit dem Volksgruppengesetz", „Für die Rechte der Minderheiten" und „Artikel 7, unser Recht". Die Sprechchöre wurden von den hunderten Anwesenden aufmerksam verfolgt. Als der slowenische Chor aus dem Ort im Zug an der Kundgebung vorbeimarschierte, begannen die Sänger zum Zeichen der Unterstützung der Protestkundgebung zu klatschen. Ihnen war klar, daß die Tatsache, daß sie bei der offiziellen Veranstaltung ein Lied singen durften, noch lange nicht die Gleichberechtigung der Slowenen bedeutet und daß die paar slowenischen Sätze des Bürgermeisters nicht darüber hinwegtäuschen können, daß bei Amt, Gericht, Behörde, Schulen und Aufschriften das Slowenische nicht, und wenn dann bis ins letzte gestutzt, aufscheint.

Die ganze Aktion war aber zu schlecht vorbereitet, um einen Demonstrationszug zu formieren und eine zweisprachige Ortstafel aufzustellen. In diesem Ort ist die Bewegung doch erst im Stadium des Aufbaues begriffen. Dafür haben die Eberndorfer Aktivisten, die vor kurzem eine slowenische Singgruppe gegründet haben, nicht nur mit der Durchführung der Aktion am „Festtag" sondern auch mit der Organisierung einer Woche der Information vom 1.-8. August einiges geleistet.

K.Sch./H.R.

Sofortige Einstellung der Verfahren

Fortsetzung von S 1

Die Bevölkerung von Zell/Sele unterstützte großteils den Partisanenkampf, viele Männer aus der Gemeinde selbst waren bei den Partisanen. Mehrere Bewohner ließen im Kampf gegen den Hitlerfaschismus ihr Leben, mehr als zehn wurden in Wien von den NS-Blutgerichten zum Tode verurteilt und geköpft. Selbstverständlich konnte die Bevölkerung dieser Gemeinde die Minderheitenfeststellung, eine neuerliche Maßnahme der Diskriminierung und des Chauvinismus, nicht hinnehmen. Die Bevölkerung von Zell/Sele, wie die Kärntner Slowenen insgesamt, hat durch die vier jungen Leute der Regierung eine ausgezeichnete, vollkommen richtige Antwort erteilt. Genau dieses Verhalten soll jetzt kriminalisiert werden.

Was also in Wien wirklich verhandelt wird, ist der aktive Boykott auf der Linie: „Wir lassen uns nicht zählen!". Er soll kriminalisiert werden! Das darf die Bewegung gegen die Unterdrückung der Minderheiten nicht zulassen. Tritt sie nicht gegen diesen Prozeß auf, gibt sie den konsequenten Kampf gegen die reaktionären Gesetze auf. Daher muß klar die unverzügliche Einstellung des Verfahrens gegen die vier - unabhängig von allen Paragraphen des Strafgesetzbuches - gefordert werden!

Was wird gegen F.Warasch vorgebracht?

F.Warasch wird der „Anstiftung zum Bombenattentat" beschuldigt.

Jeder weiß, daß der Hauptzeuge gegen ihn ein Querulant ist, der beständig gegen irgend jemanden Beschuldigungen erhoben hat; wobei es in diesem Fall gar nicht so sicher ist, wer die treibende Kraft für die Aussage des Herrn Güttler war. Ein seit Jahrzehnten funktionsuntüchtiger Revolver ist das Hauptbeweisstück. Es ist eine bewährte Tradition untergehender, verfaulender Klassen, mit konstruierten Beweisen wichtige Vertreter ihres Gegners - der Unterdrückten und Ausgebeuteten - ins Gefängnis oder wenigstens in den Geruch der Kriminalität zu bringen. Ganz in dieser Tradition steht das Verfahren gegen F.Warasch, das vom Kärntner Oberstaatsanwalt mit voller Unterstützung des Justizministers eingeleitet wurde.

F.Warasch ist Sekretär einer der beiden slowenischen Zentralorganisationen. Er erfreut sich unter der kämpfenden Minderheit eines hohen Ansehens. Die Kärntner Slowenen haben, als er vorübergehend verhaftet wurde, sofort eine breite Kampagne zu seiner Freilassung initiiert. Allen war klar, daß es bei diesem Verfahren nicht um die Feststellung der „Wahrheit" geht, wie der sozialdemokratische Justizminister die Anklageerhebung durch den an ihn weisungsgebundenen Staatsanwalt rechtfertigte. Es geht um die Diskreditierung der gesamten fortschrittlichen Bewegung unter den Slowenen als „Terroristen und Bombenleger".

Ganz in diesem Geiste muß der Kampf gegen den Prozeß auch in Salzburg und in allen größeren Städten aufgenommen werden. Es geht nicht um die sowieso nicht vorhandene Stichhaltigkeit der Vorwürfe gegen F.Warasch sondern darum, einen Angriff auf die ganze Minderheitenbewegung klar zurückzuschlagen!

Dies kann man nur, indem man die sofortige Einstellung des Verfahrens und die offene Erklärung der völligen Haltlosigkeit aller Anschuldigungen gegen F.Warasch fordert.

Bereiten wir der Regierung bei den Prozessen eine weitere entscheidende Niederlage ihrer Minderheitenpolitik!

Bisher hat sich der Kampf gegen die Prozesse gut entwickelt. Die Absichten der Regierung sind nicht nur nicht aufgegangen, die Kärntner Slowenen haben im Protest gegen die Kriminalisierung einiger ihre aktivsten Kämpfer ihre Einheit und Geschlossenheit erhöht. So bei der großen Demonstration im Juni, so beim Schulstreik des slowenischen Gymnasiums.

Aber auch in den größeren österreichischen Städten hat es bereits vereinzelt Protestschritte gegeben. Jetzt anläßlich der Verlegung der Prozesse nach Wien und Salzburg wird der Aufbau einer ernsthaften Kampffront gegen die beiden Prozesse vom Funktionieren der Komitees für die Rechte der Minderheiten abhängen.

Folgen wir dem Aufruf des Vollzugsausschusses des Zentralverbandes slowenischer Organisationen:

„...die ganze slowenische Öffentlichkeit in Kärnten und die deutschsprachige demokratische Öffentlichkeit zu mobilisieren, um in einer breiten Aktion gegen die Prozesse aufzutreten...!"

Fordern wir die Einstellung der beiden Verfahren gegen F.Warasch und gegen die vier Burschen aus Zell Pfarre/Sele Fara!

F.

Der Kampf gegen die Anlieferung der Br

kann den Plan für einen baldigen Probebetrieb in Zwentendorf

Trotz geschwächter Kräfte der Atomkraftwerksgegner durch die Urlaubszeit und trotz totaler Informationssperre durch die Regierung werden seit Wochen Vorbereitungen auf Aktionen gegen die bevorstehende Anlieferung der Brennelemente für das Zwentendorfer Atomkraftwerk getroffen. Eine äußerst wichtige Seite

IÖAG-Arbeitskreis Linz: „Kein Uran nach Zwentendorf!"

Die Regierung setzt bekannterweise alles daran, daß in Zwentendorf der radioaktive Probebetrieb noch vor dieser Parlamentsdebatte aufgenommen wird. So könnte sie ihrem unverantwortlichen Argument: „Die Nichtinbetriebnahme wäre eine Vergeudung von 7 Milliarden Schilling" ein noch demagogischeres hinzufügen, nämlich: „Für Zwentendorf muß man sein, weil es bereits radioaktiv ist und nicht mehr umgebaut, sondern höchstens stillgelegt werden könnte."

Einer der entscheidendsten Schritte in dieser Regierungspolitik ist die Lieferung der Brennelemente. Damit kann der radioaktive Probebetrieb jederzeit aufgenommen werden.

Die Brennelemente sollen heimlich vom Plutoniumbunker in Hanau bei Frankfurt/BRD in 15 bis 20 LKW-Zügen unter Gendarmerieschutz über Ober-und Niederösterreich nach Zwentendorf gebracht werden. Sie sollen noch im August eintreffen. Die Route wurde bereits zwischen dem Verkehrsministerium, der Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld Ges.m.b.H. und der oberösterreichischen Landesregierung ausgehandelt, wird aber geheimgehalten.

„Die Transportgenehmigung ist übrigens schon erteilt und zwar von der oberösterreichischen Landesregierung" (Information aus dem Mittagsjournal vom 9. Juli)

Wir können das nicht zulassen und werden alles unternehmen, diesen Transport zu verhindern!! Es geht jetzt in erster Linie darum, die oberösterreichische Landesregierung mit dem Protest gegen die Transitbewilligung und der Aufforderung nach ihrer Zurücknahme zu konfrontieren", schreibt der Arbeitskreis Linz der IÖAG auf einem Flugblatt, das zu einer Protestkundgebung am 18. August aufruft.

Auf dieser Kundgebung vor dem Landhaus in Linz soll ein offener Brief, der auf einem Treffen der Arbeitskreise Linz, Mauthausen und Schärding - ein Vertreter der BIAG Linz/Enns war ebenfalls anwesend - beschlossen wurde, dem Landeshauptmann übergeben werden. In dem Brief wird die „sofortige Zurücknahme der Bewilligung für den Urantransport durch Oberösterreich" gefordert.

Frankreich: Schauprozeß gegen Teilnehmer der großen Anti-

Mehrer hundert AKW-Gegner belagerten während 24 Stunden (!) das Gericht in Bourgoin (Department Isère), in dem ein Schauprozeß gegen zwölf Teilnehmer der großen Demonstration in Malville (siehe auch Klassenkampf 16/77) stattfand. Die Angeklagten, sieben Deutsche, drei Franzosen und zwei Schweizer waren erst einen halben Tag nach den Auseinandersetzungen mit der Polizei aus der Menge der abfahrenden Demonstranten herausgegriffen worden.

Mit diesem Prozeß sollte die Anti-AKW-Bewegung in Frankreich eingeschüchtert werden und gleichzeitig der „Beweis" dingt.

Die deutschen Besatzer in Frankreich versuchten im Jahre 1944 mittels eines Schauprozesses zu beweisen, daß die französische Widerstandsbewegung von „Juden und Ausländern" gesteuert ist. Das Ergebnis dieses Prozesses war die noch festere Einheit der Ausländer und Franzosen im Widerstand gegen den gemeinsamen Feind.

Nicht anders wird es der französischen Bourgeoisie gehen, wenn sie den französischen Chauvinismus schüren will, um die Anti-AKW-Bewegung zu spalten.

Daß ein Teil der 50 000 Demonstranten,



erbracht werden, daß die Demonstration von „ausländischen Terroristen gesteuert" sei.

Diese Absicht konnte von der französischen Bourgeoisie nicht in die Tat umgesetzt werden. Belagert von hunderten AKW-Gegnern bot das Gericht den Anblick einer Justizfarce: Poizeikordons ums Gericht, aber drinnen nicht einmal ein geeigneter Dolmetsch, der es den Angeklagten erlaubt hätte, zu verstehen, wessen sie angeklagt waren. Obwohl Dutzende Zeugen den Polizeiaussagen widersprachen, drakonische Urteile auf Anordnung von oben: drei bis sechs Monate unbe-

die gegen den im Bau befindlichen „Schnellen Brüter" Super Phénix protestierten, Ausländer waren, ist eine ausgezeichnete Sache, denn der Super Phénix ist nicht einfach ein Prestigeobjekt einiger Spitzenfunktionäre der EDF (französische E-Wirtschaft, verstaatlicht) sondern dahinter steht die ganze französische und in einem gewissen Sinn die westeuropäische Bourgeoisie. Mit diesem Projekt versucht der französische Imperialismus, sich gegenüber dem amerikanischen Monopol der Technologie bei normalen AKWs zu behaupten und damit seine Stellung in der westeuropäischen Gemeinschaft auszu-

ennelemente
zu Fall bringen

dabei ist die Information und Mobilisierung der Bevölkerung selbst. Darauf aufbauend werden Blockadeaktionen der aktiven AKW-Gegner die erwünschte Breitenwirkung haben, Verständnis und Unterstützung im österreichischen Volk finden.

Die Vorgangsweise der AKW-Gegner in Oberösterreich ist ein gutes Beispiel. Die direkte Konfrontation der Politiker mit den Forderungen der „Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner" (IÖAG) und jetzt insbesondere mit der Forderung *„Keine Anlieferung der Brennelemente!"* ist geeignet, den Schwung der Bewegung zu steigern und fördert den Drang der Massen, die bürgerlichen Politiker in der nötigen Art und Weise zur Rechenschaft zu ziehen.

Heute geht es darum, gegen die Anlieferung der Brennelemente vor allem in den betroffenen Gebieten Österreichs zu kämpfen und die Front gegen das imperialistische Atomprogramm und die imperialistische Energiepolitik, die SPÖ, ÖVP und FPÖ gemeinsam betreiben, zu verbreitern. Je erfolgreicher dies geschieht und je mehr Unterstützung unter den Arbeitern und im Volk für die Forderung der IÖAG gefunden wird, desto eindrucksvoller wird auch die neuerliche Zusammenfassung aller Kräfte dieses Kampfes bei der zentralen Demonstration in Wien am 26. Oktober ausfallen und die Regierung an der Zulassung der Inbetriebnahme, auch jeder probeweisen Inbetriebnahme des Zwentendorfer Atomkraftwerkes gehindert werden.

Maurer soll endlich Farbe bekennen

„Die internationale Beförderung radioaktiver Stoffe (mithin also auch radioaktiver Abfälle) im Sinne des 'Europäischen Übereinkommens über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße - ADR', also die Beförderung solcher Güter mit einem Kraftfahrzeug oder Anhänger auf der Straße nach Österreich oder aus Österreich, wobei insbesondere die Grenzüberschreitung auf der Straße erfolgt, unterliegt den Regelungen dieses Übereinkommens."....„Da das ADR keine Regeln über die konkrete innerstaatliche Behördenzuständigkeit enthält und ein Behördenzuständigkeits- und Verfahrensgesetz für die Vollziehung des ADR noch nicht erlassen worden ist, ist für die Vollziehung des ....ADR....insbesondere für....die Genehmigung der Beförderung bestimmter radioaktiver Stoffe und die Überwachung der Beförderung, sowie...hinsichtlich der besonderen Vorschriften über den Verkehr der Fahrzeuge, derzeit subsidiär gemäß §1 der Beilage A der Ministerialverordnung RGBl. Nr. 1 1953 in erster Instanz die Bezirksverwaltungsbehörde und gemäß Art. 101 B-VG *in zweiter und letzter Instanz die Landesregierung* zuständig."

Aus dem obigen Zitat, das dem „Regierungsbericht über die Nutzung der Kernenergie" (1977) entnommen ist, geht klar die Rolle der jeweiligen Landeshauptleute hervor, die sie bei der Bewilligung des geplanten Brennelementetransportes nach Zwentendorf spielen - auch wenn sie sich gelegentlich als Atomkraftwerksgegner gebärden.

Darum haben sich auch die oberösterreichischen AKW-Gegner an den oberösterreichischen Landeshauptmann Wenzl gewandt und von ihm die sofortige Zurücknahme seiner „Bewilligung für den Urantransport durch Oberösterreich" gefordert.

Der Brennelementetransport ist jedoch nicht nur über oberösterreichisches, sondern natürlich auch über niederösterreichisches Gebiet geplant. Bis heute wird es vor der Öffentlichkeit geheimgehalten, ob der niederösterreichische Landeshauptmann Maurer bereits seine Zustimmung zum Urantransport gegeben hat oder nicht. Landeshauptmann Maurer, der bekanntlich besonders in der direkten Konfrontation mit der niederösterreichischen Bevölkerung bemüht ist, sich als „harter Gegner" der AKW-Politik der Regierung aufzuspielen, soll endlich Farbe bekennen. Er muß die Bewilligung für den Urantransport verweigern. Sollte er bereits zugestimmt haben, so muß er die Zustimmung eben wieder zurücknehmen. Das werden ihm die Niederösterreicher und mit ihnen alle AKW-Gegner Österreichs schon klarmachen.

G.F.

W-Demonstration/Malville

bauen. Dazu muß man wissen, daß auf diesem. Gebiet Frankreich einen relativ großen technologischen Vorsprung gegenüber der USA hat. In der Frage wird die französische Bourgeoisie von der ganzen westeuropäischen Bourgeoisie unterstützt. Sie erhofft sich nämlich bei dieser Technologie weniger von den Uranlieferungen aus den USA, Kanada, usw. abhängig zu sein, da mit der gleichen Menge Uran beim „Schnellen Brüter" ca zehnmal soviel Energie erzeugt werden kann.

Es ist deshalb kein Zufall, daß 2 Tage vor der Demonstration die OECD ihre Zustimmung zum Bau von „Schnellen Brütern" in ganz Europa bekräftigte. Daß die „Schnellen Brüter" noch weit weniger als die konventionellen beherrscht werden, daß ihr Bau bei der Bevölkerung auf äußerst lebhaften Widerstand stößt, ist unter diesen Umständen nur ein Grund mehr für die Bourgeoisie, die Anti-AKW-Bewegung mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Der brutale Polizeieinsatz in Malville, der einen Toten und 100 teilweise Schwerverletzte forderte, wurde vom Innenminister befürwortet. Es war eine bewußte Provokation, um den Widerstand zu brechen. Das beweist nur aufs Neue: „Wenn es sich um den Profit handelt, dann geht das Kapital buchstäblich über Leichen."

Bezeichnend auch das Verhalten der „Linksparteien", die sich ja immer als Alternative zu Giscard hinstellen. Weder SP noch KP, noch die von ihnen beherrschten Gewerkschaftsspitzen riefen zur Demonstration auf, die KPF vor allem hetzte ganz übel gegen diese Aktion der Massen und verstärkte nur die chauvinistische Hetze.

WW

REGIERUNGSMATERIALIEN, GESETZE UND ABKOMMEN ÜBER ATOMKRAFTWERKSBAU UND IMPERIALISTISCHE ENERGIEPOLITIK IN ÖSTERREICH

Abkommen Österreich-USA (1960)
Atomhaftpflichtgesetz (1964)
Strahlenschutzgesetz (1969)
Übereinkommen über ein Internationales Energieprogramm (Internationale Energieagentur) (1975)
Energielenkungsgesetz (1976)
Energieplan (1976)
Regierungsbericht über die Nutzung der Kernenergie (1977)
Österreichische Elektrizitätsgesellschaften: Aufsichtsräte und Beteiligungen

106 Seiten, Preis 20 S.

Zu bestellen bei: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13



Am 26. Oktober: Gesamtösterreichische Demonstration zum Parlament

BIAG-Innsbruck: „Österreich raus aus der IEA!"

Mittwoch, den 3. August beschloß die Bürgerinitiative gegen Atomgefahren (BIAG) Innsbruck auf einer öffentlichen Versammlung einstimmig die Forderung: *Österreich raus aus der Internationalen Energie Agentur (IEA)!* in ihr Forderungsprogramm aufzunehmen. Gleichzeitig beschloß die BIAG-Innsbruck, auf der nächsten gesamtösterreichischen Beratung der IÖAG dafür einzutreten, diese Forderung in das Programm der IÖAG aufzunehmen.

Unmittelbar danach wurde die Arbeit im Sinne der obigen Beschlüsse aufgenommen.

„Atomkraftwerke nein - kein Parlamentsentscheid darf anders sein."
Eine Dokumentation, herausgegeben von der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner

Diese Broschüre umfaßt eine Zeittafel zur Bewegung gegen die Atomkraftwerke vom Jahre 1967 bis zur Delegiertenkonferenz der IÖAG am 16.4.1977 in Tulln. Ab diesem Zeitpunkt dokumentiert sie in zahlreichen Reproduktionen verschiedener Flugblätter und Erklärungen und durch zahlreiches Bildmaterial die Breite und die Vielfalt der Bewegung. Sie endet mit dem Aufruf der Droßer Delegiertenkonferenz der IÖAG vom 2.7.1977, am 26.10 1977 eine gesamtösterreichische Demonstration zum Parlament durchzuführen.

30 Seiten, A4, Preis: 15.- öS

Erhältlich über die Gruppen der IÖAG in ganz Österreich sowie über die Ortsgruppen und Sympathisantengruppen des KB.

Zu bestellen auch unter: IÖAG Postfach 138; 1071 Wien

Das neue Berufsausbildungsgesetz

Fortsetzung von Seite 2

Ausbeutung der Jugendlichen bis jetzt gesetzt waren, fallen.

Die Kontrolle der Kapitalisten über die Berufsausbildung muß beseitigt werden!

In der Arbeiterjugend muß sich der Gedanke durchsetzen, daß die Misere in der Berufsausbildung an der Kontrolle der Kapitalisten und des bürgerlichen Staates liegt. Die Ausbildung als privater „Gnadenakt" und unter der Verfügung des einzelnen Kapitalisten muß beseitigt werden und sie muß zu einem allgemeinen Recht werden. Genauso muß der Einfluß des bürgerlichen Staates, vom Ministerium bis zu den Ländern, auf die Inhalte der Ausbildung und die Bestellung der Lehrer bekämpft werden.

Jede Bewegung, die sich gegen den Einfluß der Kapitalistenverbände richtet (z.B. die Forderung *„Loslösung der Lehrlingsstellen von der Handelskammer")*, oder die vom Staat Veränderungen im Berufsschulunterricht erzwingen will (z.B. die Forderung nach sportlicher Ausbildung in der Berufsschule), liegt in dieser Richtung und verdient vollste Unterstützung.

In der Auflehnung der Jugendlichen gegen die derzeitigen Zustände in der Berufsausbildung wurden, vor allem während der „Aktion 75", verschiedentlich folgende Teilforderungen erhoben:

- Ausdehnung der vollen Berufsschulpflicht auf alle jugendlichen Arbeiter. Bezahlung dieser Zeit durch die Kapitalisten Unterricht in dem Ausmaß und mit dem Ziel, daß die Abschlußprüfung abgelegt werden kann.
- Um der Verelendung der jugendlichen Arbeitslosen zu begegnen und die Jugend nicht in die rücksichtslose Konkurrenz mit den älteren Arbeitern und untereinander um die Lehrstellen zu treiben, müssen sie als Arbeitslose anerkannt werden und eine Arbeitslosenunterstützung erhalten, von der sie leben können.
- Um für die Lehre nicht die finanzielle Hilfe der Eltern in Anspruch nehmen zu müssen, muß die Lehrlingsentschädigung auf eine solche Höhe angehoben werden, daß sich die Jugendlichen damit selbst versorgen können.
- Berufsschulausbildung an zwei arbeitsfreien Wochentagen
- Schaffung und Ausbau von Lehrwerkstätten bei den Berufsschulen
- Finanzierung der Kantinen in den Berufsschulen durch den Staat
- Kostenlose Bereitstellung sämtlicher Lehrbehelfe an den Berufsschulen durch den Staat
- Volle Übernahme der Berufsschulinternatskosten durch den Lehrherren
- Inspektionsrecht für Gewerkschaften und Betriebsräte an der Berufsschule

An diesen Forderungen muß weiter festgehalten werden. Besonders wenn Staribacher, unterstützt von den reformistischen ÖGJ-Führern, am 15. ÖGJ-Kongreß versuchen wird, sein Programm der Verschlechterung der Ausbildung als Fortschritt zu verkaufen, muß ihm eine klare Abfuhr erteilt werden.

E.Rei./Red.

Personalvertretungswahlen bei den ÖBB

Vorschlag für ein Forderungsprogramm der Eisenbahner

1. Gegen die Rationalisierungen und Einsparungen auf Kosten der Eisenbahner

Rund 15 000 Eisenbahner sollen bis 1985 eingespart werden. In den letzten Jahren wurden 4 084 Dienstposten eingespart.

Für die Kollegen heißt das neben zusätzlicher, vermehrter Arbeit (die natürlich nicht bezahlt wird), zusätzliche Belastung und gesteigerte Gefährdung bei der Arbeit.

Die Unfallzahlen nehmen laufend zu, genauso die Bestrafungen, wenn einem infolge der Überlastung Fehler unterlaufen. Trotz weniger Bediensteter sind die Leistungen in den ersten Monaten 1977 enorm gestiegen: Einfuhr um 22%, Ausfuhr um 9%, Stückgüterverkehr um 17%!

Um diesen massiven Angriffen entgegentreten zu können, schlagen wir folgende Forderungen vor:

Keine Kürzung der Dienstposten!
Rücknahme aller Posteneinsparungen, die auf Kosten der Kollegen erfolgt sind!
Weg mit dem Aufnahmestop!

2. Gegen jede Verschlechterung der Arbeitszeitregelungen und der Arbeitsbedingungen

Die 40-Stundenwoche und den 8-Stunden-Tag gibt es für Tausende unserer Kollegen nur auf dem Papier. Im fahrenden Dienst (vor allem im Verschub) sind 48 Stunden bis 60 Stunden in der Woche die Regel.

Die Nacht- und Schichtarbeit beträgt in vielen Fällen 12 Stunden; 16 Stunden und bei Lokführern manchmal sogar noch mehr.

Weiters gibt es bereits Pläne, die Verschubruhe (meistens 24 Stunden) zur Gänze aufzuheben. Die Arbeits- und Ruhezeitbestimmungen sollen dadurch total durchlöchert und schließlich ganz beseitigt werden.

WIR FORDERN DAHER:
Strikte Einhaltung der 40-Stunden-Woche!
* *Herabsetzung der täglichen Normalarbeitszeit auf 8 Stunden!*
* *Keine Aufhebung der Verschubruhe!*

Für die Lokführer:
**Verkürzung der durchschnittlichen Tagesarbeitszeit von 5,5 Stunden auf 5,0 Stunden und der Höchstarbeitszeit von 16 Stunden auf 12 Stunden unter voller Einrechnung aller Wendezeiten, Dienstbereitschaften und Fahrgastfahrten.*

Um der rücksichtslosen Anordnung von Nachtarbeit entgegenzuwirken, muß für alle Schichten, die ganz oder teilweise in die Zeit von 22 Uhr bis 6 Uhr früh fallen - eine Nachtdienstschichtzulage gewährt werden und zwar in der Höhe von mindestens S 200.- (derzeit S 68.- in der Zeit von 0 bis 4 Uhr.

3. Weg mit der Dienststrafordnung!

Disziplinarverfahren und Rügen; Geldstrafen und Versetzungen; Zurückversetzung von einer Lohngruppe in eine niedrigere; Verzögerung der Anstellung und sofortige Entlassung - das alles legt die Dienststrafordnung fest. Das alles wird täglich hundertfach bei den ÖBB praktiziert.

Gemeinsam für die Forderungen:
**Keine Dienststrafen!*
* *Keine Ordnungsstrafen!*
* *Keine Suspensionen!*
* *Weg mit der Dienststrafordnung!*
* *Gegen den Reallohnabbau!*

4. Gegen den Reallohnabbau!

Das letzte Gehaltsabkommen war in keiner Weise geeignet, die Verschlechterung der Lebenshaltung der Bundesbahner durch die gesamte Verteuerung des Lebens abzuwehren. Es war genausowenig geeignet, die Bedingungen für die Änderung der extrem schlechten Arbeitsbedingungen der Eisenbahner zu verbessern: Denn nur die niedrigen Grundgehälter sind die Ursache, daß ein Bundesbahner Bedingungen akzeptiert, wie sie kaum ein anderer Arbeiter in Österreich hat: Schichten bis zu 16 Stunden, vollkommen „zerstückelte" tägliche Arbeitszeiten, wie z.B. im Fahrverschub, Anerkennung als Nachtarbeit nur zwischen 0 und 4 Uhr.

Spätestens Mitte 78 wird die Teuerung die Erhöhung bereits wieder entwertet haben. Unsere Personalvertretung muß sich dafür aussprechen, daß, sobald von der Erhöhung nichts mehr übrig ist, die Neuaufnahme von Gehaltsverhandlungen verlangt wird. Die dabei eingeschlagene Richtung muß sein:
* *Ausreichender Mindestbetrag!*
* *Keine längere Laufzeit als 1 Jahr!*
* *Kein Stillhalteabkommen!*

5. Die Personalvertreter müssen den Kollegen verantwortlich und rechenschaftspflichtig sein - und niemand anderem

Damit die Personalvertreter für die Interessen der Kollegen gegenüber der staatlichen Verwaltung eintreten können, darf ihre Tätigkeit keiner gesetzlichen Beschränkung unterworfen werden, wie z.B. die Verpflichtung auf den Dienstbetrieb.

Die Personalvertreter sollen nur denen gegenüber verantwortlich und rechenschaftspflichtig sein, von denen sie gewählt wurden - als ihre Vertreter gegenüber der Direktion und der staatlichen Verwaltung. Deshalb:
* *Weg mit jeder Schweigepflicht!*
* *Weg mit jeder Verpflichtung der Personalvertreter auf den Dienstbetrieb!*

Für die Aufstellung einer Liste, die von den Interessen der Kollegen ausgeht

Ende November 1977 werden 74 000 Eisenbahner in ganz Österreich ihre Personalvertretung (PV) wählen. Diese Wahlen stehen im Zeichen der Reallohnsenkung, die das letzte Gehaltsabkommen brachte und der Rationalisierungsmaßnahmen, die im Zuge des Einsparungskonzepts der Regierung gegenüber den Eisenbahnern durchgesetzt werden sollen. Weitere Ausdehnung der Arbeitszeit, weitere Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit drohen. Bei der Durchsetzung dieses Programms kann sich die ÖBB-Verwaltung einerseits auf die unzureichenden Gehaltsabschlüsse in den letzten Jahren stützen, die die Kollegen zur Mehrarbeit zwingen. Andererseits kann sie mit Hilfe des Dienstrechtes Druck auf die Kollegen ausüben.

Um diesen Bestrebungen wirksam entgegentreten zu können, müssen die Kollegen ein Programm entwickeln, das von ihren Interessen ausgeht und die Herstellung ihrer Einheit ermöglicht. Ein Schritt in diese Richtung ist der 5-Punkte-Vorschlag einer Gruppe von Eisenbahnern für die PV-Wahl. Ihr Ziel ist die Aufstellung einer Liste bei den PV-Wahlen, deren Programm die wesentlichen Forderungen gegen die herrschenden Arbeitsbedingungen enthalten muß, und auf der alle Kollegen, unabhängig von ihrer Weltanschauung oder der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, kandidieren können, sofern sie fest auf dem Forderungsprogramm der Liste stehen. Auf jeder einzelnen Dienststelle sollen auch jene Forderungen ins Programm der Liste aufgenommen werden, die geeignet sind, die dringendsten Probleme der betreffenden Dienststelle zu lösen. Auf diese Weise können besonders viele Kollegen in die Debatte um die PV-Wahlen einbezogen werden und selbständig darangehen, ihre Kandidaten für die Liste zu bestimmen.

Hauptwerkstätte Linz: Im Winter kalt und zugig - im Sommer heiß und stickig

Viele Kollegen aus der Hauptwerkstätte beschweren sich wegen der schlechten Belüftung der Werkhallen im Sommer und der ungenügenden Beheizung im Winter. Im Sommer, wenn sich trotz geöffneter Tore in den Hallen die Hitze staut (das Schmiedefeuer in der Schmiede auch nicht gerade kühlend wirkt) und die Lüfter nicht funktionieren oder nicht eingeschaltet werden, dann hat es oft weit mehr als 30 Grad in den Hallen.

Bei massivem Kälteeinbruch im Herbst und Winter ist die Heizung oft nicht in der Lage, die Hallen ausreichend zu beheizen. Oft fallen einzelne Heizlüfter aus oder blasen sogar Kaltluft.

Mag sein, daß einzelne kleine Arbeitsräume auch bei massivem Kälteeinbruch gut geheizt und belüftet sind, und daß es beim Schmiedefeuer wärmer ist als zwischen zwei geöffneten Toren (die z.B. wegen Materialanlieferung geöffnet werden müssen), wo man in der Zugluft steht. Aber in vielen Bereichen der Hauptwerkstätte stellt die ungenügende Beheizung im Winter und die mangelnde Belüftung der Werkshallen im Sommer eine zusätzliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen dar. Daher muß durchgesetzt werden:

**Ausreichende Belüftung der Hallen im Sommer!*
**Messung der Temperatur für das Inkrafttreten der Hitzeregelung direkt in den Hallen!*

(entnommen aus einem Flugblatt einer Gruppe von Eisenbahnern)


Bei den Personalvertretungswahlen müssen die Interessen der Bundesbahner im Vordergrund stehen!

Für die Personalvertreter dürfen nur die Interessen der Kollegen maßgeblich sein

Dieses Flugblatt wurde von einer Gruppe von Eisenbahnern verfaßt, die für die Personalvertretungswahlen die Aufstellung einer gemeinsamen Liste anstreben.

Kollegen!

Wenn Ihr mit der Gruppe von Eisenbahnern in Verbindung treten und Euch durch Anregungen, Beiträge und Debatten an der Aufstellung einer Liste für die PV-Wahlen beteiligen wollt, wendet Euch an:
Robert Kremlicka
1235 Wien, Oktaviang. 2-4/9/2/9

Verschubbahnhof Linz/Kleinmünchen: Diensposteneinsparung - Erhöung der Arbeitsbelastung und der Unfallgefährdung

1976 wurde vom Bahnhofsvorstand ein Dienstposten - nämlich der „Bremsfahrer" eingespart. (Dienstanweisung vom 10.4.76)

1. Die Verschieber der 3a Reserve in der „Grube", die vorher zu acht waren, sind jetzt am Tag nur mehr sieben. Gleichzeitig wurden durch den Ausbau des Verschubbahnhofes 2 Gleise (157 und 159) angehängt.

Dadurch, daß es am Tag keinen „Bremsenfahrer" mehr gibt, müssen die Rollzettel vom Rollberg mit der „Anschiebe" 2a Res. geholt werden.

Des öfteren müssen Verschieber aus der Grube auf den Rollberg, um mit größeren Wagengruppen - „Schub" - herunterzufahren.

2. Von der 3b Res. muß bei der Nachtschicht ein Verschieber zur 3a Res. kommen. Die 3b Res. fährt jetzt bei Nacht ohne Verschieber, nur mit einem Aufseher. Dadurch verschlechtert sich für sie die Dienstzeit, Dienstzeitverlängerung bis zu 14½ Stunden. Sie verlieren durch den Dienst bei der 3a Res. rund 200.- an Prämien bzw. Zulagen.

3. Vor dieser Einsparung wurde der „Stickzug" von der 3b Res. gekuppelt, jetzt muß ihn die 4b Res. kuppeln.

Man sieht sofort, wie das alles ineinandergreift. Wie sich eine Einsparung auf alle auswirkt. Angeblich wird im Herbst dieser Posten wieder besetzt - aber wie, das ist die Frage.

1. Soll es keinen „Aushänger„ (er trennt die Wagen am Rollberg) mehr geben - dieses Geschäft macht dann der Ablaufleiter am Rollberg alleine. Er soll mit einem Funkgerät ausgerüstet werden. Geködert wird mit dem Anheben dieses Postens auf einen Meisterposten.

Wer dann das Rollsignal bedient - wenn nötig - ist fraglich.

Und wie man mit dem umgehängten Funkgerät zwischen die Wagen steigen soll, um die Kuppeln aufzudrehen - ohne daß die Unfallgefahren steigern - das sollen die verantwortlichen Herren erst einmal vormachen.

2. Bleibt dadurch in der Grube weiter 1 Mann eingespart.

3. Gibt es bereits wieder Pläne, einen weiteren Dienstposten bei der 3a Res. zu streichen.

Diese Pläne müssen verhindert werden.

Der Posten bei der 3a Reserve muß wieder besetzt werden!

Gegen die Einsparungen auf Kosten der Kollegen!

Nachbemerkung: Inzwischen ist bekannt geworden, daß die Verwaltung ihre Pläne in geänderter Form durchsetzen will. Ein weiterer Bericht folgt.

(entnommen aus einem Flugblatt einer Gruppe von Eisenbahnern)

Fortsetzung von Seite 1

Die westdeutsche Arbeiterbewegung nimmt den Kampf um den 7-Stundentag auf

Im riesigen Arbeitslosenheer tritt die industrielle Reservearmee hervor, die der deutsche Kapitalismus vor allem in seinen letzten Aufschwungphasen ungeheuer vergrößert hat. Die sich ständig verschärfende imperialistische Konkurrenz treibt die deutschen Konzerne zu stets neuen Versuchen, die Arbeiter länger und intensiver für den Tageslohn arbeiten zu lassen. Es ist auch kein Wunder, daß gerade in der Automobilindustrie die Auseinandersetzungen um die Rationalisierung und die Arbeitszeit am entwickeltsten sind, ist doch hier das Ringen um die Absatzmärkte ganz besonders mörderisch und hat der Druck auf die Arbeiter besonders zugenommen.

Das niedrige Tariflohnniveau – selbst Ergebnis des Druckes der Reservearmee auf die Arbeiter – und das große Arbeitslosenheer zwingen die Arbeiter zu Schicht-, Nacht- und Samstags- und teilweise sogar Sonntagsarbeit. Einzeln oder auch in Gruppen können die Metallarbeiter gegen diesen Druck nichts ausrichten, sie müssen sich ihm beugen. Die einzige Möglichkeit für sie ist, sich zusammenzuschließen und allgemeine Regelungen der Arbeitszeit durchzusetzen, die die Kapitalisten und die Arbeiter zwingen, den Normalarbeitstag von sieben Stunden anzuerkennen. Damit schaffen sie sich einen beständigen Quell der Spaltung und Konkurrenz untereinander vom Leibe. Damit stellen sie vor allem aber ihre Einheit im Kampf gegen die Kapitalistenklasse her und bereiten sich darauf, durch die Beseitigung der Gesellschaftsordnung vor, die sie zu Überarbeit und frühzeitigem Verschleiß der Arbeitskraft zwingt.

Die deutschen Arbeiter aber sehen auch, daß ihr Kampf für den Siebenstundentag auch bei vollem Lohnausgleich solange nicht zu einer echten Beschränkung des Normalarbeitstages führen kann, als sie nicht einen solchen Tariflohn auf den Normalarbeitstag erhalten, von dem sie leben können. Solange nämlich der Tariflohn ständig sinkt, zwingt sie schon einfach die Existenzsicherung dazu, mehr als acht Stunden sowohl in Schicht als auch samstags und sonntags zu arbeiten.

Ja, es kann sich ohne die Entwicklung einer breiten Front gegen den ständigen Lohnabbau und für Tariflöhne, die die Existenz der Arbeiterfamilien sichern, auch keine Kampffront für die Beschränkung des Normalarbeitstages entfalten. Diese Grunderkenntnisse spricht einer der Opelarbeiter klar aus: *„Daß man diesen 7-Stunden-Tag verlangt, da bin ich dafür und auch der Großteil meiner Kollegen, mit denen ich darübergesprochen habe, sind dafür, weil ich heute in 8 Stunden soviel leisten muß wie früher in 10 Stunden. Da ist es richtig, daß man 7 Stunden fordert.*

Erst mal braucht man mehr Lohn. Hab ich einen richtigen Lohn, von dem ich leben kann, brauch ich keine Sonderschichten machen.

Wenn die Opel-Arbeiter das fordern, wird das woanders Schule machen. Wenn sich alle Arbeiter einig sind, müssen die Betriebsleitungen aller Firmen dagegen aufgeben und die Forderungen anerkennen. Sie müssen durch Gesetz gezwungen werden. Sonst sehe ich keinen Erfolg bei der Sache."



Klassenbewußte Arbeiter auf der DGB-Demonstration am 1. Mai 1977 für: *„Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!"*

Damit geraten sie in direkten Gegensatz zur Tarifpolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, diese haben in den letzten beiden Jahren systematisch niedrigen Tarifabschlüssen zugestimmt, sie haben damit die unteren Arbeiterschichten dem Elend und alle Arbeiter der Notwendigkeit, sich dem Arbeitszeitdiktat der Kapitalisten zu beugen, ausgesetzt. Somit ist die Forderung nach Beschränkung des Arbeitstages auf sieben Stunden – soll sie wirklich zum siebenstündigen Arbeitstag führen – eine Kampfansage an die sozialdemokratische Tarifpolitik.

Doch nicht nur über die Tarifpolitik geraten die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokraten bei der Organisierung einer Kampffront für den Siebenstundentag aneinander. Die Sozialdemokraten, die bei ihrer gesamten Gewerkschaftspolitik von den Interessen der Kapitalisten ausgehen, machen diesen nicht nur durch ihre Tarifpolitik den Weg für die Verlängerung des Arbeitstages frei.

Während ihre Betriebsratsobmänner in den Betrieben Sonderschichten und dergleichen mehr zustimmen, haben sie mit allen Mitteln die Verbreitung der Siebenstundentagforderung der OPEL-Arbeiter behindert, oder wenigstens die Forderung nach vollem Lohnausgleich unterdrückt.

Nachdem sich diese Manöver aber alle als wenig brauchbar zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung erwiesen haben, versuchen sie jetzt die Bewegung für den Siebenstundentag von innen zu zersetzen. Dies tun sie, indem sie bei formeller Unterstützung der Forderung nach Beschränkung des Arbeitstages der ganzen Bewegung eine falsche, reaktionäre Ideologie aufpfropfen wollen. Sie setzen dabei am drückenden Problem der Arbeitslosigkeit an. Dies heißt dann so „Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit....setzt sich die IG-Metall...folgende Prioritäten in der Tarifpolitik: Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden" oder „aktive Beschäftigungspolitik das heißt konkret: Verkürzung der Arbeitszeit".

So wollen sie die Kampfforderung der Arbeiterbewegung gegen Rationalisierung und frühzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft, eine Forderung, die klar vom Interessensgegensatz zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse ausgeht, in eine Hilfe der Beschäftigten für die Arbeitslosen umbiegen. Weil die einen soviel Arbeit haben, haben die anderen keine. Als ob die Arbeitslosigkeit Ergebnis dessen wäre, daß der beschäftigte Teil der Arbeiterklasse soviel Arbeit bei sich zusammenrafft. So wird aus dem „Arbeitnehmer" ein „Arbeitwegnehmer". So wird der Geist der Spaltung noch mehr in die Arbeiterklasse getragen, so können die Arbeiter statt sich zusammenzuschließen nur noch besser gespalten und an die bürgerliche Ideologie gebunden werden. Klar ist für die Sozialdemokraten auch, daß diese Art von Verkürzung des Arbeitstages nicht mit Kosten für die Kapitalisten verbunden sein darf, daher kein Lohnausgleich! Damit verliert aber der ganze Kampf seinen Sinn, denn ohne Lohnausgleich heißt das Lohnsenkung und das heißt vermehrter Zwang zu Überstunden, Schicht und Samstagarbeit. Setzt sich eine solche Orientierung durch, wird der ganzen Bewegung die Gefährlichkeit für die Kapitalisten genommen und die Arbeiter werden ideologisch an den Kapitalismus gefesselt. Darum kämpfen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, das wollen sie durchsetzen.

Die revolutionären und klassenbewußten Arbeiter in der BRD rüsten sich für einen langandauernden Kampf um die Durchsetzung des Siebenstundentages als gesetzliche Schranke für den Normalarbeitstag. Gegenwärtig kämpfen sie überall darum, daß am Gewerkschaftstag im Herbst möglichst viele Stimmen für die konsequente Forderung und einen beharrlichen Kampf für die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages auf sieben Stunden bei vollem Lohnausgleich lautwerden, daß den sozialdemokratischen Sabotageversuchen von möglichst vielen Arbeitern bereits bei dieser Gelegenheit eine Abfuhr erteilt wird.

Nach Berichten der Kommunistischen Volkszeitung (Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland) F.

Resolution der Betriebsversammlung der Opel-Belegschaft

Die Belegschaft der Adam Opel AG Werk Rüsselsheim wendet sich heute auf ihrer Betriebsversammlung am 29.3.1977 an die Delegierten des Gewerkschaftstages der IG-Metall, der im September stattfindet.

Über 50 Sonderschichten, zahllose Überstunden hat die Belegschaft in den vergangenen 2 Jahren arbeiten müssen. Ganz unerträglich ist diese Ausdehnung der Arbeitszeit.

Seit über 100 Jahren kämpft die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung für gesetzliche Schranken des Arbeitstages. Es ist heute notwendig, für gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages auf 7 Stunden einzutreten. Die Belegschaft der Adam Opel AG in Rüsselsheim fordert die Delegierten des Gewerkschaftstages der IG Metall auf, die Forderung

Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich

aufzustellen und im Rahmen des gewerkschaftlichen Kampfes für deren Durchsetzung einzutreten.

Rüsselsheim, 29.3.1977 einstimmig

Wer verdient am Brot?

Am 20.7. wurde der Preis für Qualitätsweizen um 10g und für Roggen um 5g hinaufgesetzt. Gleichzeitig wurde angekündigt, daß mit Jahresbeginn 1978 der Brot- und Mehlpreis erhöht werden sollen (Brot um 50 g, Mehl um 30 bis 40 g).

In Presse, Rundfunk und Fernsehen werden bei solchen Vorgängen gerne die Arbeiter mit ihren Lohnforderungen und die Bauern, die soviel für das Getreide verlangen, verantwortlich gemacht.

Wer verdient aber wirklich? Das Getreide wird auf den Ländereien der Großgrundbesitzer produziert, von diesen an die Mühlen verkauft, wo es von den Mühlenarbeitern weiterverarbeitet wird. Von dort gelangt es in die Großbäckereien, wo es von Bäckern zu Brot gemacht wird. Zwischen 1972 und 1976 stieg der Brotgetreidepreis um 40 g. Hauptnutznießer dieser Preissteigerung waren die Großgrundbesitzer (z.B. Fürst Esterhazy im Burgenland, der auf einigen tausend Hektar Land die Landarbeiter bei niedrigen Löhnen Getreide produzieren läßt). Für die wenigen Kleinbauern, die Getreide herstellen, fällt eine solche Erhöhung gar nicht ins Gewicht. Sie produzieren zu wenig, als daß eine solche Erhöhung ihre gestiegenen Kosten für Betriebsmittel ausgleichen könnte.

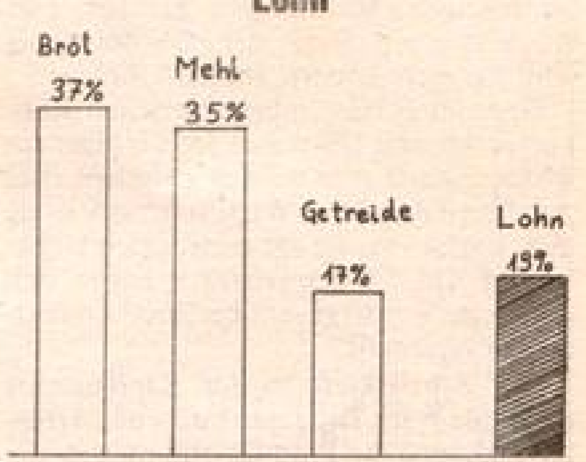
Von den gestiegenen Getreidepreisen profitieren auch Getreideimporteure, die in Übersee (USA und Kanada) billiges Getreide ankaufen und in Österreich um etwa den doppelten Betrag des Einkaufspreises wieder losschlagen. Gleichzeitig muß in Österreich überschüssig produziertes Getreide teuer gelagert werden. Die Werktätigen, die für Brot und Mehl immer mehr auf den Tisch legen, müssen dafür mit ihren Steuergeldern aufkommen. (1976 wurden etwa 400.000 Tonnen Getreide aus der Ernte von 1975 zu Kosten von fast 400 Millionen S gelagert.)

Die nächsten in der Kette sind die Mühlenkapitalisten, die in ihren Mühlen das Getreide von den Mühlenarbeitern bei niedrigen Löhnen weiterverarbeiten lassen.

Schließlich kommt das Mehl in die Bäckerei, wo die Bäckereiarbeiter - deren Löhne auch unter dem Durchschnitt liegen - das Brot und die Semmeln herstellen.

Zwischen 1972 und 1976 stiegen die Preise für Brotgetreide um 17 %, für 1 kg Weizenmehl um 35 % und für das kg Mehl um 37 %. Die Nettodurchschnittslöhne stiegen im selben Zeitraum um nur 19 % und blieben damit eindeutig hinter der Preisentwicklung von Brot und Mehl zurück.

Entwicklung des Mehl-, Brot- und Getreidepreises im Vergleich zum Lohn



Die Zahlen beziehen sich auf den Zeitraum zwischen 1972 - 1974

Nicht die Kleinbauern und die Arbeiter sind für diese Preissteigerungen verantwortlich zu machen, sondern die Großgrundbesitzer, die Mühlenkapitalisten und die Kapitalisten der großen Bäckereien, die sich ihre Profitsäcke füllen.

Den Arbeitern, die in den Fabriken alle Werte schaffen, dafür aber nur geringen Lohn bekommen, wird beim Einkauf der Lebensmittel das Fell noch einmal über die Ohren gezogen.

Repu

Im „Kommunist" 6/77:
Aufbau und Aufgaben der Post - Lage und Kampf der Postbediensteten in Österreich

Dollarabwertung: Die Imperialisten raufen um neue Startplätze für den Waren- und Kapitalexport

Mitte Juli hat die US-Finanzbourgeoisie einige 100 Millionen Dollar auf die Devisenmärkte geworfen und damit eine Abwärtsbewegung des Dollars eingeleitet, in deren Verlauf der Dollar den tiefsten Stand seit jeher erreichte. Für Waren im Wert von einem Dollar müßte man nur mehr um die 16 Schilling bezahlen. Inzwischen hat der Dollar wieder etwas „angezogen", etwa auf 16,45 Schilling.

Dieses Manöver der US-Imperialisten ist gezielt vor sich gegangen. Bereits seit Monaten erklären alle möglichen Vertreter der US-Regierung, Japan und die BRD sollen ihre Währungen gegenüber dem Dollar aufwerten, weil sonst die Konjunktur in den USA zunichte gemacht würde. Die USA haben seit Jahren ein Handelsbilanzdefizit, d.h., sie müssen mehr Waren importieren als sie im Export auf fremden Märkten losschlagen können. In diesem Jahr erwartet man in den USA ein neues Rekorddefizit.

Den Konjunkturaufschwung erhoffen sich die US-Imperialisten durch einen gesteigerten Absatz ihrer Waren nicht im Inland, zum Gebrauch der Arbeiter, die diese produzieren, sondern durch den Warenexport. Dabei stoßen sie überall auf die Konkurrenz

Konkurrenz der anderen Imperialisten, die dasselbe versuchen. Hauptkonkurrent beim Warenexport für die US-Imperialisten sind die BRD und Japan, welche beide in den letzten Jahren in neue Märkte eindringen und die USA von dort verjagen konnten. Das gelang ihnen, weil sie die Ausbeuterklasse in den USA hinsichtlich der Ausbeutungsrate ihrer eigenen Arbeiterklasse überholt haben, weil sie aus ihren Arbeitern bei gesteigerter Arbeitshetze und sinkendem Lohn mehr Arbeit und Schweiß herauspressen und dadurch ihre Warenmassen relativ billiger produzieren als die US-Imperialisten.

Weil die BRD- und japanischen Bourgeois bisher der bloßen Aufforderung nach Aufwertung ihrer Währungen nicht nachgekommen sind, hat die US-Bourgeoisie jetzt nachgeholfen. Offensichtlich hat sich nichts mit den vielbeschworenen „gemeinsamen Anstrengungen" der Imperialisten zur Überwindung ihrer Krise. Im Gegenteil, das Gerangel dieser Bande im Versuch, Profite in allen Ecken der Welt aus ihren aufgehäuften Waren- und Kapitalmassen zu schlagen, wird immer heftiger. Das Abwertungsmanöver der US-Bourgeois wird das nicht ändern, sondern fördern.

Gegenüber den imperialistischen Konkurrenten sind US-Waren jetzt billiger geworden. Kann man wählen zwischen zwei Anbietern derselben Ware, so wird man sie dort kaufen, wo sie am günstigsten zu haben ist. Die US-Imperialisten haben sich also einen Vorteil gegenüber ihren Konkurrenten verschafft.

Die Arbeitskraft ist im Kapitalismus auch eine Ware. Die amerikanischen Arbeiter und auch die Produktionsanlagen, die sie bedienen, werden also billiger. Deshalb werden die Imperialisten etwaige Rückschläge beim eigenen Warenexport mit Kapitalexport in die USA zu beantworten versuchen. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie hat diesen Weg vor allem bei der Autoproduktion schon eingeschlagen. Nach VW will sich auch Daimler Benz in den USA einkaufen, und eine ähnliche Expansion plant Siemens. Auch das österreichische Finanzkapital wird sich nach Kräften an diesem Spiel beteiligen. So wandert die Vöest in die USA, um sich dort die Kohle billiger zu holen, während in Österreich die Bergarbeiter auf die Straße geworfen werden. Gleichzeitig jammern die österreichischen Imperialisten schon jetzt um Verluste auf dritten Märkten wegen der verbilligten US-Waren.

Nicht mit dem „flexiblen" Schilling, sondern mit gesteigerter Ausbeutung will das Finanzkapital die Exportschlachten schlagen

Schon seit Monaten hört man öfters Stimmen in der österreichischen Kapitalistenklasse, die auf eine Änderung der sogenannten Hartwährungspolitik der Regierung drängen. Hartwährungspolitik heißt, daß der Preis des österreichischen Geldes hochgehalten wird, was die Waren, die in Schilling bezahlt werden müssen, relativ teuer macht. Würde man die Währung „weicher" machen, so könnten sich die Kapitalisten Vorteile beim Warenexport erhoffen. In diese Richtung hat Kreisky letzte Woche auch laut gedacht. Er ist dabei aber auf wenig Gegenliebe beim österreichischen Finanzkapital gestoßen und hat seine Äußerungen vom „flexiblen" Schilling weitgehend zurückgenommen.

Das hat seinen Grund. Eine Abwertung des Schilling würde Rückschläge beim Warenexport gegenüber den US-Imperialisten zwar vermeiden und den Warenexport in die europäischen Länder, insbesondere in die BRD, den einen hohen Kurs hält, erleichtern. Für einen DM-Besitzer würden österreichische Waren, deren Wert in Schilling ausgedrückt ist, billiger werden. Umgekehrt würden aber die Importe nach Österreich durch eine Abwertung des Schilling teurer werden, weil ein österreichischer Kapitalist für ausländische Waren, die er in der entsprechenden Währung bezahlen muß, mehr Schilling ausgeben muß. Das ist auch der springende Punkt bei einem „flexiblen" Schilling. Die österreichische Industrie, vor allem die Großindustrie wie Eisen und Stahl, Elektro und Chemie, ist zu einem hohen Grad von ausländischen Rohstoffen, Maschinen und Anlagen abhängig. Es muß also eine ganze Menge importiert werden, bevor hier in Österreich die Produktion in Gang kommt, die Rohstoffe verarbeitet und die fertigen Produkte von den Kapitalisten wiederum auf den Markt geworfen werden. Dort treffen sie auf die Konkurrenz von Waren, die von den Kapitalisten anderer Länder losgeschlagen werden wollen. Dem österreichischen Kapitalisten geht es bei dem ganzen Handel um den Profit. Er will also möglichst viele Waren losschlagen, und dazu muß er seine Waren im Preis möglichst billig halten.

Für das österreichische Finanzkapital ist aber heute ein „harter Schilling" von großem Vorteil, weil dieser Bewegungsfreiheit bei den Kapital- und Währungstransaktionen schafft.

Ihr geht es vor allem um bessere Startpositionen beim Kapitalexport zu einer Zeit, wo die Bedingungen für den reinen Warenexport auf dem überfüllten Weltmarkt gegenüber den imperialistischen Konkurrenten immer schwieriger werden.

Sowohl beim Import als auch beim Export. Eine Abwertung des Schilling würde das österreichische Finanzkapital insbesondere gegenüber der BRD;Bourgeoisie schwächen, die sich ohnehin schon dick in Österreich eingekauft hat. Für die BRD-Finanzmagnaten würden die österreichischen Waren günstiger zu haben sein. Auch die Ware Arbeitskraft samt den industriellen Anlagen, und damit könnte sie auch der österreichischen Bourgeoisie einen größeren Anteil des Mehrwerts streitig machen, den die Arbeiterklasse in Österreich produziert.

Für die Erhaltung der Profite brauchen die Kapitalisten aber den Export. Die Positionen dabei wollen sie nicht so sehr durch einen „flexiblen", also billigen, Schilling verbessern, sondern in erster Linie durch die gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter bei schmaler Kost.

In jedem Fall also werden die Kapitalisten vor die Arbeiter treten und mehr Schweiß bei der Arbeit und mehr Zurückhaltung beim Lohn fordern: Denn aus den Arbeitern holen wir sie die billigen Produkte für den Warenexport und die Kapitalmassen für den Kapitalexport herausholen. Für die Arbeiterklasse bringt es nichts, wenn sie die Position ihrer imperialistischen Bourgeoisie für den Handelskrieg auf fremden Märkten stärkt. Die nutzt den gesellschaftlichen Reichtum, den die Arbeiter produzieren, nur, um Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen. Die Arbeiter müssen diese Schmarotzer aus dem Weg räumen; erst dann produzieren sie den Reichtum nicht für imperialistische Abenteuer sondern zum eigenen Nutzen.

M.Z.

Leserbrief von einem ÖMV-Kollegen

Ich bin Arbeiter im Bohrbetrieb der ÖMV. Als ich vor kurzem in die Stadt fuhr, traf ich beim Bahnhof in Floridsdorf Mitglieder Ihrer Organisation. Nach längerem Gespräch kaufte ich einen Klassenkampf und das Programm des KB. Ich möchte dazu einiges aus unserem Betrieb mitteilen, was mit Ihrem Programm übereinstimmt.

Zur steigenden Arbeitshetze:

Die Bohranlagen der ÖMV wurden früher in einem Monat übersiedelt, d.h. nach Abschluß einer Bohrung war ein Monat Zeit, die Anlage zu überprüfen, abzubauen, zu transportieren und am neuen Bohrplatz wieder aufzubauen. Heute wird das in 10 Tagen gemacht. Es ist klar, daß die Sicherheitsbestimmungen und Überprüfungen nicht mehr eingehalten werden können. Bei der Abnahme durch die Berghauptmannschaft und den TÜV werden zwar Mängel beanstandet und gemeldet, die Zeit zur anständigen Überprüfung kann uns aber dieser Sicherheitshauptmann auch nicht mehr zurückgeben. Jedenfalls ist er aus dem Wasser; bei Unfällen sind wir dran, und das in zweifacher Hinsicht.

Die Rede ist jetzt schon davon, die 6 Mann einer Schicht auf 5 zu schrauben. Die „Amis" schaffen das auch, sagt man.

Meistens 4 Trupps für eine Bohrung, die im Dreierradl je 8 Stunden arbeiten, das ergibt eine Freischicht. Das schaut ganz gut aus, in Wirklichkeit ist es so, daß die oft alle 2 bis 3 Tage wechselnde Schicht die ganz fertig macht. Oft weiß man nicht mehr, welche Tageszeit ist, wenn man zu Hause aufwacht. Die Kollegen halten das nur deshalb durch, um dringende Anschaffungen zu machen. Leute, die das Jahre machen, werden zu Wracks, die die Pensionierung nicht lange erleben.

Wie in der Schule werden bei uns Noten vergeben (1, 2, 3). Die sind für die „Innerbetriebliche" ausschlaggebend. Das fördert die Konkurrenz unter uns ungeheuer sowie auch die Jungen gegen die Alten ausgespielt werden. Dieses Jahr sollte die jährliche Gewinnbeteiligung gestrichen werden, nachdem die frühere als fixes Gehalt vereinbart wurde. Die Begründung war, daß das Management in der Krise die Gewinne erarbeitet hatte. Die Gewerkschaft rührt kein Ohrwaschl, erst unsere Drohung mit Langsamarbeit konnte das verhindern.

Nun zu einem Beispiel der Hemmung der Produktivkräfte, wie es in Ihrem Programm formuliert wird.

Nachdem vor der Ölkrise eine gänzliche Einstellung des Bohrbetriebs geplant war, wurde nachher wieder mehr gefördert. Trotzdem also einheimisches Öl wieder förderungswürdig ist, werden jeden Sommer 3 bis 4 Bohrungen stillgelegt, weil unser Urlaub laut Gesetz nicht mehr in Geld abgelöst werden kann und die Kollegen den Urlaub, den sie dringend brauchen, jetzt auch antreten. Statt mehr Leute einzustellen, wird einfach zugesperrt; obwohl sehr wohl Leute im Weinviertel und Marchfeld bei der ÖMV arbeiten könnten und weniger pendeln müßten.

Andererseits nimmt die große ÖMV nur 30 Lehrlinge pro Jahr auf, weil nur diese Zahl nach Beendigung der Lehrzeit gehalten werden kann. Es bleibt aber wohl Zeit, um Bohrungen für Private durchzuführen; die sind oft schlecht vorbereitet, erbringen nichts, und werden offensichtlich nur gemacht, damit der Unternehmer die Konzession nicht verliert (Bohrpflicht 1/Jahr).

Dieser Private (v.Sickle, Neusiedl/Zaya) kauft meist altes Gerät der ÖMV, sodaß die Arbeits- und Sicherheitsbedingungen dort noch schlechter als bei der ÖMV sind.

Zum Schluß eine Geschichte, die uns besonders geärgert hat: Bei Erreichung des zwei millionsten Bohrmeters war ein Fest geplant. Wir reinigten die Anlage mühevoll und bauten einen Parkplatz für die hohen Tiere, die kommen sollten. Da das Wetter aber schlecht war, stiegen die kaum aus den Autos, brausten nach Wien zum Festessen. Uns, die wir die ganze Mühe mit dem „Fest" hatten, blieben Einspänner zum Feiern.

Ich hoffe, daß sie in Zukunft ihr Augenmerk mehr auf die ÖMV richten, wo viele alte Genossen gearbeitet haben und arbeiten. Die KPÖ ist ja viel zu nachgiebig geworden.

Kritisieren muß ich noch die Sprache in einem Teil Ihrer Artikel, wie komplizierte Wirtschaftsartikel, die ich kaum verstehe. Wir reden anders. Es sind wohl zu viele Intellektuelle in Ihrer Zeitung.

Hochachtungsvoll N.N.

Bei Namensnennung habe ich Schwierigkeiten.

Finanzkapital hofft auf Profite aus Agrarexporten in die 3.Welt

Das steigende Handelsbilanzdefizit zwischen Österreich und der EWG auf dem Agrarsektor läßt die österreichischen Agrar- und Nahrungsmittelkonzerne nach profitableren Absatz- und Anlagemärkten Ausschau halten. Eine neue Planungsgesellschaft soll nun den Export von Agrarprodukten und Agrarfabriksanlagen in die Dritte Welt ankurbeln. Verschiedene „Projekte würden es der heimischen Land- und Forstwirtschaft ermöglichen, know-how zu vermitteln und österreichische Rinder sowie landwirtschaftliche Ausrüstungen in die Entwicklungsländer abzusetzen." (Presse, 21.7.77)

Träger dieser „Gesellschaft für Planung und Durchführung land- und forstwirtschaftlicher Projekte" (AGROPLAN) sind die ÖIAG, die Creditanstalt-Bankverein, die Länderbank und die Genossenschaftliche Zentralbank.

Nach gut angelaufenen Plänen in Tunesien und Algerien sollen in der nächsten Zeit Vorstöße nach Ägypten, Ghana, Syrien und Sambia gemacht werden.

Die niedrigen Lohn- und Rohstoffkosten in den Ländern der Dritten Welt lassen die Herzen der in der Landwirtschaft dominierenden Finanzkapitalisten höher schlagen. Ihre Hohelieder auf die „Partnerschaft zwischen Österreich und den Entwicklungsländern" können ihre Gier nach profitabler Ausplünderung der Länder der Dritten Welt nicht verdecken.

hepu

Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei

Das Manifest wurde Anfang 1848 als Programm des „Bundes der Kommunisten" verfaßt. Es hat bis heute nichts von seiner Bedeutung verloren.

Preis: 3,90; 96 Seiten
Best.Nr.1/1G-736
zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H. Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten; Postfach 13; 1042 Wien

Selbstbehalt, Krankenscheingebühr ... Neue Vorschläge zur Spaltung der Arbeiterklasse

Von der zweckgebundenen Bundessteuer bis zum Autopickerl, von der Erhöhung der Rezeptgebühren bis zum Selbstbehalt der Patienten für den Spitalsaufenthalt reichen die Vorschläge der bürgerlichen Politiker für die Lösung der Spitalsmisere. Sie führen in der Öffentlichkeit heftige Debatten und sind sich uneinig über den Weg, den sie einschlagen sollen. Aber sie haben das gleiche Ziel: Weitere Durchlöcherung des Sozialversicherungswesens der lohnabhängigen Bevölkerung, Angriff auf die Gesetze und Einrichtungen zum Schutz der Arbeitskraft.

Dieser Angriff steht in engem Zusammenhang mit den anderen Maßnahmen der Bourgeoisie, mit denen sie versucht, die Wirtschaftskrise zu überwinden. Um sich gegenüber den anderen imperialistischen Staaten auf dem Weltmarkt behaupten zu können, muß sie die Ausbeutung der österreichischen Arbeiterklasse steigern. Sie will gegenüber der Arbeiterklasse ein umfassendes Programm durchsetzen: Senkung der Löhne, Ausdehnung der Arbeitszeit, Ausdehnung der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit auch auf solche Teile der Arbeiterklasse, denen sie bis jetzt verboten war. Durchsetzen wird sie das umso eher, je besser es ihr gelingt, die Arbeiterklasse aufzuspalten und zu schwächen.

Die Vorschläge der bürgerlichen Politiker spielen die Notwendigkeit der Sozialversicherung für die Arbeiterklasse verschleiern

In der letzten Zeit wurden besonders zwei Vorschläge in der Öffentlichkeit diskutiert: die Autoimportabgabe und der Spitalsselbstbehalt. Beide gehen aus vom „Verursacherprinzip" und sind ausgerichtet auf die Spaltung der Arbeiterklasse. Die Autoimportabgabe wird damit „gerechtfertigt", daß die Zunahme der Autounfälle zur Erhöhung des Spitalsdefizits beiträgt, die Einführung des Selbstbehaltes damit, daß derjenige, der im Spital liegt, für die Leistung aufkommen muß und daß er sich beim Haushaltsgeld etwas erspart. Im einen Fall werden die Autofahrer gegen die Fußgänger, im anderen die Kranken gegen die Gesunden ausgespielt. Genausogut könnte man sagen: Die, die mehr Überstunden machen, sollen mehr zahlen, weil sie zu wenig an die frische Luft kommen und daher eher krank werden, oder die Akkordarbeiter sollen mehr zahlen, denn sie leiden erwiesenermaßen mehr unter Nieren- und Magenkrankheiten.

Der Zweck dieser Vorgangsweise ist, daß jeder bei sich selbst die „Schuld" für Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit suchen soll, daß jeder individuell versuchen soll, diesem Schicksal auszuweichen. Es soll vorgegaukelt werden, daß in unserer Gesellschaft jeder Mensch im Fall von Krankheit auf die gleichen Schwierigkeiten stößt und daß es daher eine Frage der persönlichen Klugheit ist, wie er sich davor schützt.

In Wirklichkeit schaut das ganz anders aus: Wenn ein Kapitalist, der von der Ausbeutung fremder Arbeit lebt, einmal krank wird, dann fällt es ihm nicht schwer, die paar „Hunderter" für die Sprechstunde des Arztes zu zahlen, die paar „Tausender" für den Spitalsaufenthalt oder eine Kur. Er hat auch genug Zeit und Geld, um die Vorschriften des Arztes zu befolgen und um sich die besten Medikamente zu besorgen. Für einen Arbeiter, der sich und seine Familie vom Verkauf seiner Arbeitskraft erhalten muß, schaut das ganz anders aus. Das, was ihm der Kapitalist als Lohn auszahlt, reicht gerade dazu aus, sich mit dem Notwendigsten zu versorgen. Er kann sich die Hunderter oder Tausender für den Fall einer Krankheit nicht leisten.

Die Ursache für die Schutzlosigkeit des Arbeiters im Fall von Krankheit liegt also dern in der Tatsache, daß der Lohn, den er für den Verkauf seiner Arbeitskraft erhält, für eine Eigenvorsorge nicht reicht. So wie er den dauernden Versuchen der Kapitalisten, seinen Lohn zu senken, im Lohnkampf entgegentritt, so steht er auch der Kapitalistenklasse gegenüber, wenn er sich den Schutz im Fall von Krankheit erkämpft.

Die Leistungen der Kassen entsprechen nicht den Bedürfnissen der Versicherten

Die Gesetze des bürgerlichen Staates legen heute die Aufgaben der Versicherungen fest. Mit Hilfe dieser Gesetze wurden die Versicherungen, die ursprünglich ein Instrument der Arbeiterklasse zu ihrem Schutz vor den Folgen der Ausbeutung waren, immer mehr im Sinne der Interessen der Kapitalistenklasse ausgehöhlt. Die im Zusammenhang mit der Spitalsdebatte gebrachten „Reformvorschläge" für die Krankenversicherungen gehen weiter in die Richtung und zielen letztlich auf eine Zerschlagung der Versicherungen ab.

Die heutigen Gesetze bestimmen, daß die Kapitalisten 50% der Sitze in der Krankenkassenverwaltung haben, um dort „ihre Interessen zu vertreten". Die Ausbeuter können so „mitbestimmen" über die gesundheitliche Versorgung der Ausgebeuteten. Dementsprechend schaut die auch aus:

Wenn der Versicherte mit Krankenschein zum Arzt geht, muß er stundenlang warten, um dann in drei Minuten abgefertigt zu werden. Er muß die Medikamente nehmen, die im Kassenvertrag enthalten sind. Oft genug ist das mit Rennereien zum Chefarzt verbunden, wenn es sich um teurere Medikamente handelt. Wenn ihm eine Kur verordnet ist, muß er sich bei der Krankenkasse anmelden und um einen positiven Bescheid zittern. Wenn er gar krankheitshalber die Frührente anstrebt, muß er zahlreiche entwürdigende Untersuchungen und Fragen über sich ergehen lassen. Für zahlreiche Verordnungen muß er selbst noch dazuzahlen: Rezeptgebühren, Spitalsaufenthalt eines Angehörigen ...

Die Arbeiterklasse braucht eine Versicherung in Selbstverwaltung

An diesen Zuständen kann die bürgerliche Propaganda auch ansetzen, wenn sie ihre Lösungsvorschläge zur Gesundheitsmisere an den Mann bringen will. Aber die laufen alle auf das eine hinaus: Unter dem Motto „unsere Gesundheit muß uns etwas wert sein" sollen den Werktätigen noch mehr Kosten aufgebürdet werden! Die Rezeptgebühr soll angehoben werden, von derzeit S 6.- pro Verordnung auf S 15.- bis 20.-; eine Krankenscheingebühr soll eingeführt werden; sogenannte Bagatellmedikamente (Kopfwehpulver, Medikamente gegen Schnupfen u.ä.) soll man vollständig selbst bezahlen müssen; im Spital soll man täglich S 50.- bis S 100.- dazuzahlen. Wenn solche Maßnahmen durchgesetzt werden, kann man kaum mehr von einer Versicherung im Fall von Krankheit reden. Für immer weniger Fälle von Krankheiten ist man voll versichert, für immer mehr muß man selber aufkommen. Wie sich das auf den Gesundheitszustand des Volkes auswirken muß, kann man sich leicht ausmalen. Arztbesuche werden noch mehr aufgeschoben werden, vor Spitalsaufenthalten wird man genau kalkulieren müssen, ob man sich das überhaupt leisten kann...

Diesem Vorhaben kann die Arbeiterklasse nur dann wirksam begegnen, wenn sie für Versicherungen eintritt, in denen sie selbständig über die Aufgaben bestimmen kann, ohne Gängelung des Staates und ohne Teilnahme der Kapitalistenvertreter.

Ausschließlich die Kapitalisten sollen zahlen

Auch die Art der Finanzierung der Krankenkassen entspricht heute weitgehend den Interessen der Kapitalistenklasse.

Bei den heutigen Krankenversicherungen zahlen die Arbeiter 50% der Beiträge. Das führt einerseits dazu, daß sie eine schlechte Versorgung eher in Kauf nehmen, weil sie ja selbst nicht mehr zahlen können bzw., daß sie akzeptieren: wenn sie bessere Leistungen wollen, müssen sie auch mehr zahlen. Andererseits führt das dazu, daß die Arbeiter untereinander gespalten werden und so eher die verschiedensten Formen von zusätzlichen Belastungen akzeptieren wie Erhöhung der Rezeptgebühren, Einführung von Krankenscheingebühren und Selbstbehalt im Spital. Weil sie meinen: die, die öfter krank sind, sollen auch mehr bezahlen. Um dem zu begegnen, ist es nötig, daß ausschließlich die Kapitalisten die Kassenbeiträge zahlen.

Dem Staat die Macht über die Versicherungen entreißen

Der bürgerliche Staat legt in seinen Gesetzen auch fest, was die Sozialversicherungen mit ihren Geldern machen sollen. Dabei handelt es sich um ungeheure Summen (im Jahre 1976 waren das 103 Milliarden Schilling). Natürlich wollen sich die Kapitalisten das nicht entgehen lassen, auch Teile dieser Gelder wieder zur Ausbeutung einzusetzen. Deshalb bestimmt der Staat, daß die nicht gebundenen Rücklagen in Form von Anlegepapieren anzulegen sind. Die Arbeiter werden so gezwungen, die Gelder, die für ihren Schutz eingesetzt werden sollen, den Kapitalisten als Kredite zu geben. Durch die Einführung eines Fonds zur Spitalserhaltung (beschlossen am Spitalsgipfel im Juni 1977), in den Bund, Länder und Versicherungen gemeinsam einzahlen, soll es den Kapitalisten in Zukunft noch leichter gemacht werden, an die Gelder der Arbeiter heranzukommen. Denn der Staat wird auch beim Fonds letzten Endes im Interesse der Kapitalisten bestimmen, wohin die Gelder fließen sollen.

Um dem ein Ende zu bereiten, muß die Arbeiterklasse dem Staat die Verfügungsgewalt über die Sozialversicherung entreißen.

Der bürgerlichen Gewerkschaftsführung entgegentreten

Die bürgerlichen Führer des ÖGB treten für die Interessen der Kapitalisten ein. So stellt sich etwa der Vorsitzende der Gewerkschaft der Privatangestellten, Dallinger, gegen die Importabgabe, gleichzeitig ist er aber durchaus für gewisse Formen des Selbstbehaltes, er meint: „Die Arbeiter wären sicher bereit, ihren Anteil an der Spitalssanierung zu leisten....es werde sicherlich zu einer Erhöhung der Medikamentengebühr kommen, und man diskutiert eine Krankenscheingebühr und anderes" (Kurier, 3.8.1977)

Auch der Vizepräsident des ÖGB, Sekanina, vertritt diese Linie, wenn er sagt: „Ohne Belastungen wird es nicht gehen" (Kurier, 9.8.1977)

Diesen Leuten müssen wir eine gebührende Abfuhr erteilen, indem wir in der Gewerkschaft die Debatte um das Gesundheitswesen führen entlang der Linie: Für eine einheitliche Sozialversicherung in Selbstverwaltung, die ausschließlich von den Kapitalisten bezahlt wird. E.V.

Zwei Beispiele für den „Luxus" der Arbeiter

„Den Arbeitern geht es heute eh so gut, jeder hat bereits ein Auto oder einen Fernseher etc.", sagte mir ein Angestellter auf der Zugfahrt von Graz nach Klagenfurt/-Celovec. Im Abteil saßen mehrere Pendler, die von der Nachmittagsschicht nach Hause fuhren. „Wenn ich kein Auto habe, was in Bruck am Bahnhof steht, komme ich heute Nacht nicht mehr nach Hause, da so spät kein Autobus mehr fährt, ich brauche mein Auto", erwiderte mein Arbeitskollege. Er legt täglich die Strecke von Bruck nach Graz mit dem Zug zurück, um an seinen Arbeitsplatz zu kommen, dann muß er noch eine halbe Stunde mit dem Auto fahren, bis er seinen Heimatort erreicht. In seiner näheren Umgebung gibt es keine Fabrik, wo er arbeiten kann. Die Verbindungen zu seinem Heimatort sind außerdem so schlecht, daß er sich mit dem Auto viel Zeit und Ärger erspart. Mit Luxus hat bei ihm, so wie bei vielen anderen Arbeitern auch, der Besitz eines Autos nichts zu tun.

Im Betrieb gab es unlängst eine längere Diskussion, weil eine Arbeiterin Überstunden machen muß, um ihren Geschirrspüler abzuzahlen. Einige Kolleginnen verurteilten es, daß sie sich einen Geschirrspüler leistet, er sei nicht notwendig. „Ich arbeite, mein Mann auch und meine zwei Kinder ebenso. Wenn ich nach 8 Stunden Arbeit nach Hause komme, brauche ich ein paar Stunden Erholung. Ich kann nicht stundenlang noch im Haushalt arbeiten." Wie schaut es hier also mit dem Luxus aus? Wenn sich eine Bourgeoisfrau, die nicht arbeiten muß, einen Geschirrspüler kauft, um noch weniger tun zu müssen, dann ist das Luxus, Luxus, den sie sich leisten kann, weil sie von der Ausbeutung fremder Arbeit lebt. Die Arbeiterin, die arbeiten gehen muss, weil ihr Mann allein zu wenig verdient, braucht nach acht Stunden Arbeit eine gewisse Zeit, um ihre Arbeitskraft zu reproduzieren. Doch wenn sie nach Hause kommt, muß sie den Haushalt machen. Daß da dann Maschinen viel Zeit und Arbeit sparen können, ist klar und gut.

Doch so fortschrittlich solche Anschaffungen sind, bedeuten sie für den Arbeiter Schulden, Überstundenarbeit, Aufnahme von Krediten. Hier, wie in vielen anderen Bereichen auch, kommt der Fortschritt nicht dem Arbeiter zugute. Wenn also die Sozialdemokraten sich immer rühmen, wie gut es den Arbeitern geht, daß jeder Arbeiter den Luxus hat, den eine Familie aus dem Mittelstand oder höheren Schichten auch hat, dann vergessen diese Herren immer, womit dieser angebliche „Luxus" bezahlt wird, was er für den Arbeiter bedeutet und für wen er wirklich Luxus ist. Wenn ein Bourgeois seine drei Autos hat, um seiner Frau den täglichen Einkauf, seinen Kindern die Fahrt in die Schule zu erleichtern, dann ist das für die Sozialdemokraten ein berechtigter Luxus, der denjenigen zusteht. Wenn ein Arbeiter sich ein Auto kauft, da er sonst nicht zur Arbeit kommen kann, weil die Verkehrsverbindungen zu schlecht sind, die planlose Entwicklung der Großstädte, die Krise ihn dazu zwingen, zu pendeln, schreien die Funktionäre gleich, daß es den Arbeitern eh viel zu gut geht.

A.Z.,OG-Graz

Transitsteuer, Huckepackverkehr und Phyrnautobahn:

Reaktionäres Spiel mit verteilten Rollen soll Massenprotest eindämmen

Während das Volk immer mehr Aktionen und Streiks gegen das wachsende Verkehrschaos auf den Fernstraßen (besonders der Nord-Süd-Transitroute) unternimmt und von den zuständigen Politikern Sofortmaßnahmen fordert, treten bürgerliche Propagandisten und Fachleute auf, sammeln bürgerliche Blätter wie die „Kleine Zeitung" Unterschriften, reden Politiker davon, daß sie große Dinge unternehmen werden: eine Transitsteuer für ausländische LKW soll eingeführt, ein Huckepackverkehr eingerichtet und die Phyrnautobahn mit finanzieller Beteiligung der EG ausgebaut werden. Was steckt hinter diesen Plänen?

Die Südosttransitstrecke - Schwachpunkt im internationalen Straßenverkehrssystem und zugleich Schwachpunkt in den nationalen Verbindungen

Die unerträglichen Lebensbedingungen an dieser Strecke sind nicht die Ursache der Sorge dieser Herren. Ihre Sorge hat, neben der Protestbewegung der Massen, noch einen anderen Grund: das sprunghaft anwachsende Verkehrschaos. Es macht ihnen Sorgen wegen ihrer Wettbewerbsfähigkeit: die Transporte dauern zu lange, die Profite können nicht schnell genug realisiert werden.

Das Chaos hat mehrere Ursachen. Der internationale Warentransport zwischen den hochentwickelten imperialistischen Staaten der EG, Österreich und den weniger entwickelten Staaten des Balkans sowie den Ländern der Dritten Welt im Nahen und Mitt l ren Osten hat in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen. Dazu kommt als weitere wesentliche Ursache ein „innerösterreichisches" Problem: Das Verkehrsaufkommen besonders zwischen dem Raum Linz, den obersteirischen Industriezentren und dem Raum Graz ist in den letzten 15 Jahren in weit größerem Ausmaß angestiegen als anderswo, und es ist schnell an die Grenzen der Belastbarkeit der Straßen (z.B. Phyrnpaß oder Strecke Graz-Bruck/Mur) gestoßen. Weiters war bis lange nach Ende des 2. Weltkrieges der südöstliche Raum Österreichs infolge der Politik des Kalten Krieges der Westmächte gegen die osteuropäischen, damals volksdemokratischen Staaten ein „isoliertes Gebiet", die Straße nach Graz eine „Sackgasse". Nach dem Übergang dieser Staaten zum Revisionismus und Kapitalismus und den damit verbundenen internationalen Verschiebungen änderte sich das: Große Mengen Arbeitskräfte aus dem nahen Slowenien waren plötzlich billig zu haben, Industrien blühten im Süden auf, Ost- und Südosthandel begannen zu florieren. Heute ist das Transportaufkommen bereits so dicht, daß sich die Kapitalisten gegenseitig im Weg sind. Der lokale und regionale Pendelverkehr hat mit der Entwicklung der Krise zugenommen und die Lage weiter verschärft. Kein Wunder, wenn die Kapitalisten Abhilfe schaffen wollen!

Die Kapitalisten hecken Pläne aus, um das Verkehrswesen auf dem Rükken der Massen zu sanieren

Zwischen den Kapitalisten gibt es Kampf auf dem Warenmarkt. Zwischen österreichischen und ausländischen gibt es heftigen Handelskrieg. Eine Waffe in diesem Krieg könnte sein: Besteuerung der ausländischen LKW-Transite, Realisierung des Huckepackverkehrs. Mehrere Fliegen könnten auf einen Schlag geschlagen werden: Die Steuer für die ausländischen Kapitalisten steigert die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen. Die teilweise Entlastung der Route durch Transport mit der Eisenbahn beschleunigt den Straßentransport der österreichischen Kapitalisten im Inland und mit dem Ausland, steigert damit ihre Wettbewerbsfähigkeit. Das Versprechen einer „Entlastung" der Straßen kann für einen Appell an das Volk genutzt werden, Opfer zu bringen, damit mittels Steuererhöhungen und Personentariferhöhungen bei den ÖBB diese „attraktiv" für die Kapitalisten werden, auf die Schiene umzusteigen. Also Frachttarifsenkung und wieder Vorteile für die österreichischen Kapitalisten.

Transitsteuer zahlen sollen die Staaten, die selbst Transitsteuern einziehen, vor allem Jugoslawien und die Türkei. Und da beginnt der Haken an dem schönen Plan der Kapitalisten. Gegen die EG-Imperialisten ist der österreichische Imperialismus eine Nummer zu klein; er kann sich gegenüber seinen Konkurrenten keinen offenen Handelskrieg erlauben. Daher der Vorschlag einer finanziellen Beteiligung an der Phyrnautobahn, z.B. in Form eines Kredits. Eine Einladung also an die EG-Kapitalisten, mit dem österreichischen Autobahnbau ein dreifaches Geschäft zu machen: zuerst mit dem Kredit, dessen Zinsen das österreichische Volk zahlt, dann mit dem schnellen Transport ihrer Waren durch Österreich und schließlich mit guten Panzerstraßen für den Kriegsfall. Das müßte sie eigentlich laut aufjubeln lassen. Allein, die Transitsteuer für türkische, jugoslawische persische usw. LKW behagt ihnen auch nicht: die großen internationalen Transportfirmen der EG lassen einen beträchtlichen Teil ihrer Waren unter fremder Flagge fahren, mit billigen Arbeitskräften und unter günstigeren Steuerbedingungen (ähnlich wie bei den großen Reedereien); und selbst wenn es sich um türkische, jugoslawische usw. Firmen handelt, für die EG-Kapitalisten erhöhen sich die Warenpreise, denn sie machen das Hauptgeschäft mit der Plünderung der weniger entwickelten Länder.

Die bürgerlichen Schutzverbandführer und Regionalpolitiker wollen die Protestbewegung der Massen auf die Kapitalistenpläne vergattern

Ludwig Steindl, Schutzverband-Obmann, ist ein Mann mit zwei Gesichtern. Das hat er beim Peggauer Sitzstreik deutlich gezeigt: große Reden gegen die „unfähigen Wiener Politiker", um zu imponieren, jedoch „Verständnis", wie er sich ausdrückte, für die „Verschiebung des Nachtfahrverbotes durch die Grazer Stadtväter". Kaum ein Wort zur Unterstützung der Peggauer Forderung nach Sofortausbau einer Ortsumfahrung, stattdessen Ausländerhetze, Transitsteuerforderung und Huckepackpropaganda.

Die „Kleine Zeitung" geht entlang der Route Unterschriften für die Schutzverband-Forderung sammeln und schürt Illusionen in den bürgerlichen Staat.

Insbesondere sind es die sogenannten „überparteilichen" Führer von Schutzverband und ähnlichen Initiativen, die die Protestbewegung unter bürgerlicher Führung halten, dem Volk einreden, es soll sich für die Probleme der Kapitalisten mit ihrem Verkehr den Kopf zerbrechen. Während große Reden gegen die Politiker geschwungen werden, werden sie im einzelnen, wo es darauf ankommt, sie zur Rechenschaft zu ziehen, verteidigt. Während Propaganda für die Forderungen nach Transitsteuer, Huckepack und Phyrnautobahn gemacht wird, dem EG-Finanzierungskonzept, der verstärkten Massenausplünderung und der verstärkten Abhängigkeit Österreichs von der EG die Mauer gemacht wird, wird jeder wirkliche Kampf, sei es zur Durchsetzung eines Nachtfahrverbotes für LKW oder einer Ortsumfahrung, durch diese Ablenkungsmanöver heruntergemacht und sabotiert. Während also die Kapitalisten und Bundespolitiker der Aufgabe nachkommen, die Lage zu prüfen und Maßnahmen zur Verkehrssanierung auf dem Rücken der Massen einzuleiten, haben die „überparteilichen" Helden wie Steindl die Aufgabe übernommen, von innen die Protestbewegungen zu zersetzen, von der Kritik am Kapitalismus als dem Schuldigen am Verkehrschaos abzuhalten, den Zusammenschluß des Volkes gegen den bürgerlichen Staat zu hintertreiben und es auf die Annahme der Kapitalistenpläne vorzubereiten.

Wenn die Manöver dieser falschen Volksfreunde durchschaut werden, und die Massen den Weg des selbständigen Kampfes für ihre Lebensinteressen aufnehmen, können diese Kämpfe genutzt werden zum revolutionären Zusammenschluß der Arbeiterklasse und des Volkes gegen den bürgerlichen Staat. Gelingt dies nicht, wird es auch wenig Aussichten zur Durchsetzung von Sofortmaßnahmen geben, die das Verkehrschaos für die Massen etwas lindern, solange der Kapitalismus noch nicht gestürzt und das Problem gründlich gelöst wird.

G.M./Ortsgruppe Graz

Sitzstreik in Peggau



Am Freitag, den 12.8. fand in Peggau ein zweistündiger Sitzstreik mit Blockade der B 67 (Strecke Graz-Bruck) statt. Die Aktion, an der sich ca 1 500 Personen beteiligten, richtete sich gegen die Auswirkungen, die die durch Peggau führende Fernstraße auf die Lebensbedingungen der Peggauer hat. Zahlreiche Unfälle, größte Gefahren vor allem für die Kinder und alten Leute, verpestete Luft und unheimlicher Lärm sind die Plagen, gegen die sich die Peggauer auch mit Transparenten und Tafeln richteten.

Die Peggauer verlangen von der Bundesregierung als *Sofortmaßnahme* zur Linderung des Chaos den sofortigen Beginn des schon lange geforderten Ausbaus einer Ortsumfahrung.

Sollten bis 31.12. keine definitiven Zusagen gemacht werden, wird die Strecke für einen halben Tag blockiert und auch die Eisenbahnlinie in die Blockade einbezogen werden.

Innsbruck:

Komitee gegen Generalverkehrsplan

Rund 80 Bewohner von St. Nikolaus, dem ältesten Stadtteil von Innsbruck, hatten sich am Mittwoch, dem 10. August, versammelt, um sich über die Auswirkungen des sogenannten „Generalverkehrsplanes" auf ihren Bezirk zu informieren und den Widerstand gegen die von der Gemeinde Innsbruck geplanten Maßnahmen zu organisieren. Der Innsbrucker „Generalverkehrsplan" sieht die Aufschließung der Stadt durch schnelle Verkehrsverbindungen vor, um die für die Unternehmer ungünstige Trennung der beiden großen Industriegebiete (im Westen: Reichenau, Rossau; im Osten: Höttingerau) zu überwinden, damit:

a) die vielen hundert Arbeiter und Angestellten, die jeden Morgen quer durch die Stadt an ihre Arbeitsplätze gebracht werden müssen, schneller, rationeller und verläßlicher am Arbeitsplatz ankommen,

b) der Güter- und Transportverkehr zwischen den beiden Industriezonen ebenfalls nicht von Stauungen und langen Wartezeiten behindert wird und

c) noch mehr Käufer und Touristen in die Fußgängerzone in der Altstadt und in das Geschäftszentrum in der Innenstadt gelangen können.

Schnellstraßen, noch größere Gefährdung der Gesundheit durch Lärm und Abgase, Zerstörung von Grünflächen, Demolierung von Bausubstanz und Wohnstruktur sind die notwendigen Veränderungen im Gefolge dieses General verkehrsplanes.

Für den Bezirk von St. Nikolaus würde die Realisierung des „Generalverkehrsplanes" vor allem den Bau einer neuen, wesentlich größeren Brücke über den Inn an Stelle der alten Innbrücke bedeuten: zahlreiche Wohnhäuser müßten abgerissen werden, der gesamte Bezirk würde durch Schnellstraßen zerteilt und zerstört werden!

Auf der Diskussionsveranstaltung machten die Bewohner von St. Nikolaus ihrem Unmut und ihrer Empörung Luft: „Wir sind nicht bereit, uns vertreiben zu lassen!"

Es wurde vereinbart, am darauffolgenden Mittwoch ein Komitee zu gründen, Presseaussendungen zu machen, Unterschriften zu sammeln und demnächst eine größere Veranstaltung zu organisieren, bei der die Politiker ihre Pläne offenlegen und Rechenschaft ablegen sollen. Weiters wurde eine Resolution gegen die Auswirkungen des geplanten Generalverkehrsplanes auf Hötting und St. Nikolaus verabschiedet und beschlossen, über Flugblätter und Agitationsstände in der Stadt die Bevölkerung Innsbrucks zu informieren und für den aktiven Kampf gegen die Auswirkungen des Generalverkehrsplanes zu gewinnen.

B.R., Ortsgruppe Innsbruck

Gruppe „Querschläger"

Diskussion über Grundlagen der Militärarbeit

Vor ca. einem Monat brachten Mitglieder des KB in der Gruppe „Querschläger" einen Plattformentwurf ein, der der Arbeit dieser Soldatengruppe eine verbindliche Grundlage geben soll (dieser Plattformentwurf wurde im „Klassenkampf" 15/77 abgedruckt).
Dieser Plattformentwurf behandelt die Lage der Soldaten in den Kasernen, den inneren und äußeren reaktionären Zweck des Bundesheeres (BH) und das Ziel einer fortschrittlichen Militärarbeit: die Zersetzung des bürgerlichen Heeres, um es für die Zwecke der herrschenden Klasse unbrauchbar zu machen, und den Aufbau einer bewaffneten Macht des Volkes, der allgemeinen Volksmiliz. Darüberhinaus erhebt die Plattform praktische Forderungen, die diesen Zielen entsprechen und eine Leitlinie für das Auftreten der Gruppe „Querschläger" unter den Soldaten und auf der Straße angeben.

Die Debatten in der Gruppe „Querschläger, die seither geführt wurden, standen im Zeichen unseres Plattformentwurfs. Im folgenden soll ein Überblick über einige wichtige Fragen, die Gegenstand der Auseinandersetzung waren, gegeben werden. Weiters wollen wir unsere Vorstellungen über den weiteren Verlauf dieser Auseinandersetzung zur Diskussion stellen.

Neben der Diskussion über die einzelnen Forderungen - über die wir nächstes Mal berichten werden - standen v.a. folgende Hauptfragen im Vordergrund: *Was heißt „Zersetzung des Heeres" für unsere unmittelbare Arbeit? Was soll man sich unter „Volksbewaffnung" vorstellen? Wie kommen wir zur Volksbewaffnung?*

Wir haben in der Kaserne die Erfahrung gemacht, daß sich das BH nicht durch individuelle Befehlsverweigerungen, nicht durch passiven Widerstand allein zersetzen läßt. Es wäre völlig falsch, die Kameraden aufzufordern, nicht schießen zu lernen, weil sie so vielleicht einmal nicht auf ihre Klassenbrüder zu schießen brauchen. Diese Erfahrungen haben diejenigen Kameraden immer wieder machen müssen, die ehrlich versucht haben, sich im Heer nicht kleinkriegen zu lassen. Wir müssen also daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß andere Mittel zur Zersetzung der Armee eingesetzt werden müssen.

Unserer Meinung nach hat eine wirkliche Zersetzungsarbeit zweierlei zu leisten: einerseits ideologische Arbeit, d.h. Aufklärung über den Charakter und Zweck des Heeres, daß die Kommandogewalt über dieses Heer nicht das Volk sondern der bürgerliche Staat und mit ihm die herrschende Klasse hat; daß das Heer nur in deren Interesse eingesetzt werden soll - sei es in einem imperialistischen Krieg nach außen, sei es gegen die eigene Arbeiterklasse, wenn sie es wagt, diese Herrschaft der Kapitalisten in Frage zu stellen. Eine solche ideologische Arbeit kann sich aber nicht nur auf militärische Fragen beschränken. Sie muß ganz gezielt die Politik in die Kaserne tragen, um so den Boden zu bereiten, daß in jeder politischen Frage den Klasseninteressen, die hinter dem Heer stehen die Klasseninteressen des Proletariats entgegengestellt werden können.

Diese Arbeit muß sich darauf orientieren, möglichst gute Bedingungen für die unvermeidliche militärische Konfrontation zwischen Volk und bürgerlichem Staat zu schaffen. Daraus ergibt sich auch andererseits die Notwendigkeit, daß das ganze Volk das Waffenhandwerk erlernt, über Waffen verfügt und sich selbständig drin übt.
Diese Erkenntnis der internationalen und der österreichischen Arbeiterbewegung müssen wir breit propagieren, weil es heute noch viele Illusionen darüber gibt, daß man das BH „demokratisieren" könne, daß man es in ein „Volksheer" umwandeln" könne und dergleichen.

Das heißt für unsere Arbeit heute, daß wir entschiedene Agitation und Propaganda für das Erlernen und Üben des Waffenhandwerks durch die Arbeiterklasse und das ganze Volk betreiben müssen; daß wir für das Recht auf Bildung freier Vereinigungen zur Erlernung des Waffenhandwerks eintreten und alle Gesetze, die den Besitz und Gebrauch von Waffen durch das Volk verbieten, bekämpfen müssen; daß zum gegebenen Zeitpunkt solche Vereinigungen und schließlich die Volksmiliz selbst gebildet werden muß. Wichtig ist, daß an den Aufbau bewaffneter Verbände der Arbeiterklasse und des Volkes bereits heute gedacht werden muß, denn ein „Verschieben" dieser Aufgabe würde ein „Verschieben" der Revolution bedeuten.

Eine Seite davon ist, daß wir dafür eintreten, daß die männliche Jugend, die heute in das bürgerliche Heer gepreßt wird, diese Zeit für die Erlernung des Waffenhandwerks nutzt und daß die fortschrittlichen Soldaten die bürgerliche Strömung des Pazifismus in ihren Reihen bekämpfen, die den Ausweg in der Ablehnung des Waffenhandwerks sieht. Diese Haltung läuft darauf hinaus, das Volk angesichts der bewaffneten Gewalt des Staates der Kapitalisten im wahrsten Sinne des Wortes zu entwaffnen.

Bei der Diskussion dieser Fragen stellte sich v.a. das Problem, daß man sich heute den Aufbau bewaffneter Vereinigungen des Volks nur schwer vorstellen kann. Dazu ist zu sagen, daß heute der Klassenkampf in Österreich einen Aufschwung nimmt und sich schon sehr bald die Notwendigkeit der Volksbewaffnung stellen kann. Die Verschärfung der Widersprüche des kapitalistischen Systems bringt es mit sich, daß sich die Arbeiterklasse und das Volk gegen die fortschreitende politische Entrechtung zur Wehr setzen und für ihre demokratischen Rechte kämpfen muß. Dies alles gegen eine bis an die Zähne bewaffnete herrschende Klasse.

Das waren einige der wesentlichsten Probleme, die sich im Zusammenhang mit unserem Plattformentwurf stellten.

An der Diskussion über diese Fragen nahmen auch zwei neugewonnene Soldaten aus der Maria-Theresien-Kaserne teil, was für uns einen weiteren Erfolg zur örtlichen Verankerung in den Kasernen bedeutet. Es gelang, sie weitgehend für unsere Haltung zur Volksbewaffnung zu gewinnen. Dadurch haben sich innerhalb der Gruppe „Querschläger" im wesentlichen zwei Lager gebildet: eines, das sich auf den Boden der von uns eingebrachten Plattform stellt und eines, das v.a. in den oben skizzierten Fragen grundsätzliche Differenzen zu uns hat. Vor allem Mitglieder der FÖJ und verschiedener sozialdemokratischer Organisationen (die Revisionisten von der KPÖ ließen sich in letzter Zeit nicht blicken) tendieren dazu, die Volksbewaffnung als „utopisch" abzutun, als „etwas, was „undurchführbar" ist. Die Überzeugungsarbeit in diesen - unserer Meinung nach - äußerst zentralen Fragen der Militärarbeit ist daher gerade in den nächsten Wochen von besonderer Bedeutung. Die Gruppe „Querschläger" ist sich einig darüber, daß die Schaffung einer politischen Grundlage für die Militärarbeit sehr große Bedeutung hat für die gesamte fortschrittliche Bewegung in Österreich, für den Aufbau von Soldaten-und Reservistenkomitees auch in den anderen Bundesländern bzw. Kasernen. Die Debatte über diese Fragen hat daher in den nächsten Wochen absoluten Vorrang, sie soll möglichst viele Menschen - egal ob Soldaten oder „Zivile" - erfassen und in möglichst viele Kasernen getragen werden. In der Nummer 4/77 des „Querschläger" sollen daher die bisher eingegangenen Stellungnahmen, Plattformvorschläge und dgl. abgedruckt werden, um so die Diskussion öffentlich führen zu können. In der darauffolgenden Nummer sollte dann die Diskussion zusammengefaßt, die restlichen Beiträge zu diesen Fragen veröffentlich und der Termin der Gründungsversammlung mit der Beschlußfassung der Plattform angekündigt werden. Nach unseren Vorstellungen könnte dies bereits gegen Ende Oktober der Fall sein. Wichtig ist, daß es gelingt, diese Nummer des „Querschläger" massiv zu verbreiten, v.a. vor und in den Kasernen, in den Schulen, Betrieben, Hochschulen, auf der Straße usw. Vor allem sollten sich auch aus den Bundesländern viele an der Diskussion beteiligen, indem sie Stellungnahmen an die Redaktion des „Querschläger" schicken, was gleichzeitig ein Kontaktnetz aller an der Militärarbeit interessierten Menschen im ganzen Bundesgebiet schaffen und den Aufbau von ähnlichen Gruppen dort beschleunigen würde.

L.G.

Maria-Theresien-Kaserne/Wien:

Schikanen gegen kranke Soldaten

Als ich unlängst den Truppenarzt aufsuchte, kam ich im Warteraum mit einem Grundwehrdiener (GWD) der Garde ins Gespräch. Um es gleich vorwegzunehmen: was dort alles unter „Ausbildung" läuft, ist kaum vorstellbar. Abgesehen davon, daß die Garde berüchtigt ist für das „Gewehrklopfen", d.h. Exerzieren mit der Waffe, hundertmal das Sturmgewehr auf und ab und unbeweglich längere Zeit in bestimmter Stellung halten, haben die Gardesoldaten praktisch während der gesamten Präsenzdienstzeit schwere Gefechtsübungen, Tag- und Nachtmärsche, Hindernisläufe in voller Ausrüstung, Schleppen von -zig Kilo Waffenmaterial. Kein Wunder, daß viele Kameraden, die gerade keine sportlichen Athleten sind, oft auf der Strecke bleiben, zusammenklappen, sich z.T. schwere Verletzungen zuziehen und nicht selten bleibende gesundheitliche Schäden davontragen. Demzufolge sind immer wieder viele beim Truppenarzt, um sich behandeln zu lassen. Die meiste Empörung dieser Kameraden richtet sich aber gegen die Behandlungsmethoden: „Den stört das nicht einmal, wenn man nicht mehr hatschen kann! Wenn man nicht gleich ins Spital eingeliefert werden muß, schreibt einen der Arzt voll tauglich. Bestenfalls kriegt man Tabletten oder eine Salbe, die nichts nutzt! Ins Spital will man aber wieder nicht gehen, weil einem dann gleich für das ganze Monat der Ausgang gestrichen wird!"

Es zeigt sich, daß die ärztliche Betreuung bei uns völlig im Argen liegt. Zu einem Privatarzt kann man aber nicht gehen, weil man die Ordinationskosten zur Gänze allein zahlen müßte. Die Kommandanten versuchen, die Zahl der Arztgeher dadurch herunterzudrücken, daß sie ihnen den Ausgang sperren! Sie stellen sich auf den Standpunkt, daß sowieso jeder Soldat nur ein Lamentierer ist.

L.G./GWD- Maria-Theresien-Kaserne

Geplantes Bundesheermanöver soll die Aufgabe Ostösterreichs proben

Unlängst wurde bekannt, daß im Herbst bei Manövern des Bundesheeres der „Ernstfall" geprobt werden soll: dazu soll das ganze Armeekommando und das Kommandobataillon mit allem Drum und Dran nach Oberösterreich verlegt werden. Das entspricht dem neuen Verteidigungskonzept, daß bei einem Angriff aus dem Osten Wien kampflos freigegeben werden soll und der ganze staatliche Verwaltungsapparat in den „Zentralraum" in den Alpen übersiedeln soll.

Dieses Manöver ist deswegen interessant, weil es den Stand der Aufrüstung des österreichischen Bundesheeres zeigen wird und weil es zeigt, daß trotz des vielen Geredes der SP-Regierung über „Abrüstung" und „Entspannung" die Vorbereitungen auf einen neuen Kriegsfall an der Seite der NATO auf Hochtouren zu laufen beginnen. Geheimgehalten werden solche Vorhaben, weil ja „das Volk nicht beunruhigt werden soll" (Kreisky bei der Debatte über das neue Verteidigungskonzept).

Salzburger Antifaschistenprozeß:
Kundgebung gegen den staatlichen Unterdrückungsapparat

Am 12. August fand die erste Verhandlung des Prozesses gegen den Lehrling Hannes Friedl statt. Wegen „boshafter, schwerer Sachbeschädigung". In Wirklichkeit stand stand das entschlossene Auftreten zahlreicher fortschrittlicher und antifaschistisch gesinnter Menschen gegen einen Nazi-Propagandastand in Salzburg unter Anklage und der Protest gegen dessen Schutz durch gewaltsames Polizeieinschreiten. H. Friedl hatte seinen Protest gegen die dort erfolgten, willkürlichen, brutalen Verhaftungen in Aufschriften wie „Laßt die Antifaschisten frei!" am Gefangenenhaus und anderswo ausgedrückt.

Die Verhandlung dauerte nur kurz.- Höchste Polizei und Gerichtsspitzen waren anwesend. Der Richter war offensichtlich bestrebt, die antifaschistischen und demokratischen Aktionen zu kriminalisieren. Er untersagte den Angeklagten, eine politische Erklärung abzugeben und wollte nur über den Sachschaden verhandeln. Wegen Nichterscheinen eines Zeugen (Vertreter der Putzfirma) wurde die Verhandlung auf unbestimmte Zeit verschoben.

Kundgebung gegen den staatlichen Unterdrückungsapparat auf Gemeindeebene

Die Ortsgruppe trat einige Tage vor dem Prozeß in der Stadt auf. Die Ereignisse um den Nazi-Stand wurden wieder in Erinnerung gerufen und die Einstellung des Verfahrens gefordert. Am Prozeßtag selbst wurde vor Prozeßbeginn um 8 Uhr morgens eine Kundgebung vor dem Justizgebäude durchgeführt, bei der den Salzburgern großes Interesse erweckte. In seiner Rede hob der Angeklagte Hannes Friedl, Mitglied des KB und Kandidat des KB zu den Gemeinderatswahlen im Oktober hervor: Die Versuche, jede demokratische Bewegung oder Regung des Volkes sofort im Keim zu unterbinden, mit Polizeigewalt zu unterdrücken und zu kriminalisieren hat in Salzburg schon einige Tradition, erst vor 2 Jahren gab es einen Prozeß gegen R. Kanonier, dem nach einer Protestaktion gegen chauvinistische Hetze des Kärntner Heimatdienst – von der Polizei brutal zerschlagen – der Prozeß wegen „bewaffneten Widerstandes gegen den Staat" gemacht, mangels Beweise jedoch eingestellt wurde. Zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam es letztes Jahr auch beim Kampf um ein Jugendzentrum im Petersbrunnhof.

Ludwig Hartinger, gegen den das Hauptverfahren (Widerstand gegen die Staatsgewalt) betrieben wird und der ebenfalls Kandidat des KB zu den Gemeinderatswahlen ist, zeigte auf, wie der bürgerliche Staatsapparat auf Gemeindebene als Instrument der Reaktion verstärkt ausgebaut und eingesetzt wird: In Salzburg finden immer wieder Bürgerkriegsübungen der Polizei statt, bei denen der Einsatz gegen das Volk geprobt wird: „Wilde Demonstration von Bauern im Schlachthof Bergheim – wie schnell ist die Exekutive dort und kampfbereit", „Demonstranten besetzen den ORF", „Schutz des Chiemseehof" (Sitz der Landesregierung) u.ä. lauten die Titel der Übungen. Anläßlich des Länderspiels in Salzburg (Österreich – Malta) stellte Polizeichef Biringer, SP-Mitglied, die neue Spezialausrüstung der Polizei (Vollvisierhelme) vor: „Diese Helme gehören jetzt zur Standardausrüstung"... Der Polizeichef Bieringer gibt zu bedenken, daß „in den nächsten Wochen Kernkraftwerksgegner und -befürworter tagen, ... Hochschulwahlen stattfinden, alles Veranstaltungen, auf die die Polizei gerüstet sein will." Randalierer machten der Polizei weniger Sorgen: „Das sind höchstens Einzelpersonen, keine Organisationen" (Alle Zitate in SVB, 28.4.1977).

In der Wahlwerbung für SP-Bürgermeister Salfenauer wird als Verdienst der SP-Regierung und der Salzburger SP-Gemeindepolitik hervorgestrichen, „einen entscheidenden Schritt zur Verbesserung der Sicherheit" durch gezielten Ausbau von Personal uns Ausrüstung der Sicherheitswache gesetzt zu haben. Die motorisierten Einheiten werden 1977 von 173 auf 203, die Zahl der Sicherheitsbeamten von 303 auf 446 verstärkt u.a. (Wahlaufruf der SPÖ, August 1977).

Wessen Sicherheitsbedürfnis wird hier Rechnung getragen? Es ist die Sicherheit der herrschenden Klasse bei ihrem Ausbeutungsgeschäft, das zunehmend unter Beschuß des Volkes gerät. Die Bourgeoisie fürchtet daher jede selbständige Volksbewegung. Dies haben auch die Vorfälle um den Nazistand gezeigt, wo die selbständige Volksbewegung gegen faschistische Propaganda sofort unterdrückt wurde.

Diese Wahrheit wird die Ortsgruppe des KB während des Wahlkampfs zur Gemeinderatswahl gegenüber den bürgerlichen Politikern – auf die Fülle von Erfahrungen und Tatsachen aus Salzburg gestützt – verbreiten.

lh, Ortsgruppe Salzburg

Versammlung der Hochwassergeschädigten in Salzburg: Wer ist schuld an der Überschwemmung?

Am 9. August fand eine Woche nach den großen Überschwemmungen in einem Gasthaus im Salzburger Stadtteil Liefering eine Versammlung der Hochwassergeschädigten statt. Gekommen waren ungefähr 100 Betroffene und der Bürgermeister Salfenauer mit seinen Stellvertretern und zwei Stadträten. Die Herren Volksvertreter wollten sich jetzt nach der Katastrophe und vor den Gemeinderatswahlen wieder einmal unters Volk mischen und Retter in der Not spielen. Damit sind sie aber nicht durchgekommen.

Am 1. August hatte es im ganzen Land Überschwemmungen mit vielen Millionen Schilling Schaden gegeben. In der Stadt Salzburg waren besonders Bewohner des Stadtteils Liefering-Rott betroffen, wo der Grenzfluß zur BRD, die Saalach, den rechtsseitigen Damm durchbrach und sich in das Wohngebiet ergoß.

Auf der Veranstaltung deckten die Teilnehmer die Verrottetheit des städtischen Wasserbaues auf:

- das Saalachwehr wurde zu spät geöffnet
- als das Wehr endlich gesenkt wurde, wurde es zu wenig gesenkt
- das Staubecken war zu wenig ausgebaggert, d.h. es hatte nicht genug Fassungsraum für das Wasser
- die Uferverbauung ist mangelhaft, der Damm ist auf der österreichischen Seite um einen halben Meter niedriger als auf der gegenüberliegenden bayrischen;

Warum das Wehr des Elektrizitätswerkes (das übrigens den Salzburger Stadtwerken gehört), so spät und zu wenig gesenkt wurde, ist klar: Gestautes Wasser bedeutet Energie, und wenn es um den Profit geht, da scheren sich die Herren wenig um die Bevölkerung, um überflutetes Land und verwüstete Häuser.

Als zwei Bewohner damals um 1/25 Uhr in der Früh den Schleusenwärter darauf aufmerksam machten, daß er unbedingt das Wehr weiter senken müsse, sagte dieser, *er dürfe nicht*. Als sie den zuständigen Ingenieur aus dem Bett holten, gab dieser zu, daß man noch 20 bis 30 cm nachgeben hätte können, dann „wären aber die Schützen (seitliche Führungen des Staus) versandet". Für das E-Werk hätte das natürlich wieder Mehrkosten bedeutet, die man spart, wenn man die Umgebung absaufen läßt. Ähnlich ist es auch mit der Ausbaggerung des Stauraumes und der Erhöhung des Dammes. Alles einkalkulierte Katastrophen.

Kein Wunder, daß die Herren „Volksvertreter" auf der Versammlung nichts zu sagen hatten und herumdrucksten. Immer wieder betonten sie, es gehe jetzt „nicht um die Schuldfrage, sondern um die Hilfe". Als ein Teilnehmer da einhakte und unter großem Applaus für jeden Betroffenen sofort 5 000.- Schilling verlangte, „damit ma wos zum Ess'n hābn", zerplatzte auch das ganze Gerede von großzügiger Soforthilfe durch die Stadt wie eine Seifenblase. Da muß erst einmal eine städtische Hochwasserkommission die Schäden an Ort und Stelle prüfen. Es stellte sich auch heraus, daß der Schadenersatz höchstens 40% beträgt und das nur bei „sehr Bedürftigen"; als normaler Werktätiger bekommt man bestenfalls 10 bis 20% der Schadenssumme ersetzt. Allerdings tritt die Hochwasserkommission frühestens gegen Anfang September zu einer ersten Sitzung zusammen. Wie Hofrat Huber von der Fondskommission mitteilte, kriegt man ein paar Tausender vielleicht auch schon vor Oktober.

Den berechtigten Anklagen der empörten Leute konnten die Herren Berufspolitiker nichts entgegensetzen als „wir werden alles gründlich prüfen lassen". Was dabei herauskommen wird, kann man sich jetzt schon denken.

Als ein Anwesender an den Bürgermeister die Frage stellte, was los wäre, wenn die Flut wieder kommt, fiel diesem nichts mehr ein. Der Bürgermeister und seine Stellertreter suchten vorzeitig das Weite; „Anlaß" dazu waren neuerliche Überschwemmungen eben zu dieser Stunde durch reißende Almbäche in den nördlichen und östlichen Teilen Salzburgs.

ohz. Salzburg (MSB)

Die Überschwemmungskatastrophe war nicht „naturgegeben"

Daß bereits nach kurzen Regenfällen kleine, unscheinbare, durch die Stadt Salzburg fließende Bäche zu reißenden Flüssen anschwellen, liegt nicht an den „naturgegebenen Regenfällen".

Durch die Ruinierung der Kleinbauern im Kapitalismus werden diese vom Lande in die Stadt getrieben, wo sie sich als Fabriksarbeiter verdingen müssen. Es kommt zum Auflassen von vielen Almwiesen. Das Gras wird nicht mehr wie früher durch die Kühe kurz und dicht gehalten, sondern kann ungehindert wachsen. Dadurch ist es möglich, daß im Winter der Schnee mit dem Gras zusammenfriert und bei der Schneeschmelze die Schneedecke samt dem Gras den Hang hinunterrutscht und letzten Endes lose Erde zum Vorschein kommt. Bei Regenfällen werden die Wassermassen nun nicht von der Grasdecke lange Zeit aufgesogen, sondern stürzen zusammen mit Erde und Geröll ins Tal hinunter und werden hier von den Bächen aufgenommen.

Das, zusammen mit der mangelnden Wasserverbauung, führte am 9. August in Salzburg dazu, daß die Almbäche nach drei Stunden heftigen Regens aus den Ufern traten und großer Schaden durch die Wassermassen angerichtet wurde.

Selbstentlarvung von GRM, KPÖ und VSStÖ

Im Mai haben verschiedene bürgerliche Organisationen (VSStÖ, VSM, GRM, KPÖ/KSV) ein „Antifa-(=Antifaschisten-)Komitee" ins Leben gerufen.

Der KB vertrat bei der Gründung die Ansicht, daß heute gegen das Auftreten von diversen Faschistengruppen oder -propaganda jeweils dort eine breite Aktionseinheit gebildet werden muß, wo diese Leute auftreten, um ihnen konkret entgegenzutreten, bzw. die faschistische Propaganda zu unterdrücken, weiters daß sich aber heute die demokratischen Bestrebungen in der Hauptursache gegen den bürgerlichen Staatsapparat richten müssen, weil von ihm die Reaktion ausgeht, er das Gewalt- und Unterdrückungsinstrument der imperialistischen Bourgeoisie ist, deren zunehmende Rechtsentwicklung sich heute vollständig auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie (mitsamt den bürgerlichen Parteien) entwickelt. Von dieser Stoßrichtung würde jedoch ein langfristig arbeitendes „Antifaschisten-Komitee" ablenken, denn auch das Vorgehen gegen faschistische Banden kann nur gegen den bürgerlichen Staat erfolgreich sein. Tatsächlich vertreten die im „Antifa-Komitee" beteiligten Organisationen immer wieder Ansichten, die die klare Stoßrichtung gegen den Staatsapparat und den Sachwalter der Interessen des Finanzkapitals, die SP-Regierung, abschwächen.

Nach den Vorfällen um den Nazistand beschloß die Ortsgruppe im Interesse der Herstellung einer breiten Einheit im Kampf gegen die Prozesse auch im Komitee zu arbeiten. Aber schon kurze Zeit später war die Herausgabe der Dokumentationsbroschüre des KB „Einstellung aller Verfahren gegen die Antifaschisten!" Anlaß für die Opportunistenführer von VSStÖ, GRM und KPÖ, die bereits festgelegte Solidaritätsarbeit zu spalten und den KB aus dem Komitee per Abstimmung auszuschließen. In einer „Erklärung" forderten diese professionellen Intriganten den KB faktisch auf, in seinen eigenen Publikationen keine Kritik an Organisationen, die im Komitee arbeiten, abzugeben, der KB müsse alle „Verleumdungen" zurücknehmen, sonst könne man nicht mehr zusammenarbeiten... Im Editorial der Broschüre hatte der KB u.a. eine Kritik an der Überschätzung des Auftretens von Faschisten, sowie Abschwächung des Kampfes gegen den Staatsapparat, wie es von diesen Organisationen immer wieder betrieben wird, angekreidet.

Selbstverständlich nahm der KB diese Bedingungen für die Arbeit in so einem „Vorschriftenkomitee" nicht an.

Diese Intrige war nichts als ein Versuch, die breite Solidaritätsarbeit gegen die Prozesse, insbesondere den vom 12. August zu spalten und überhaupt zu sabotieren. Dies bewahrheitete sich kurz vor dem Prozess: Der KB hat am 3.8. zu einer öffentlichen Aktionseinheitsbesprechung über 10 Organisationen aufgerufen, am Freitag, eine Woche vor dem Prozess, zu kommen; Keine der eingeladenen Organisationen, außer vier Vertreter des VSM ließen sich blicken. Das „Antifa-Komitee" hatte inzwischen selbst eine Einladung zu einer Aktionseinheitsbesprechung für Montag, 8.8. (vier Tage vor dem Prozess) ausgesendet. Wer allerdings am 8.8. allein vorm vereinbarten Treffpunkt erschien und wartete, waren die Vertreter des KB! Nicht einmal zu einer Aktionseinheitsbesprechung, die sie selbst einberufen, kommen diese Opportunisten. Bedarf es eines eindrucksvolleren Beweises, wie es mit der Unterstützung des „Antifa-Komitees", dieser Karikatur auf ein parteiloses, demokratisches Komitee, und der KPÖ, VSStÖ und Konsorten im Kampf gegen die Kriminalisierung von Antifaschisten aussieht?

L.H.

Sozialimperialistischer Fischraub an der Küste Westafrikas

Der sowjetische Fischfang stammt fast bis zu 90% aus Gewässern, die meilenweit von der heimischen Küste entfernt sind. Im Zuge ihrer neokolonialen Unterwerfungsabsichten gegenüber Afrika vergreifen sich die neuen Zaren auch an den Fischreichtümern der afrikanischen Völker.

In Angola „kommt der Fischfang in Gang, u.a. mit der Hilfe der UdSSR." So heißt es in der sowjetischen Nachrichtenagentur „Neue Zeit" (Nr.31/77). Hinter der „Hilfe" verbergen sich Raubzüge der Sozialimperialisten. Nach dem Motto der imperialistischen Profitgier, die Naturressourcen ohne Rücksicht auf deren Erhaltung bis zur Zerstörung plündert, belegen die Sozialimperialisten den Meeresgrund mit feinstmaschigen Netzen. Diese Methode des „Staubsaugens" ermöglicht auch den Fang von Klein- und Jungfischen, und bedroht damit den Fischbestand der Meere überhaupt mit Ausrottung. In einem Interview mit der Sunday Times erklärte Lucette Cabral, die Frau des Präsidenten von Guinea Bissao: "Sie kratzen alles zusammen bis auf den Meeresgrund und nehmen alles mit – mit Stumpf und Stiel."

Von den 3 Millionen Tonnen Fisch, die insgesamt an der Küste Westafrikas gefangen werden, beträgt die Beute der sowjetischen Flotte allein 1,5 Millionen Tonnen. Die Verarbeitung findet teilweise unmittelbar nach dem Fang auf den Schiffen statt.

Dadurch hat die Sowjetunion in vielen Ländern an der Küste das Monopol im Verkauf von Gefrierfisch an sich gerissen. Länder wie Angola, Senegal, Mauretanien und Guinea werden auf diese Art gleich zweifach geplündert: Zuerst an ihren Fischreichtümern und dann mittels der Höchstpreise, zu denen sie von den Sozialimperialisten ihren eigenen Fisch im Gefriefzustand zurückkaufen müssen.

Im Jänner protestierte Mauretanien gegen den andauernden Bruch der Fischereiverträge von 1972 durch die Sozialimperialisten. Nach diesen Verträgen ist die Sowjetunion verpflichtet, einen festen Anteil von Frischfisch an die staatliche Verarbeitungsgesellschaft abzuliefern. 1976 betrug die Lieferquote 30.000 t, im ersten Halbjahr wurden nur 4.500 t abgeliefert. Die Fischereigesellschaft mußte die Produktion einschränken und entließ 500 Arbeiter. Die Sozialimperialisten geben sich gerne als die „natürlichen Verbündeten" der Länder der 3. Welt beim Aufbau einer eigenen, unabhängigen Wirtschaft aus. In Wirklichkeit müssen die Völker diesen „Verbündeten" zum Teufel jagen, wenn sie ihre Wirtschaft entwickeln und sich von imperialistischer Ausplünderung befreien wollen.

„Die Lösung des Zimbabwe-Konflikts erfolgt auf den Schlachtfeldern"

Mit allerlei Manövern versuchen die Imperialisten gegenwärtig Zimbabwe eine sogenannte „friedliche Lösung" aufzuzwingen. In Wirklichkeit dienen diese, dazu, das verhaßte Kolonialregime mit allen Mitteln gegenüber dem von den Volksmassen Zimbabwes unterstützten, bewaffneten Ansturm der Befreiungskämpfer am Leben zu erhalten.

Zu den neuerlichen Manövern nahm Genosse Gumbo, Mitglied des ZK und Verantwortlicher für Information und Propaganda innerhalb der Nationalen Exekutive der ZANU, am 27. Juli telefonisch gegenüber der „Kommunistischen Volkszeitung", Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, Stellung:

„Die Pläne der Imperialisten bezüglich Zimbabwe haben das Ziel, eine schwarze Marionettenregierung zustandezubringen, die von den Imperialisten manipuliert und kontrolliert werden kann. Deren grundlegende Interessen in Zimbabwe sind, die Reichtümer, die natürlichen Rohstoffe und die Arbeitskräfte des Landes ausbeuten zu können. Bischof Muzorewa und der Pfarrer Ndabaningi Sithole halten die ersten Plätze ihrer Rangliste als Führer einer schwarzen Marionettenregierung in Zimbabwe. Sie sind gegenwärtig in Salisbury wieder aktiv geworden, um mit Muzorewa und Sithole eine sogenannte 'interne Regelung' zu erreichen. Sie behaupten, Muzorewa habe die Unterstützung der afrikanischen Massen und verweisen auf die hunderttausend Menschen, die auf dem Flughafen waren, als er ankam. Jetzt sind in Zimbabwe aber nicht öffentliche Unterstützung auf dem Flughafen und für öffentliche Versammlungen wichtig, sondern der militärische Kampf. Die Lösung des Zimbabwe-Konflikts erfolgt nicht am Verhandlungstisch über eine Verfassung, sondern auf dem Schlachtfeld. Die ZANU, ein gemeinsamer Partner in der Patriotischen Front, ist unversöhnlich und vollständig gegen eine schwarze Marionettenregierung in Zimbabwe. Die Patriotische Front will den vollständigen Übergang der Macht an das Volk von Zimbabwe, die Patriotische Front muß die Gewehre kommandieren. Die Imperialisten haben ihre diplomatischen Aktivitäten gesteigert, was 'angloamerikanische Initiative' genannt wird. Sie erfolgen mit dem Anschwellen der revolutionären Woge im Land. Aber alle diese Manöver werden scheitern.

Die Wahlen, die Smith abhalten will, sollen die internen Widersprüche im Smith-Regime selber lösen. Sie sollen keine Lösung für den Zimbabwe-Konflikt sein. Wir nennen es einen 'Kleinkrieg' innerhalb der Rhodesischen Front (der führenden Partei der Kolonialisten), innerhalb der weißen rhodesischen Gesellschaft. Smith will jede weiße Opposition ausschalten. Die Wahlen werden nichts an dem Widerspruch zwischen der ZANU und dem Smith-Regime ändern. Die Verfassungsvorschläge des sogenannten angloamerikanischen Plans werden nicht wirksam werden, solange Smith an der Macht ist. Er muß von der Macht entfernt werden, bevor Verfassungsgespräche stattfinden können. Was die Verfassung selber betrifft, so kann die niemand für das Volk von Zimbabwe machen, es wird seine Verfassung selber machen. Eine Verfassung, die in London oder Washington fabriziert wurde, unserer Lage nicht entspricht und die man versucht uns aufzuzwingen, wird ganz einfach nicht funktionieren, weil das Volk gegen sie ist."

ZANU und ZAPU haben ein gemeinsames Oberkommando gebildet im Rahmen der Patriotischen Front, um den bewaffneten Kampf zu intensivieren. Wie sehen die Pläne der Imperialisten mit „Friedenstruppen" aus und wie werdet ihr einer derartigen Invasion begegnen?

„Die Anerkennung der Patriotischen Front durch die Organisation für Afrikanische Einheit Anfang des Monats war ein großer Schritt in der Konsolidierung der Einheit in Zimbabwe. Nach diesem Sieg an der diplomatischen und politischen Front konzentriert die Patriotische Front ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Zusammenfassung ihrer militärischen Kräfte unter einem Kommando. Das Treffen des Koordinationskomitees der Patriotischen Front in Daressalam vor zwei Wochen und das Treffen der Frontstaaten am Montag half, die militärische Einheit der ZIPA (Volksarmee von Zimbabwe) zu konsolidieren. Es werden konkrete Maßnahmen eingeleitet, um die zwei Armeen von ZANU und ZAPU in der ZIPA zusammenzuschließen. Angesichts der Tatsache, daß die ZIPA eine wirkliche militärische Streitmacht ist, kann keine friedliche Initiative erfolgreich sein in Zimbabwe ohne die Patriotische Front. Wir lehnen auch jede Friedensstreitmacht ab und werden sie weiter bekämpfen."

Wie wird der bewaffnete Befreiungskampf von den Arbeitern, Studenten und übrigen Volksmassen in den Städten, den Zentren des Feindes unterstützt?

„Die Patriotische Front wurde mit dem Ziel gebildet, alle patriotischen und demokratischen Kräfte in Zimbabwe zusammenzubringen, das schließt ein Arbeiter, Bauern, die Gewerkschaften, Intellektuelle, Studenten, und andere Teile der Kleinbourgeoisie und alle Gruppen des Volkes. Sie nehmen allesamt teil am revolutionären Kampf und führen verschiedene Aktionen durch wie Streiks, Protestdemonstrationen usw. Kürzlich erst verließen wieder Schüler einer Mittelschule im Südosten Zimbabwes geschlossen die Schule, um sich den Streitkräften der ZIPA anzuschließen. Die meisten Streiks werden vom Regime unterdrückt. Kürzlich gab es einen langen Streik der Busfahrer und Arbeiter der Wartungshallen, sie forderten Lohnerhöhungen. Die Presse des Smith-Regimes unterdrückt jedoch alle Informationen über diese Aktionen."



Schießausbildung von Zimbabwe-Befreiungskämpfern

Vance-Reise gescheitert

US-Außenminister Vance hat in Israel bekanntgegeben, daß seine Nahostreise gescheitert ist. Gereist war er in Sachen Begin-Plan. (Wir berichteten über diesen in der letzten Nummer). Um diesen durchsetzen zu können, hat Vance eine Konferenz der beteiligten Außenminister in den USA vorgeschlagen, die die Genfer Konferenz vorbereiten soll. Unter der direkten Oberherrschaft der US-Imperialisten sollte diese 'Vorkonferenz' stehen. Damit wollten sich die USA Vorteile gegenüber der anderen Supermacht, der sozialimperialistischen Sowjetunion, herausschinden. Pravda hat dann auch sofort diese Absichten verurteilt als „Konkurrenzunternehmen zur Genfer Konferenz".

Nach wie vor haben die Imperialisten nicht die notwendigen Grundlagen schaffen können für einen Raubvertrag in Genf. Während die Zionisten ohne Vorbedingungen 'verhandeln' wollen, halten die arabischen Staaten an der unbedingten Rückgabe der 1967 besetzten Gebiete fest. Die Imperialisten setzen die bürgerlichen arabischen Regierungen unter Druck, damit diese die PLO „mäßigen". Im Gegenteil wachsen die Bedingungen für ein einheitliches Handeln der arabischen Völker. Von Syrien hat die PLO ein Abkommen erreicht, in dem Syrien erklärt, zu keinen Verhandlungen zu gehen, wenn die PLO ausgeschlossen ist. Die Resolution 242 wollte Vance von der PLO akzeptiert sehen. „Unsere Haltung zum Resolutionstext ist unverändert. Wir werden Israel nicht anerkennen", erklärte PLO-Sprecher Machmoud Labadi.

JAPAN: Aufsteiger im imperialistischen Handelskrieg

Am Londoner Gipfel im Mai 1977 fiel das Bekenntnis zum freien Welthandel noch unverbindlicher aus, als bei früheren Treffen der sieben größten westlichen Imperialisten. Die sich ankündigenden rauheren Sitten im Wirtschaftskrieg sind eingetreten. Das spüren vor allem die japanischen Imperialisten.

Unter dem Druck einer im Feber über japanische Kugellager verhängten Sonderabgabe von seiten der EG haben die japanischen Imperialisten „freiwillig" Selbstbeschränkung „bei den Exporten" angeboten. Für den Fall, daß sich die Japaner an diese Beschränkung nicht halten, hat der EG-Ministerrat schon einen Beschluß über einen Sonderzoll von 15% in der Lade liegen Einen ähnlichen Waffenstillstand im Wirtschaftskrieg, wo schon bei Unterzeichnung mit dem Bruch des Waffenstillstandes gerechnet wird, stellt das seit Jänner geltende Abkommen zwischen Japan und der EG über die Beschränkung der Stahlexporte dar. In den USA hat die Zenith Company ein zweites Verfahren gegen japanische Fernsehproduzenten eingeleitet. Neuerliche Sonderzölle für die von Japan den US-Importeuren gewährten Sonderrabatte drohen den japanischen Imperialisten.

Am härtesten treffen den japanischen Imperialismus - größter Schiffbauproduzent der Welt - die unmittelbar vor der Beschlußfassung stehenden Maßnahmen der USA zu Stützung ihrer Tankerproduktion, die 30% der künftigen Aufträge der US-Werften ausmachen sollen.

In Manier des Freistilringers....

Die imperialistische Konkurrenz hat allen Grund, den japanischen Imperialismus zu fürchten. Die Exportindustrie ist extrem monopolisiert und konzentriert alle Kraft auf wenige Warengruppen: Stahl- und Maschinenbau, Autos, Elektronik, Textil und Schiffsbau. 60% aller Schiffe werden in Japan gebaut. Der japanische Imperialismus war und ist weniger fest in die westlichen Bündnisse einbezogen als Westeuropa und die USA. Die Regeln der Konkurrenz, die dort einige Zeit bei einigermaßen festen Kräfteverhältnissen galten, die Manieren gepflegterer Räuber haben den japanischen Imperialismus nie viel bekümmert. Er praktiziert schon seit langem die rüderen Sitten, die nun als Ausdruck der Zersetzung und sprunghaften Veränderung der Kräfteverhältnisse sich im ganzen westlichen Lager einbürgern. In den letzten 15 Jahren wurden praktisch keine Investitionen in der Forschung getätigt, sondern die Produktion durch Ankauf von ausländischer Technologie gesteigert. Zur Eroberung fremder Märkte bedient sich das japanische Finanzkapital der Methode: mit Massenproduktion, also hohen Stückzahlen, bei relativ kleineren Gewinnspannen beim einzelnen Produkt die Konkurrenz aus dem Feld zu schlagen. Die Japaner „beschränken sich auf wenige Produkte, die aber in großen Stückzahlen und unter halsbrecherischen Kampfpreisen geliefert werden." (Presse, 11.8.1977)

Aufwertungen, die Exporte verteuert hätten, schoben die Japaner noch hinaus, als sämtliche Konkurrenten schon dem Aufwertungsdruck nachgegeben hatten. Stets blieben die Aufwertungen weit unter dem Maß der tatsächlichen Stärkung der eigenen Position, dem tatsächlich in der Steigerung der Produktivkraft erzielten Vorsprung.

Im ersten Quartal 1977 steigerten die japanischen Imperialisten die Autoimporte nach den USA um 61%, allein im April um 88%. Bereits 1976 kamen 10% der Exporte der kapitalistischen Welt aus Japan. 1970 waren es noch 7,1%, 1960 erst 3,6%.

Den japanischen Imperialisten ist gelungen, was die Imperialisten überall versuchen und versuchen. Auf fremden Märkten zu holen was im eigenen Land bei herabgedrückten Löhnen der ausgebeuteten Massen und stagnierender Produktion nicht mehr zu holen ist: auf einem enger gewordenen Weltmarkt noch Exportsteigerungen zu erzielen. Japan hat allein im ersten Halbjahr 1976 die Exporte um 90% gesteigert. Nach absolutem Rückgang 1975, kurzer Belebung 1976 wird der Welthandel 1977 bestenfalls halb so schnell wachsen wie im Vorjahr, auf jedem Fall weit unter dem langjährigen Durchschnitt. Auf dem Weltmarkt spiegelt sich wider, daß die gewaltige imperialistische Überproduktionskrise - Resultat der chaotischen, rastlosen Jagd nach Profit - keineswegs überwunden ist, sondern sich immer mehr vertieft.

Den eigenen Markt haben die japanischen Imperialisten für ihre imperialistischen Konkurrenten weitgehend abgedichtet. Sie importieren zum größten Teil nur Rohstoffe und Lebensmittel und haben auch nur hier die Zölle wesentlich gesenkt. Industrielle Fertigprodukte machen nur 13% der gesamten Importe aus.

Die nicht abreißenden Klagen der Konkurrenten über den auf fremden Märkten zusammengerafften Devisenberg hat die japanische Bourgeoisie umgedreht. Sie nutzte und nutzt den „Devisenabbau" als Deckmantel für die Eröffnung der Offensive an einer weiteren Front - im Kapitalexport.

...zu rauschhaftem Kapitalexport

1980 soll der Kapitalexport Japans 40 Mrd. Jen betragen, sein Anteil am Gesamtexport liegt bereits jetzt höher als in der BRD. Im Herbst 1971 machte Nixons Paukenschlag gegen japanische Warenexporte in die USA den Drang der japanischen Imperialisten zum Kapitalexport zum wahren Rausch. In den zwei Jahren 1972 auf 1974 schafften sie, wofür sie von 1952 bis 1972 20 Jahre gebraucht hatten: eine Verdopplung des Kapitalexports. Fremde Arbeitskraft beutet der japanische Imperialismus am stärksten in Asien aus. In Zulieferbetrieben von 5 - 10 Mann werden die Arbeiter bis aufs Blut ausgepreßt - am stärksten unter den faschistischen Diktaturen von Südkorea, Taiwan, Thailand und Indonesien. In Indonesien hat Japan bereits mehr Kapital als die USA. Durch Export von Kapital möchte die japanische Bourgeoisie, die Rohstoffe zum größten Teil importiert (Erdöl zu 90%), direkt Hand auf den Naturreichtum der Dritten Welt legen. Indonesien hat sich geweigert, das Recht auf Erdölbohrungen zu verkaufen. Auch in Singapur, Saudiarabien und Brasilien ist für Japan nicht mehr als eine Beteiligung an der Erdölförderung drin. Die südostasiatischen Länder fordern von Japan Produktionsanlagen, um die Rohstoffe vor dem Export nach Japan verarbeiten zu können. Nach dem Sieg der Revolution in Vietnam, Laos und Kambodscha, im Zuge des stürmischen Voranschreitens im Kampf der Dritten Welt um eine neue Weltwirtschaftsordnung ist nirgendwo in Südostasien eine simple Neuauflage der Räubermethoden des US-Imperialismus mehr möglich.

Japanischer Imperialismus - Vorreiter der Ausbeutung

Im Frühjahr 1977 besiegelten die japanischen Monopolkapitalisten durch Abschlüsse unter der Inflationsrate ganz offen den Reallohnabbau. Sie steigerten die Ausbeutung noch mehr als im Vorjahr, als sie bei einem Abschluß in Höhe der Teuerung die Sonderbonusse - in Japan oft 5 bis 7 Monatslöhne - halbierten oder ganz strichen. Die Lohnstückkosten - Spiegel der Löhne und der Produktivkraft der Arbeit - sanken im ersten Halbjahr 1976 um 2% - trotz des Drucks schlecht ausgelasteter Kapazitäten.

Dieser Weg des „Aufstieges" in das Lager der „starken" Imperialisten ist notwendig gepflastert mit einer ungeheuren Vernichtung von Produktivkraft, Mensch und Natur. 16 500 kleinere Kapitalisten sind im letzten Jahr von den großen totgeschlagen worden. Die offizielle Arbeitslosenrate beträgt 2%, dazu muß man aber 4% „Hilfskräfte" dazurechnen. Die Stahlindustrie alleine hat in den letzten 3 Jahren 30 000 Arbeiter entlassen; betroffen sind vor allem jene über 40 Jahre, die die gesteigerte Ausbeutung nicht durchhalten und frühzeitig in den „Ruhestand" treten. Die japanischen Stahlkapitalisten pressen im Durchschnitt aus ihren Arbeitern 30 Stunden mehr Arbeit pro Monat heraus als etwa die BRD-Imperialisten. Fast die Hälfte der Belegschaften in der Stahlindustrie setzen sich aus Leiharbeitern zusammen, die nur den halben Lohn, praktisch keine Sozialleistungen erhalten und jederzeit durch frische Ware Arbeitskraft ersetzt werden können, wenn sie frühzeitig verschlissen sind.

Daß die japanischen Exporte nur wegen der Löhne so billig sind, ist jedoch eine Erfindung der imperialistischen Konkurrenz, dazu gedacht, die Arbeiter ihrer Länder in einen internationalen Wettlauf um Hungerlöhne zu treiben. Die japanischen Preise sind in erster Linie Ausdruck der ungeheuren Steigerung der Produktivkraft der Arbeit. Hierbei hat etwa in der Maschinenbauindustrie Japan die BRD, den europäischen Spitzenreiter der Antreiberei in den Sechzigerjahren, um das Vierfache übertroffen. Gings nur nach den niedrigen Löhnen, müßten ja Länder wie Indien, müßten die Armenhäuser der Welt im Preiskampf auf dem Weltmarkt alles niederringen. Die niedrigen Löhne schaffen Profitpolster für zeitweilige Preissenkungen im Konkurrenzkampf und weitere Steigerung der Produktivität. Dies kann das japanische Finanzkapital nutzen für weitere Schlachten im Handelskrieg und für die imperialistische Expansion; aber auch das nicht auf Dauer. Notwendig finden die Raubzüge der einen imperialistischen Bourgeoisie spätestens ihre Grenze an einem mächtigeren Konkurrenten, der gegebenenfalls seine eigenen räuberischen Ambitionen mit dem Mittel des Krieges zur Geltung bringt. Auf jeden Fall wird das mörderische Ringen der Imperialisten, das sie auf dem Rücken der Arbeiterklasse und der Völker austragen, sein Ende finden am revolutionären Kampf derjenigen, die die Werte schaffen, um die sich die Imperialisten raufen.

O.M./Linz

Die Sozialimperialisten betreiben di

„Aktive wirtschaftliche

Die „internationale Arbeitsteilung" bedeutet, daß die kleineren RGW-Länder und auch sonst alle, die „integriert" werden, zur Spezialisierung in wenigen Produktionsbereichen gezwungen werden und damit in verschärfte Abhängigkeit von Importen aller anderen Bedarfsgüter geraten. In den RGW-Ländern ist diese „Arbeitsteilung" bereits so weit fortgeschritten, daß ganze Produktionszweige auf Drängen der SU hin eingestellt oder stark reduziert wurden, während in der SU selbst ein rasches Ansteigen des entsprechenden Produktionsbereiches zu verzeichnen war. (siehe Tabelle)

importiert dafür die fertigen Produkte, die Bezahlung erfolgt in „Kompensation", d.h. Lieferung von z.B. Rohstoffen für die entsprechenden Produktionszweige (z.B. Konsumgüterproduktion). 1971 bis 1975 lag der Anteil der Konsumgüter und Rohstoffe für Konsumgüterproduktion am Gesamtimport der SU aus den kleineren RGW-Ländern bereits bei ca 34% und soll im laufenden Fünfjahrplan noch weiter steigen, insbesondere bei Konfektion und Wirkwaren, Schuhen, Möbeln, Baumwoll- und Wollstoffen. Die Produktionszweige mit hoher Profitrate werden in der SU selbst konzentriert und beschleunigt ausgebaut, wobei, um Ausgaben und Arbeitskraft zu sparen, komplette Produktionsanlagen importiert werden.

Produktion: bis 1972	Land	Abnahme in % gegenüber Jahr	Zunahme in % gegenüber Jahr in der SU
Erdöl	Mongolei	-100/	?
Eisenerz	DDR	- 83/1960	+ 100
	CSSR	- 50	
spanabhebende Werkzeugmaschinen	DDR	- 50/1960	+ 25
Traktoren	DDR	- 50/1950	+ 100/1960
Mähdrescher	DDR	- 100	
	Rumänien	- 50/1960	+ 100

(Quelle: Statist.Jahrbuch der DDR 1974, Anhang S.9 ff.)

Einseitige Ausrichtung der Volkswirtschaft der COMECON-Länder - Monopolstellung für die UdSSR

Diese Entwicklung unter dem Schlagwort der „Kooperation" hat bisher dazu geführt, daß die SU in den profitträchtigen Produktionszweigen bereits Monopolstellung erreicht hat (Bagger, Traktoren, LKW, PKW, Elektronik, Rechentechnik, Atomkraftwerke). Der Ausbau und die zunehmende Spezialisierung weniger Produktionszweige und die Drosselung bzw. Einstellung von anderen öffnet den Sozialimperialisten den dadurch freiwerdenden Markt für ihre eigenen Monopolprodukte. Um ihre Monopolstellung innerhalb des RGW weiter ausbauen und festigen zu können, werden die Produktionszweige mit niedriger Profitrate von der SU in die kleineren RGW-Länder ausgelagert, die SU

Die größte Abhängigkeit der kleineren RGW-Länder von der SU besteht auf dem Roh- und Brennstoffsektor. Die eigenen Vorkommen der kleineren Länder können z.T. gar nicht genützt werden, da die zu ihrer Erschließung notwendigen Mittel sowie Arbeitskräfte durch langfristige Verträge mit der SU gebunden sind.

Die Sozialimperialisten erpressen mit ihrem Energiemonopol die RGW-Länder

BULGARIEN, das im Rahmen der „Internationalen Arbeitsteilung" letztendlich zum „Gemüsegarten" des RGW umfunktioniert werden soll, verfügt über reichhaltige Kohlelager in und um Dobrogea und Fundstätten nichteisenhältiger Erze, die zu

Veranstaltungen der Ortsgruppen des Kommunistischen Bundes Österreichs

Mit Lichtbildern über die Besetzung der CSSR durch die Truppen der Sozialimperialisten

Graz:	19.8., 19 Uhr Gasthof Herbst, Lagerg. 12
Innsbruck:	23.8. 19.30 Uhr Gasthof Dollinger, nächst Kettenbrücke
Klagenfurt/Celovec:	22.8., 19 Uhr Arbeiterkammer, Bahnhofsstraße 19.8. 19 Uhr
Linz:	Gasthof Lindbauer, Urfahr (n. Eisenbahnbr.) 19.8., 19 Uhr
Salzburg:	19.8. 19Uhr „Alter Stern", Steinbruchg., hinter d. Neutor
Wien:	22.8. 19 Uhr Porrhaus, Treitlstr.

Überfall auf die CSSR 1968: Imperialismus unter der Decke des „Sozialismus"

Am 21. August 1968 besetzten die Truppen der Sowjetrevisionisten und einiger ihrer Vasallenstaaten die CSSR. Dieser Aggressionsakt hat den Widerstand des tschechoslowakischen Volkes hervorgerufen, das sich jedoch, verraten durch die revisionistisch entartete kommunistische Partei, ohne eigene politische Führung der sozialimperialistischen Besetzung nicht erfolgreich entgegenstellen konnte.

Die Sowjetrevisionisten haben nach dem Einmarsch gemeinsam mit den tschechoslowakischen Revisionistenführern unter Dubcek ein Kommuniqué herausgegeben, in dem die Besetzung des fremden Territoriums mit der Wahrung der Interessen der „gesamten sozialistischen Gemeinschaft" gerechtfertigt wird. Die SU hat damit herausgelassen, welche Art von „Gemeinschaft" sie im Sinne hat: eine Gemeinschaft, mit der sie im Stile neuer Zaren die Ausplünderung der Reichtümer dieser Länder betreibt und in der jede Auflehnung dagegen mit Panzern und Geschützen beantwortet wird.



Prag 1968: Widerstandskämpfer feiern den Sturm eines sowjetischen Panzers

Plünderung der RGW-Länder

Integration" Bulgariens

erschließen, abzubauen und zu verarbeiten wären. Im Rahmen der langfristigen Verträge über „Integration" und „Spezialisierung" mit der SU wurde Bulgarien aber verpflichtet, große Summen in eine Reihe von „gemeinsamen Projekten" auf dem Boden der SU zu investieren. Was die Nutzung der eigenen Ressourcen betrifft, wird in der bulgarischen Publikation „Integration in Produktion, Wissenschaft und Technologie" unterstrichen, daß „nur begrenzte Anwendungsmöglichkeit des Integrationsprogrammes auf den Bergbau und die Schmelzindustrie Bulgariens besteht". In der Rohstoff- und Heizölversorgung ist Bulgarien von der Sowjetunion fast vollständig abhängig, und darüber hinaus gezwungen, die beständig steigenden Preise der sowjetischen Rohstoff- und Energieprodukte zu bezahlen. 1975 war Bulgarien in seiner Gesamtenergieversorgung bereits zu 74% importabhängig.

Von 1974 auf 1975 betrugen die Preissteigerungen bei Roh- und Brennstoffen gegenüber den RGW-„Partnern" durchschnittlich 90% (Erdöl plus 90%, Erdgas plus 60%, Steinkohle plus 120%). Bulgarien mußte gegenüber 1974 für Erdöl und Erdgas gar eine Preissteigerung von 126% hinnehmen. Gegenüber der DDR und der CSSR gaben sich die Sozialimperialisten „kulant" und erhöhten „nur" um 50 bzw. 89%, aber auch nur deswegen, weil die SU von diesen Ländern damals dringend benötigte komplette Produktionsanlagen bezog. (NZZ, 21.1.1977)

Gleichzeitig verändern die Sozialimperialisten im Rahmen der Preissteigerungen auch das Austauschverhältnis zu ihren Gunsten.

„Die von den einzelnen RGW-Staaten im Intrablockhandel durchgesetzten Preiserhöhungen bewegten sich 1975 im Vorjahresvergleich zwischen 15 und 20%. Die sich aus der unterschiedlichen Entwicklung der Ein- und Ausfuhrpreise im Intrablockhandel ergebende Verschlechterung der Terms-of-Trade (= Austauschverhältnisse, Anm. T.R.) betrug für Ungarn 9% und für Polen 3%...

Durch die Anpassung der RGW-Außenhandelspreise an die veränderten Weltmarktrelationen im Jahre 1975 erzielte die UdSSR beträchtliche Einnahmesteigerungen. Ihre Exporterlöse für Energielieferungen in den RGW stiegen von 1,5 auf 3,2 Mrd. Transferrubel. Die preisbedingten Mehreinnahmen (etwa 1,4 Mrd. TRbl.) entsprachen z.B. dem Wert der gesamten sowjetischen Einfuhren aus Ungarn im Jahre 1975. Die Bedeutung der Energieexporte als Einnahmequelle hat sich somit weiter erhöht. Der 1973 ohnehin schon hohe Anteil aus den Gesamterlösen von knapp 20% stieg bis 1975 auf 31%... Bei den Exporten in die RGW-Länder entfallen auf Energielieferungen 25% aller sowjetischen Einnahmen." („Die Energieversorgung der RGW-Länder im Zeichen von Preissteigerungen" in: Wochenbericht 2/77 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin).

Die Abhängigkeit Bulgariens von der SU soll jedoch weiter verstärkt werden - mittels weiterer „Spezialisierungsmaßnahmen" soll das gegenseitige Außenhandelsvolumen im Jahre 1980 25 Mrd. Rubel erreichen, wobei die bis 1990 programmgemäß festgesetzten Haupteinfuhren aus der SU Kokskohle, Erdgas und Elektrizität sein sollen (Neue Zürcher Zeitung, 18.1.1977). Die genannten weiteren „Spezialisierungsmaßnahmen" sind erfahrungsgemäß von der SU erzwungene Ausweitungen einzelner Produktionsbereiche, um vor allem die aus den Roh- und Brennstoffbezügen ständig wachsenden Schulden gegenüber der SU überhaupt abzahlen zu können.

Ein Beispiel:
Der Bau einer 900 km langen Erdölleitung. CSSR, DDR und Ungarn beliefern die Sowjets mit Röhren und Maschinen, Bulgarien schickt die Arbeiter. Die Rückzahlung erfolgt seitens der SU in zukünftigen Erdgas- und Erdöllieferungen, wobei wiederum weitere Räubereien ins Haus stehen.

Die „Integration" soll die Sozialimperialisten für die Konkurrenz auf dem Weltmarkt stärken

Insbesondere auf dem Maschinenbausektor soll die „Integration" und „Spezialisierung" vorangetrieben werden, um die kleineren RGW-Länder „zu einer selektiven, zurückhaltenden Kooperationspolitik mit dem Westen anzuhalten und sie stärker auf die SU als Großmaschinenlieferanten hin zu orientieren", berichtet die PRESSE am 20. Juni 1977. Unter dem Druck der einseitigen Ausrichtung und Unterordnung ihrer Wirtschaften unter die Bedürfnisse der SU werden die RGW-Länder zunehmend in die Arme der westlichen Imperialisten getrieben, mit denen sie in den letzten Jahren zahlreiche Kooperationsverträge abgeschlossen haben.

Angesichts dieser Entwicklung als Folge der „sozialistischen Integration" versuchen die Kreml-Zaren, ihre immer widerspenstiger werdenden „Partner" noch schärfer an die Kandare zu nehmen und deren „Integration" zwangszubeschleunigen. Ziel dabei ist, erstens diese Entwicklung verschärfter Konkurrenz mit den westlichen Kapitalisten unter ihre Kontrolle zu bekommen, und zweitens auf diese Art auch die Märkte ihrer imperialistischen Konkurrenten im Westen zu infiltrieren.

„So wurde in Expertendiskussionen die Lieferung sowetischer Großteile im Maschinenbau zur Montage in andere Ostblockstaaten und die Spezialisierung der Partner auf Zulieferung komplizierter kleinerer Teile angeboten. Zusätzlich ergebe sich die Notwendigkeit, neben den bisher schon praktizierten gemeinsamen Investitionen in die sowjetische rohstoff- und brennstoffgewinnende Industrie auch gemeinsam Start- und Modernisierungskapital in den sowjetischen Maschinenbau hineinzustecken."(Presse, 20.6.1977) Auf diese Weise wollen die Sozialimperialisten auch auf dem Maschinenbausektor das Produktions- und Außenhandelsmonopol an sich reißen, die sowjetische Außenhandelsminister Patolitschew meinte, daß es für die in Exportgüterproduktion eingespannten „Kollektive" eine Ehrensache wäre, den Maschinenbau-Anteil am sowjetischen Außenhandel zu steigern, der zur Zeit nur 19,4% ausmacht. (Presse, 14.7.1977)

Bulgarien, das schon bei weitem „integrierteste" Land des RGW, ist Gegenstand eines Kommuniqués, das nach dem Besuch des bulgarischen Staats- und Parteichefs Schiwkoff in Moskau veröffentlicht wurde und hervorhebt: „Hauptaufmerksamkeit wird der Spezialisierung und Kooperation gewidmet. Die beiden Seiten sind übereingekommen, daß ihre Planungsorgane ein Generalschema für die Spezialisierung und Kooperation im Bereich der materiellen Produktion bis 1990 ausarbeiten. Die Planungskomitees sind beauftragt, sich mit der Einrichtung von Vertretungen in Sofia und Moskau zu befassen." (Presse, 20.6.1977)

Und um diese gesamte imperialistische Gangsterpraxis unter dem Hut des „Sozialismus" zu verstecken, wird sie in salbungsvollen Formulierungen einfach in die neue Verfassung hineingeschrieben: „Die Sowjetunion kräftigt die Zusammenarbeit, kameradschaftliche wirtschaftliche Hilfe mit den Ländern des Sozialismus auf der Grundlage des sozialistischen Internationalismus. Sie nimmt aktiv an der wirtschaftlichen Integration und internationalen sozialistischen Arbeitsteilung teil."

T. R.

VR China und SVR Albanien - Bollwerke des Sozialismus und der proletarischen Weltrevolution



Auf der Moskauer Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien 1960 (das Bild zeigt Genossen Enver Hoxha bei seiner Rede) führten die chinesischen und albanischen Kommunisten einen entschiedenen Kampf gegen den Sowjetrevisionismus. In diesem gemeinsamen Kampf gegen den modernen Revisionismus festigte sich die marxistisch-leninistische Einheit und revolutionäre Verbundenheit der KP Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens noch mehr. Anläßlich des 32. Jahrestages der Befreiung Albaniens schrieb Vorsitzender Hua Guo-feng am 28.11.76 an Genossen Enver Hoxha: *„Im lang andauernden gemeinsamen Kampf sind die beiden Parteien, die beiden Länder und Völker von China und Albanien durch eine große revolutionäre Freundschaft und militante Einheit zusammengeschlossen worden. Diese Freundschaft ist auf den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus gegründet. Die Erhaltung und Stärkung der chinesisch-albanischen Freundschaft und Einheit entspricht den Grundinteressen und gemeinsamen Bestrebungen unserer zwei Völker und der revolutionären Völker der Welt. Im zukünftigen Kampf werden wir genauso wie in der Zeit, in der unser großer Führer, Vorsitzender Mao Tsetung, noch am Leben war, eng mit dem albanischen Brudervolk verbunden sein. Im gemeinsamen revolutionären Kampf werden wir uns unterstützen, uns gegenseitig inspirieren und zusammen neue Siege erringen."* (ATA, Albanische Nachrichtenagentur, 29.11.76)



Chinesische Fachleute leisten ihren wertvollen internationalistischen Beitrag bei den Montagearbeiten in den Industriewerken Albaniens sowie zur Ausbildung des technischen Nachwuchses in Albanien (Foto: Neues Albanien)
Die Bourgeoisie beeilte sich, gestützt vor allem auf Meldungen der jugoslawischen Revisionisten, die Lüge zu verbreiten, Albanien hätte die chinesischen Fachkräfte ausgewiesen, die albanischen Studenten aus China zurückberufen etc. Alles mußte sie einige Tage darauf dementieren. Sowohl chinesische als auch albanische Sprecher wiesen diese Verleumdungen entschieden zurück. Die Beziehungen zwischen sozialistischen Länder beruhen auf dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus, auf vollständiger Gleichberechtigung und brüderlicher Hilfe ohne Bedingungen und Pressionen.

Gegenwärtig sind die Imperialisten, die Revisionisten und alle Reaktionäre der Welt besonders fieberhaft bemüht, unter den Volksmassen Verwirrung über die sozialistischen Länder zu stiften, ihr großes Ansehen in den Schmutz zu zerren und mit Gerüchten und Lügen über einen angeblichen Verrat der sozialistischen Länder an der Revolution und über einen angeblichen Bruch zwischen China und Albanien die revolutionäre Arbeiterbewegung zu entmutigen. Auch die österreichische Presse überschüttete in den letzten Wochen ihre Leser mit einer Flut von solchen Behauptungen, denen sie notgedrungen schon wenige Tage darauf wieder Dementis folgen lassen mußte.

In dieser Kampagne kommt die rasende Feindschaft der Imperialisten, Revisionisten und Reaktionäre aller Schattierungen gegenüber den sozialistischen Ländern, den marxistisch-leninistischen Parteien und allen Kräften der proletarischen Weltrevolution zum Ausdruck. Sie wissen, daß sie selbst und ihr System der Ausbeutung und Unterdrückung von Tag zu Tag mehr verfaulen und ihrem unvermeidlichen Untergang entgegengehen. Sie wissen, daß China und Albanien und die anderen wirklich sozialistischen Länder die Zukunft der Menschheit repräsentieren, ein festes Hinterland und eine mächtige Triebkraft der proletarischen Weltrevolution sind, die sie eines Tages hinwegfegen wird. Was wollte man von dieser Bande von Blutsaugern und Schmarotzern, die heute noch einen Teil der Welt in Ausbeutung und Unterdrückung halten, anderes erwarten, als daß sie jede noch so geringe Möglichkeit ausnützen, Angriffe auf die sozialistischen Länder und ihre kommunistischen Parteien, ihre revolutionäre Einheit und ihre proletarisch-internationalistische Verbundenheit mit der internationalen Arbeiterklasse und den unterdrückten Völkern der Welt zu starten?

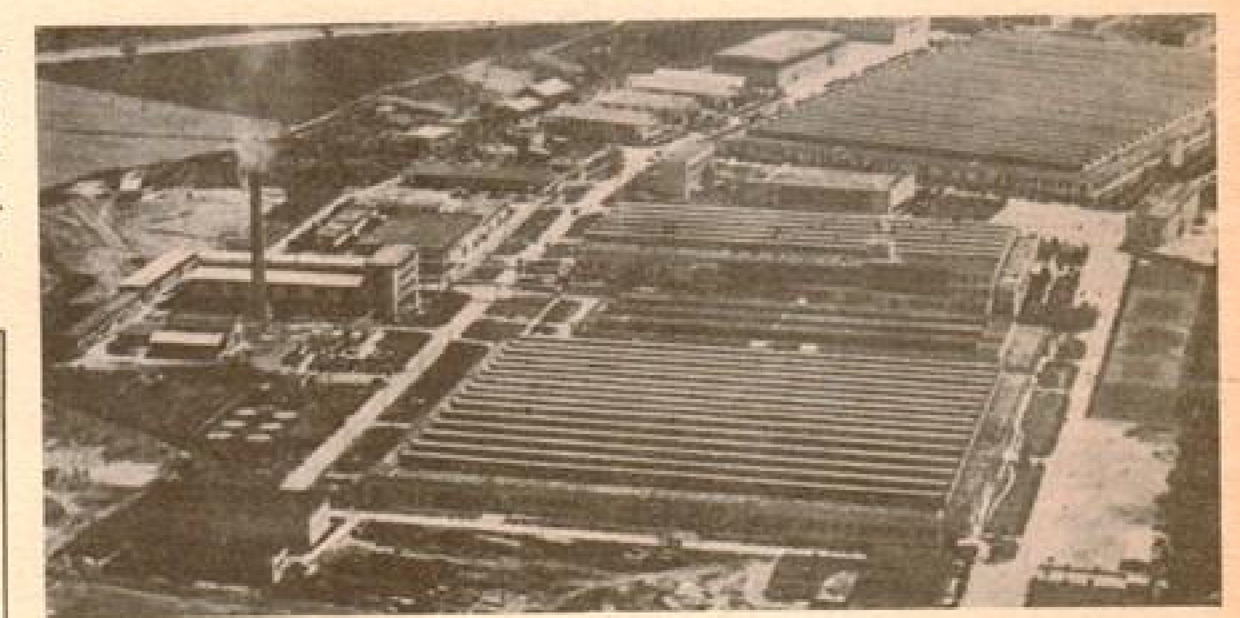
Eine solche Möglichkeit sehen die Reaktionäre aller Länder heute darin, daß es in einigen Fragen der Einschätzung der Weltlage und der Strategie und Taktik der kommunistischen Weltbewegung Meinungsverschiedenheiten in der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung gibt. Darauf setzen sie ihre Hoffnungen bei ihrer Spalter- und Diversionsarbeit. Doch sie vergessen, daß die Marxisten-Leninisten aller Länder, indem sie entschlossen am Marxismus-Leninismus und der Revolution festhalten, alle Meinungsverschiedenheiten überwinden können, daraus gestärkt hervorgehen und damit den Untergang des Imperialismus noch einen Schritt näherrücken. Das war in der langen Geschichte der kommunistischen Weltbewegung immer wieder der Fall.

Enver Hoxha, der Führer der Partei der Arbeit Albaniens, hat zu dieser Frage einmal folgendes festgehalten:

„Es gibt in der kommunistischen Bewegung keine große und kleine Partei, keine führende und keine ausführende Partei. Alle Vorhutdetachements der Arbeiterklasse sind gleich und unabhängig. Sie formulieren selbst ihre politische Linie aufgrund der Lehren des Marxismus-Leninismus, der Bedingungen, unter denen sie handeln und ihrer historischen Erfahrungen, und sind voll und ganz vor ihrem Volk und dem internationalen Kommunismus verantwortlich. Das schließt aber die brüderliche Zusammenarbeit, die Koordinierung der Handlungen, die gemeinsame Ausarbeitung der Strategie und der Haltung in den wichtigsten Fragen, insbesondere zu jenen, die im Zusammenhang mit dem Kampfe gegen den gemeinsamen Feind stehen, nicht nur nicht aus, sondern macht sie sogar unerläßlich. Es ist natürlich, daß während ihrer Tätigkeit zwischen den Parteien auch Mißverständnisse oder Meinungsverschiedenheiten über diese oder jene Frage entstehen können....Der einzig richtige Weg (zu ihrer Lösung) ist die konstruktive Kritik im freundschaftlichen kommunistischen Geiste und mit hoher kommunistischer Moral, ist die Erzielung der Einheit durch Beratungen. Diese unerschütterlichen Prinzipien liegen auch den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern zugrunde." (aus: Historischer Sieg des Marxismus-Leninismus über den Revisionismus, Rruga e Partise, Dezember 1970)

Die Kommunistische Partei Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens sind im langen revolutionären Kampf erprobte Parteien, die entschieden am Marxismus-Leninismus festhalten und große Beiträge zu seiner Weiterentwicklung geleistet haben. Die Marxisten-Leninisten aller Länder haben allen Grund, festes Vertrauen in sie zu setzen und bei der eigenständigen Entwicklung ihrer politischen Linie von ihnen zu lernen. Zugleich haben sie die Aufgabe, diese Parteien und die sozialistischen Länder entschieden gegen alle Angriffe der Imperialisten, Revisionisten und Reaktionäre zu verteidigen und selbst einen Beitrag zum ständigen Kampf um die Einheit der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zu leisten. Das liegt im Interesse der Revolution in jedem Land, im Interesse der proletarischen Weltrevolution. Deren Bollwerk sind und bleiben China und Albanien und alle wirklich sozialistischen Länder.

G. St.



Das Textilkombinat „Mao Tsetung" in Albanien. In Albanien wird die Freundschaft zur chinesischen Bruderpartei, zum chinesischen Volk und zur VR China sehr hochgehalten. Diese Freundschaft, hat Genosse Enver Hoxha gesagt, *„entstand und festigte sich im gemeinsamen Kampf für die Sache der Revolution und des Sozialismus, sie bewährte sich in den revolutionären Stürmen und in den heroischen Schlachten gegen die gemeinsamen Feinde, den Imperialismus und modernen Revisionismus, für die Verteidigung und den Triumph des Marxismus-Leninismus."* (Neues Albanien 1/76)